

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Stückpreis 2,20 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Kolonellen
oder deren Raum 40 Pf., für
vollständige und gemeinschaftliche Vereins-
und Berichtsungs-Anzeigen 25 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (stich-
gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
Wort 6 Pf., Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Anträge für
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1942

Mittwoch, den 20. Dezember 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1941

Bis hierher und nicht weiter!

Den die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit
Blindheit! Unsere Reaktion scheint mit solcher Blindheit ge-
schlagen zu sein. In dem Augenblick, wo ganz Russland in
Flammen steht, wo der Vankrott des Zarismus immer offen-
barer wird, wo zu der Revolution des russischen Proletariats,
dem Aufstande der Landbevölkerung die militärische Revolte
hinzutritt, in einem Augenblick also, wo sich das fürchtbare
Strafgericht über dem osteuropäischen Absolutismus entlädt,
begibt sich das deutsche Scharfmachertum nach einer gewalt-
samen Niederwerfung der sozialdemokratischen Bewegung in
Deutschland heiser zu schreien. Es sind nicht nur die gewerbs-
mäßigen Scharfmacherorgane vom Schlege der „Post“, die die
Regierung beschwören, die deutsche Arbeiterklasse mit gepanzerten
Häuten niederzuwerfen, sondern die ganze konservative
Presse von der „Neuzeitung“ bis herab zum „Reichs-
boten“ heult in nichtigem Chor nach Gewaltmaßregeln
gegen das deutsche Proletariat. Welche Mittel in Anwendung
zu bringen seien, wird zwar nur zwischen den Fellen an-
gedeutet, aber man kennt ja hinlänglich die Objekte der scharf-
macherischen Sehnsucht: ein nach dem Junkerideal des
preussischen Dreiklassenwahlrechts verkrüppeltes Reichstags-
wahlrecht, eine Vernichtung der Vereins- und Versammlungs-
freiheit, eine Zuchtstrafvorlage zur Vahmlegung des gewerks-
chaftlichen Kampfes, kurzum eine völlige Knebelung
der Arbeiterklasse auf politischem und
sozialem Gebiet!

Die Notwendigkeit dieser frechen Attentate gegen die
Rechte des Volkes leitet man aus dem Kampfe der Arbeiter-
klasse gegen die neuen Anschläge auf die Taschen der nicht-
besitzenden Klassen, aus dem sächsischen Wahlrechtskampf und
aus — den Erfahrungen der russischen Revolution her. Weil
das deutsche Proletariat es sich nicht schaffsgebüldig gefallen
lassen will, daß die Plottentüftlungen ins Schwarze getrieben
werden, daß die Kolonialpolitik vollends zu aberwitzigen Ver-
schleuderung der Reichsmittel ausartet, weil es sich dagegen
wehrt, daß diese Ausgaben, die im Interesse einer winzigen
Schicht Besitzender liegen, abermals in Gestalt neuer
indirekter Steuern in Höhe von Hunderten von Millionen
auf die Schultern der arbeitenden Klasse abgewälzt werden,
deshalb soll dem Proletariat jede Möglichkeit genommen
werden, seinem Unwillen, seiner Empörung, seinem Protest
gegen eine solche Klassenpolitik überhaupt Ausdruck zu ver-
leihen! Weil es das sächsische Proletariat sich nicht länger
gefallen lassen will, daß jenes Wahlrecht, das es zur voll-
ständigen Rechtslosigkeit verdammt — ein Wahlrecht, das selbst
der verdorbene Träger der sächsischen Krone als unhaltbar
bezeichnete — als schmähliches Zeichen des proletarischen
Hohentums noch länger existieren soll — deshalb soll dem
deutschen Proletariat auch noch der letzte Rest seiner politischen
Rechte genommen werden! Und weil sich jetzt in der russischen
Revolutionstragödie offenbart, daß ein Regiment, das unter
der Maske des Selbstherrschertums einer Kamarilla von
aristokratischen, bürokratischen und pfäffischen Scharmähren
jeder schamlosesten Willkür, jeder Volksausplünderung Tür
und Tor öffnete, seiner Selbstvernichtung entgegenamelt —
deshalb will man in Deutschland, dem modernen In-
dustriestaat mit seinen unzähligen Millionen intelligenten Ar-
beiter, russische Zustände schaffen und die Säbel-
diktatur der brutalen Gewalt errichten!

Welch wahnsinniges Begnum! Es gehört die namenlose
Verblendung einer ihrer Macht grenzenlos überschätzenden
privilegierten Klasse dazu, solche Bahndeeen auszuheden. Weil
die Massen den Mißbrauch der Macht einer her-
schenden Minderheit so lange erduldet haben, bildet
man sich ein, daß diese Zustände in alle Ewigkeit
hineinfortbestehen werden könnten, wähnt man sogar, die
Weltgeschichte rückwärts revidieren zu können! Und weil der
Entrüstungslärm über die „Anmaßungen“ des Volkes, das so
gerade verlangt, auch in Fragen der auswärtigen Politik ein
Wort mitzusprechen zu können, in dem reaktionären Blätterwald,
in der landrätlich beherrschten Kreispresse Widerhall gefunden
hat, glaubt man, daß nur eine Hand voll Führer die Sache
der Freiheit vertrete, daß aber die millionenköpfige Masse gar
kein Gefühl für die Schmach seiner Entrechtung besitze und
keine Hand rühren werde, um die Anschläge gegen Freiheit
und Wohlstand der Nation abzuwehren.

Wenn die besitzende Klasse, die ja nur einen so kleinen Bruch-
teil des Volkes bildet — besäßen doch nach den Angaben des
preussischen Finanzministers nicht einmal 4 1/2 Proz. ein Ein-
kommen von mehr als 3000 Mark — überhaupt fähig wäre,
etwas von dem gewaltigen Drama in Russland zu lernen, so
hätte sie das eine lernen müssen, daß die Volkskämpfe nicht
von Demagogen künstlich inszeniert werden, sondern daß die
Masse selbst, wenn erst einmal die Lawine ins Rollen gerät,
selbst Geschichte macht. Das Volk selbst, die namen-
losen Millionen sind auf die geschichtliche Schaubühne
getreten und agieren hier mit einer Energie, der gegenüber
sowohl das liberale Geschwätz der Witte und ähn-
licher staatsmännlicher Kannegießer, wie auch alle Polizeif-
nisse der Trepan und Konforten, ja sogar die
„Sohateska“ völlig verjagt. Wer hätte das von dem „passiven“,
anscheinend nur im Ertragen unsäglicher Leiden herortschen
russischen Volke noch vor einem Jahre zugetraut? Wer freilich

Die Geschichte der Volksbewegungen überhaupt gründlich kennt,
der wußte, daß der Sturm der Massen mit der überraschenden
Plötzlichkeit eines Zyklons hervorbricht.

Und da glaubt man, daß das deutsche Volk, dessen Lang-
mut zwar auch sprichwörtlich ist, das aber doch keineswegs in
dem Ruße der Passivität steht, wie das russische Volk, sich
tatenlos jede Schmach, jede Entrechtung bieten lassen würde!
Fürst Wilow erklärte allerdings im Reichstag, daß die
deutschen Verhältnisse nicht mit denen in Russland zu ver-
gleichen seien. Das ist nur teilweise richtig. Gewiß sind die
Zustände in Deutschland dank seiner vorgefertigten sozialen
Entwicklung nicht so verfaulend und zerrüttet, wie die des Zaren-
reiches. Dafür ist aber auch die deutsche Arbeiterklasse eine
ganz andere wie die russische. Das deutsche Proletariat besitzt
nicht nur eine viel größere Bildung, es besitzt auch ein un-
gleich entwickelteres Ehrgefühl, als bis vor kurzem noch der
russische Ruschik, der vielfach nicht einmal des Lesens und
Schriftens kundige russische Proletarier. Deshalb ist das
Gefühl für Rechtslosigkeit und Bedrückung in Deutschland auch
weit empfindlicher, deshalb ist es ausgebrochen, daß man der
deutschen Arbeiterklasse niemals das Ertragen russischer Zu-
stände zumuten könnte!

Die deutsche Arbeiterklasse ist — dank der sozialdemokra-
tischen Aufklärung — frei von jeder „Revolutionäromantik“.
Ihr Streben geht dahin, ihre soziale Lage zu verbessern und
ihre politischen Rechte zu erweitern, um allmählich das kapi-
talistische System zu beseitigen und durch eine sozialistische
Organisation der Gütererzeugung zu ersetzen. Dazu bedarf
es keineswegs unter allen Umständen gewalttätiger Katastrophen.
Das Revolutionäre der Sozialdemokratie besteht in ihren
Zielen nicht in den Mitteln — das ist von den Theo-
retikern der Partei tausendmal ausgesprochen worden. Aber zur
organischen Fortentwicklung auf politischem und wirtschaftlichem
Gebiete gehört Ellenbogenfreiheit, gehört demokratischer Spiel-
raum, gehört das Entgegenkommen der besitzenden Klassen. Das
und nichts mehr fordert die Sozialdemokratie. Die deutsche
Arbeiterklasse fordert also die Beseitigung jenes überlebten
Wahlrechts in den Landtagen, damit sie auch dort ihren Ein-
fluß geltend machen kann. Verlangt man der Arbeiter-
klasse hartnäckig ihre Rechte, ja versucht man, die Masse des
Volkes noch mehr zu entrechten und politisch und wirtschaftlich
zu knebeln, so trägt man selbst die Verantwortung für das,
was nach historischer Logik gar nicht ausbleiben kann!
Denn selbst angenommen, es gelänge der besitzenden Klasse
durch einen Gewaltstreich, den zu parieren im Augenblick das
Proletariat vielleicht nicht stark genug wäre, die Arbeiterbewegung
äußerlich einzudämmen: die innere Entwicklung der Be-
wegung, die Revolutionierung der Köpfe, die Entfesselung der
Leidenschaften aufzuhalten, würde ihr nie und nimmer gelingen!
Die dem Volke aufgezwungenen russischen Zustände würden dann
unausweichlich zu einem russischen Zusammenbruch führen, denn
„eine Grenze hat Tyrannenmacht“. Auch die Bajonette würden
eines Tages versagen.

Rebel hat im Reichstage vor wenigen Tagen das viel
bespöttelte Wort vom „Bremsen“ der sozialdemokratischen
Führer gesprochen. Daß in dem Worte erstbeste Wahrheit
steht, sollten die Vorgänge in Sachsen beweisen. Trotz
der Abmahnung der Führer hat das Volk seine Stragen-
kundgebungen fortgesetzt. Man hat den Säbel hauen lassen,
es ist Blut geflossen! Glaubt man, daß dadurch der säch-
sische Wahlrechtskampf gebrochen ist? Im Gegenteil, die
Erbitterung wird sich steigern, der Jürginn wird unter
den Massen weiter fressen, die Bewegung wird nur unmit-
telbarer werden. Daß mit Säbeln und Kleintaldrigen gegen
das Drängen des Volkes nichts auszurichten ist, scheint denn
auch selbst die sächsische Regierung begriffen zu haben.
Sie hat angekündigt, daß dem Landtag noch in dieser
Session eine neue Wahlrechtsvorlage zugehen werde. Es
mag gelingen, durch diese Zugabe den Groll der Massen
noch einmal zu beschwichtigen, aber Herr Reich möge sich
hüten, die feige Trugpolitik des Herrn Witte nachzuahmen!
Der mühsam beschworene Sturm würde wiederkehren! Das
Klassenbewußte, opferwillige Proletariat hat begriffen, daß die
hohe Pyramide des Besitzes auf seinem Schultern ruht und
daß die Opfer, die das Proletariat für seine Rechte bringt,
auch dem Besitz fürchtbare Wunden schlagen!

Aber nicht nur die sächsischen Scharfmacher, auch die
preussischen Scharfmacher sollten in letzter Stunde erkennen,
daß ihrem Liebermut eine Grenze gesteckt ist. Jede Provo-
kation zur Volksknebelung findet in den Massen ihren Wider-
hall, stößt den Willen des Proletariats, dem Streich der
Reaktion den unerschütterlichen Entschluß entgegenzusetzen:
Bis hierher und nicht weiter!

Die Revolution in Russland.

Der Kampf der russischen Postslaven um das Koalitionsrecht.
Eine der markantesten Erscheinungen der jetzigen Revolution in
Russland ist der beispiellose, bewundernswerte Generalstreik der Post-
und Telegraphenbeamten. Auch hier liegt dem Kampfe ein Drang
zunächst nach ökonomischer Befreiung, ein Protest gegen die
furchtbare Ausbeutung des kleinen Beamten zugrunde. Aber gerade
dadurch bekommt das politische Ringen, das der Ausbeutung
gegen das Ausbeutungssystem entsprossen ist, einen so kräftigen
Impuls, eine so unüberwindliche revolutionäre Kraft. Der Kampf der
russischen Postslaven um das Koalitionsrecht ist seinem Charakter

nach eine Zellerscheinung des allgemeinen proletarischen Klassen-
kampfes.

Man schreibt uns darüber im folgenden Briefe näheres aus
der Hauptstadt des Zarenreiches:

Petersburg, 15. Dezember. (Fig. Ber.) Um die Triebfeder der
jetzigen allgemeinen Ausbeutung der Post- und Telegraphenbeamten
zu verstehen, ist es vor allem notwendig, den rein fiskalischen
Charakter hervorzuheben, der seit jeher im russischen Postwesen
herrscht. Das Postwesen, dieser große Kulturfaktor des geistigen
und ökonomischen Fortschrittes, wird einfach als ein Pump-
werk betrachtet, das die nimmermüde Reichskasse zu füllen
dient. Dafür nur einige Beweise: Während in den Verei-
nigten Staaten Amerikas das Post- und Telegraphenwesen
bis in die letzte Zeit hinein der Union nur finanzielle Verluste
brachte, die im Jahre 1894 z. B. die Höhe von 17,6 Millionen Dollar,
im Jahre 1897 11,4 Millionen Dollar erreichten, brachte das Post-
wesen in Russland, wo auf einen Einwohner nur der 20. Teil der
Postleistungen der Vereinigten Staaten entfällt, schon im Jahre 1884
eine Einnahme von 4,4 Millionen Rubel, die fortwährend stieg und
im Jahre 1903 die Summe von 19,1 Millionen Rubel erreichte.
Sämtliche Einnahmen Russlands aus dem Post- und Telegraphen-
wesen betragen im Jahre 1903 58,2 Millionen Rubel. So hat die
Postverwaltung bei Betriebskosten von 39,1 Millionen Rubel einen
„Reingewinn“ von 19,1 Millionen Rubel, d. h. ungefähr 50 Proz.
vom Kapital!!

Diese wucherischen Reingewinne aus dem Postwesen werden aus-
schließlich durch die ungläubliche Ausbeutung der Post- und Tele-
graphenbeamten, namentlich der kleinen Beamten ermöglicht. Während
z. B. in den Vereinigten Staaten 71 000 Postanstalten existieren,
hat Russland bei einer Bevölkerung, die dreimal größer ist, deren
nur 8861, alle Eisenbahnstationen und Bezirksverwaltungen mit-
eingerechnet, welche die einfache Korrespondenz annehmen und be-
fordern. Während in den Vereinigten Staaten auf 867 Einwohner
je eine Postanstalt entfällt, kommt in Russland eine Postanstalt auf
10 000 Einwohner! Infolge dessen ist der verhältnismäßig geringe
Bestand der Post- und Telegraphenbeamten mit einer für ihre Kräfte
übermäßigen Arbeit belastet. Der Arbeitstag der Beamten ist nicht
begrenzt, und sie müssen je nachdem 12 und mehr Stunden arbeiten.
Noch schlimmer ist die Lage jener 19 500 Briefträger und Post-
diener, die jetzt die Träger der Streikbewegung geworden sind.
Der Arbeitstag des Briefträgers dauert von 7 Uhr morgens bis
6 Uhr abends, bemahe ohne Unterbrechung. Der Briefträger sieht
vier- bis fünfmal täglich die einlaufende Post durch und trägt sie
wieder bis fünfmal im Tage aus. Die Briefträger tragen, einen Sack mit
Zeitungen und Zeitschriften auf dem Rücken, Briefe — all das wiegt
manchmal zusammen mehr als ein Pud — d. h. mehr als vierzig
Pfund.

Während die wirklichen Arbeiter im Post- und Telegraphen-
wesen lumpige Gehälter an Gehalt bekommen und unter der un-
erträglichsten Last der Arbeit zusammenbrechen, besonders während
der Feiertage, wie Weihnachten, Diern, Neujahr, das Jahrhede
arbeiten, — sind die hohen und höchsten Beamten, die fast gar
nichts zu tun haben, aufs beste versorgt. Der Abteilungschef be-
kommt z. B. 2800 Rubel (8000 Mk.) jährlich, eine Amtwohnung
oder Wohnungszuschuß, eine Unterstüßung zu Weihnachten, eine
Unterstützung zu Ostern, zweimal jährlich eine „Erholungs-Unter-
stützung“, ständige Unterstüßungen für die Erziehung der Kinder usw.
— kurz, Unterstüßungen ohne Ende.

Die Bestimmung der Höhe der Pension, die Verlegung nach
Sibirien mit erhöhtem Gehalt usw., all das liegt in den Händen
und in dem freien Ermessen der höheren Bürokratie, und hier
wird der größte Mißbrauch getrieben. Es ist niemand da, bei dem
der kleine Beamte Schutz suchen könnte.

Lange ertragen diese Parias der Bürokratie, die Unterbeamten
der Post und Telegraphie, ihr Los geduldig. Endlich schlug aber
auch für sie die Stunde der Befreiung. Die revolutionäre Be-
wegung des gesamten Proletariats hatte auch sie ergriffen. Dem
Beispiele der sozialdemokratischen Arbeiterklasse folgend, griffen sie
sich sofort zu dem ersten und unumgänglichen Werkzeuge der
Befreiung — zur Organisation. Die Postbeamten verbanden,
daß der Zusammenschluß der Ausbeuteten die erste Bedingung
einer Besserung ihrer Lage ist. Es bildete sich ein allrussischer
Verband der Post- und Telegraphenbeamten. Mit feurigem Be-
geisterung schlossen sich die so lange mit Füssen getretenen
Schlaven des Staates dem Verbands an. Die Regierung überreichte
begriff ebenso schnell, daß der organisierte Postbeamte
ihrer Willkür entzissen ist und erklärte dem Verbands einen Kampf
auf Tod und Leben. Die Postbeamten hoben den Handruch auf
und nun geht der Kampf bereits wochenlang um das Koalitions-
recht, das sich einmal zu ihrer Menschenwürde erwachten Staats-
slaven nicht mehr entreißen lassen.

Aber nicht bloß um das Koalitionsrecht handelt es sich in dem
Generalstreik der Beamten. Sie schloßen sich dem allgemeinen revo-
lutionären Kampfe um die politische Freiheit vollkommen an. Die
Eindernung der konstituierenden Versammlung auf Grund des all-
gemeinen, gleichen, geheimen, direkten Wahlrechts ist ihre nächste
Forderung, nebst Koalitions-, Vereins-, Versammlungsrecht, Pres-
s- und Niederstreich.

Was ihre ökonomischen Forderungen anbetrifft, so sind sie höchst
bescheiden. Die Postbeamten verlangen ein minimales monatliches
Gehalt 1. für die Beamten 50 Rubel (108 Mk.), 2. für die unteren
Diener 30 Rubel (63 Mk.), 3. für die Gehilfen 25 Rubel. Wissen
Sie, wer diese Postgehilfen sind? Sie heißen — „Schüler“. Das
sind aber keine 15-16jährige Jungen. Die „Schüler“ — das sind
bärtige Familienväter, die jetzt 10 Rubel (20 Mk.) monatlich be-
kommen und 12 Stunden täglich arbeiten müssen! Sie bleiben
lange, lange Jahre „Schüler“. Daneben stehen andere ökonomische
Forderungen der Beamten: die Alters- und Invaliditätsversicherung.

Die Sympathien und die tatkräftige Hilfe des Proletariats
und der bürgerlichen Demokratie sind auf Seiten der kämpfenden
Beamten. Im Bureau des Post- und Telegraphenvereins in
Moskau haben sich tausend bürgerliche Familien einschreiben lassen,
die ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, je einen Beamten während
des Streiks zu ernähren. Von allen Seiten strömen den Haupt-
streikbureaus große Summen zu.

Es finden sich auch „Freiwillige“, die sich zum Postdienst melden,
um der Regierung aus der Watsche zu helfen. Aber das sind wohl-
gemerkt keine Verräter aus den eigenen Kreisen der Postbeamten.
Nein, das sind alles Leute aus den „besseren“ Gesellschaftskreisen!

So arbeiten in Petersburg als Postassistenten und Briefträger folgende Herrschaften: der Kammerherr Koslow, Freiherr W. Welto, Freiherr v. Mapp, Freiherr v. Seiger, General L. Adamowitsch, Generalmajor A. Hauke, die Fürstin Caparin, die Frau M. Medem, das Hofräulein E. Banteljeewa usw. usw.

Das sind keine Streikbrecher. Das sind Leute, die den Gegensatz ihrer Klasseninteressen zu den Interessen des kämpfenden Proletariats wohl erkannt haben. Ihre „Freiwilligendienste“ — das ist ein regelrechter Klassenkampf, und deshalb fürchten wir ihn nicht. Der Mut in unseren Reihen ist unerschütterlich. Wir werden siegen, wir werden unbedingt siegen.

### Die „Reuterer“ sollen eingeseift werden.

Petersburg, 19. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein Tagesbefehl im Militärressort gibt bekannt, daß ein kaiserlicher Befehl vom 10. Dezember eine bessere Verpflegung und eine Erhöhung der Bezüge der Mannschaften aller Waffengattungen anordnet. Die Mannschaften sollen ferner auch warme Decken, Bettwäsche und Seife geliefert erhalten.

### Offizielle Fälschungen.

Die folgende Meldung, die den Stempel der Rüge an der Stirn trägt, wird von der russischen Regierungsbände verbreitet:

Petersburg, 19. Dezember. Die Untersuchung gegen den Präsidenten des Arbeiterkomitees Chruschalew ergab, daß dieser alle Vorbereitungen zur Gefangennahme Wittes getroffen hatte. (1) Zwanzig entlassene Postbeamte haben sich beim Revolutionärkomitee gemeldet, um ein Attentat auf Durnowo auszuführen. (2) — Die Negierungshandhabung macht einen günstigen Eindruck und wird nicht als ein reaktionärer Akt angesehen. (3) Sondern als Beweis, daß die Regierung fest entschlossen ist, die Ruhe wieder herzustellen und die Konstitution durchzuführen. (4)

### Kampfbereit.

Petersburg, 19. Dezember. Das Exekutivkomitee des Arbeiterdeputiertenrates, welches gestern seine Sitzung aufheben mußte, weil es seine Verhaftung befürchtete, erläßt zusammen mit dem Verband der Verbände einen Aufruf, worin sie erklären, von der gegenwärtigen Regierung drohe dem Lande Gefahr. Sie würden den von der Regierung begonnenen Kampf aufnehmen. Das Kampfmittel würde von dem ferneren Verhalten der Regierung abhängen. Vorläufig seien alle Kräfte mobil zu machen, um für den Generalstreik bereit zu sein, wenn ein solcher angefordert werde.

Riga, 17. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In der Stadt und den Nachbarorten herrscht gegenwärtig Ruhe. Der Generalstreik dauerte dreieinhalb Tage, ohne daß es zu Ausschreitungen, Angriffen oder Gewalttätigkeiten gekommen ist. Das völlige Ausbleiben von Nachrichten hat jedoch in der Bevölkerung Unruhe hervorgerufen. Jetzt nimmt alles allmählich wieder seinen gewohnten Gang; freilich sind Gerüchte in Umlauf, daß wahrscheinlich ein neuer Streik ausbrechen werde. Die in Petersburg und dem Auslande verbreiteten Gerüchte über Verhaftungen und Brandstiftungen in Riga sind wahrscheinlich zurückzuführen auf die Meldungen von sehr ersten Ausschreitungen in der Provinz, wo, wie es heißt, Brandstiftungen, Mordtaten und andere Gewalttaten vorgekommen und viele Güter, Pachtgüter und Schlösser vollständig zerstört worden sind.

### Weitere Provokationen.

Petersburg, 18. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In dem Gouvernement Sumalki ist über die Reise Wladislawow, Mariampol, Wolkowyschki und Koliwari der Kriegszustand verhängt worden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Dezember.

### Zum Wahlrechtskampf in Sachsen.

Wenn die sächsische Regierung damit gerechnet hat, durch die schneidigen Attaken der Dresdener Polizei die sächsische Arbeiterschaft einzuschüchtern und sie von einer Weiterbefolgung ihres Kampfsziels, der Erringung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, abzuhalten, dann hat sie sich, wie die Folgen sie bald belehren werden, gründlich geirrt. Die blutigen Regelen in Dresden haben ganz andere Gefühle in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ausgelöst, als das der Entmutigung; sie haben den Wut, die tiefe Erbitterung, die schon vor den letzten blutigen Attaken die Proletarierherzen gegen das verrottete herrschende Regime des sächsischen Konservatismus füllten, nur noch gesteigert und verschärft; sie haben den letzten Schreier, der bisher die Höhe der sächsischen Regierung verhäßte, hinweggerissen, und deutlich erkennen die ihr politische Recht verlangende Masse, daß die regierende Clique, um sich ihre Herrschaft zu sichern, durchaus nicht davor zurückzucken, ihre Rachmitteln zu rücksichtsloser Anwendung zu bringen. Der Ruf nach dem allgemeinen Wahlrecht wird dadurch erweitert zu dem Rufe: „Hinweg mit dem ganzen herrschenden System“. Treffend zeichnet die jetzige Situation der Leitartikel der Nr. 202 der „Leipziger Volkszeitung“. Unser Bruderblatt schreibt:

Die Dresdener Vorgänge auf der einen Seite und die Versammlungsverbote in Leipzig und zahlreichen weiteren Orten Sachsens auf der anderen Seite haben die Wahlrechtsbewegung nicht nur außerordentlich verschärft, sie haben auch ihren Inhalt erweitert. Das sieht der Blödeste jetzt ein: es steht mehr auf dem Spiele, als nur die Erwerbung des Wahlrechts! Wenn wir jetzt für das Wahlrecht kämpfen, so kämpfen wir damit zugleich um die Erhaltung und Erweiterung des Versammlungswahlrechts, gegen die ganze sächsische Polizeiwillkür und Bureaokratie-wirtschaft, für die Erringung des Rechts auf die Straße, das nicht nur in allen romanischen Ländern und Ostereich längst, sondern jetzt sogar auch in Rußland ein Elementarrecht des Volkes ist. — Kurz, wir kämpfen im Wahlrechtskampf gegen die Reaktion in allen ihren Erscheinungsformen, für die Erweiterung der Volkrechte auf allen Gebieten! Das Wort, das unser alter Liebling dem deutschen Proletariat als Mahnung hinterlassen hat: immer in der Offensive bleiben, nie sich in die Defensive drängen lassen. — dies Wort muß die taktische Richtschnur des Wahlrechtskampfes bilden! Und darin gerade liegt nicht zum wenigsten die Bedeutung dieses Kampfes, daß er der erste eigentliche Offensivkampf größeren Stils des deutschen Proletariats ist. . . .

Keine bessere Dedung gibt es, als den Sieg! Diese alte Regel beständig sich von neuem. Zudem wir ausziehen, neue Rechte zu erobern, sichern wir auch in wirksamster Weise Rechte, die wir schon haben. Es braucht an dieser Stelle nicht erst des langen und breiten nachgewiesen zu werden, wie viele und wie mächtige Feinde das Reichstagswahlrecht besitzt. Die Wendelade, die Wieselbrechtelade, gewisse Reden der Herrenhausjunken und auch des Fürsten Wilow, zahllose Artikel der konservativen, reichsparteilichen und nationalliberalen Presse, Taten und Unterlassungen auch des Zentrums reden da eine Sprache, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Gelingt es nun dem sächsischen und preussischen Proletariat, sich ein besseres Landtagswahlrecht zu erkämpfen, so wird damit die Reaktion nicht nur in den Schlafwinkeln der Einzelndtage aufgeführt (und in diesen Schlaf-

winkeln ist sie besonders gefährlich!) sondern wir schlagen damit für lange Zeit hinaus auch alle Angriffe gegen das Reichstagswahlrecht selbst nieder! Wissen die Herrschenden, daß das deutsche Proletariat wilsens und fähig ist, sich neue Rechte zu erzwingen, so wird man es nicht wagen, ihm schon bestehende Rechte zu nehmen. In diesem Sinne hat der Wahlrechtskampf allgemeine, reichsdeutsche, nationale Bedeutung. Die sächsischen Arbeiter sind in diesem Augenblick die Preisrichter des gesamten deutschen Proletariats!

Und nun zum Schluß noch einmal zurück nach Dresden! Dort ist von neuem der Boden des Wahlrechtskampfes, des Klassenkampfes mit Blut gebüht worden! Ob die Herrschenden wissen, was sie damit getan haben? Sie mögen nicht bezweifeln, daß Blut auch heute noch ein ganz besonderer Saft ist! Wer Blutsaft säet soll sich nicht wundern, wenn diese Saat auch einmal blutig aufsteht! Viel, unendlich viel, viel zu viel hat sich das sächsische Proletariat seit Jahrzehnten von den Herrschenden gefallen lassen! Daß aber zum Wahlrecht noch der brutale Raub des Versammlungswahlrechts kommt und daß man das Recht auf die Straße in Blut erstickt: das kann, das wird sich das sächsische Proletariat nicht gefallen lassen! Nimmt der Kampf jetzt Formen an, die den Herrschenden nicht gefallen: es ist nicht unsere Schuld, es ist allein die Schuld derer, die die Macht in Händen haben. Noch ist es Zeit, daß die Herrschenden umkehren, aber es ist höchste Zeit! Es ist die erste Stunde!

Dresden, 19. Dezember. (B. L. B.) Die königliche Polizeidirektion macht durch Straßenaufschlag bekannt, daß auf Grund des § 12 des Gesetzes vom 22. November 1850 betreffend das Vereins- und Versammlungswahlrecht und des § 306 Absatz 10 des Reichsstrafgesetzbuches alle öffentlichen Auf- und Umzüge und alle Ansammlungen und Versammlungen von Menschen auf öffentlichen Straßen und Plätzen oder sonst im Freien für das Gebiet der Stadt Dresden verboten werden. —

### „Berichtigung.“

Auf Gynmans Erklärung, er habe nie gegen ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und England geschrieben, also sei Wilows gegenteilige Behauptung im Reichstage falsch, läßt der deutsche Reichstagskanzler durch die „Nordd. Allg. Zeitung“ erwidern: Seine Behauptung stütze sich auf folgende Stelle eines Artikels, der im Abendblatt der — „Kreuzzeitung“ am 22. September 1905 gestanden habe:

„Anders als der Redakteur des „Vorwärts“ denken die englischen Sozialdemokraten. So schreibt Mitte März dieses Jahres ihr Führer Gynman in seiner „Justice“, England müsse sich mit Frankreich verbünden, damit es der deutschen Flotte unmöglich gemacht werde, ihre Flagge auch nur für eine Woche auf dem Meere aufrecht zu erhalten.“

Ganz abgesehen davon, daß mit diesem aus irgend einem Artikel herausgerissenen Satze überhaupt nichts anzufangen ist — Gynman wird sicherlich bald Gelegenheit nehmen, sich darüber zu äußern — was will denn in diesem Zusammenhange ein Zitiertes aus der „Kreuzzeitung“ besagen? Oder ob es Wilow für richtig hielt, wenn wir seine grandiosen Reichstags-Reden nicht mehr nach dem amtlichen Szenogramm zitierten, sondern beispielsweise nach dem „Arizona-Rider“? —

## Deutsches Reich.

### Der Beschluß der Abgeordnetenkammer.

München, 19. Dezember 1905. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Gewährung von Diäten an Schöffen und Geschworene hat im Anschluß der bayerischen Kammer zu einer interessanten Debatte geführt. Von dem Referenten war beantragt worden, diesem Beschluß nicht beizutreten, weil nicht zu erwarten sei, daß der Bundesrat darauf eingehe. Der Antrag wurde jedoch zurückgezogen, weil der Justizminister erklärte, er glaube Anhaltspunkte zu haben, daß der Bundesrat doch nicht mehr ganz auf seinem abweichenden Standpunkt stehe wie früher. Der Reichsrat v. Raffay, einer der größten bayerischen Industriellen, bemerkte, er stehe nicht an zu erklären, daß ihm die Arbeiter in den Gerichtsstellungen manchmal lieber seien als die Unternehmer. Erkläre besäßen nämlich manchmal eine beachtenswerte Gesetzeskenntnis, die dem Unternehmer oft bedauerlicherweise fehle.

Am Dienstag wurde in der Plenarsitzung der Reichsräte mit großer Mehrheit beschlossen, dem Beschluß der Abgeordnetenkammer beizutreten; dagegen wurde ein anderer Antrag der Abgeordneten verworfen, den Geschworenen Eisenbahnfreikarten für die Dauer der Schwurgerichtssession zu gewähren. —

Protest der Berliner Lehrerschaft gegen die Volksschulvorlage. In der hiesigen Ressource fand gestern eine Protestversammlung der Berliner Lehrerschaft gegen den neuen Schulgesetzentwurf statt. Lehrer Lewy referierte. Er kritisierte scharf die Hauptbestimmungen des Entwurfs und bezeichnete dieselben in seinem ersten und zweiten, die Schulunterhaltungspflicht und die kommunalen Schulverordnungen behandelnden Teile als größtenteils, das Herz der Vorlage, die professionellen Bestimmungen, aber als gänzlich unannehmbar. beanstandete müsse in dem ersten Teile die Sonderstellung der Schuldherren in bezug auf Aufbringung der Schulosten und Ernennung der Schulvorstände werden. Von größerer Bedeutung aber sei es noch, daß die Regierung von dem in den letzten Jahrzehnten beschrittenen Wege, für die Aufbringung der Schulkosten größere Verbände zu bilden, abgewichen ist und auch die kleinsten Gemeindegemeinschaften als Träger der Schulkosten anerkannt wissen will.

Schließlich wurde eine in diesem Sinne gehaltene Resolution angenommen. —

Gegen den Volksschulgesetzentwurf nahmen in der Stadtverordnetenversammlung vom Montag auch die Halleischen Stadtverordneten Stellung. Ein von den beiden Landtagsabgeordneten Schmidt und Keil eingebrachter Initiativantrag, den Magistrat zu ersuchen, das Selbstverwaltungswahlrecht in der Schulfrage nicht antasten zu lassen und auf Einberufung eines preussischen Städtetages hinzuwirken, wurde angenommen. Der Antrag besagt nicht viel. Das ging schon daraus hervor, daß der Herrenhäuser Oberbürgermeister Staudte, ein sonst sehr rücksichtlicher Herr, mit einem wahren Feuer für den Antrag ein sprach. Die weitgehenderen Anträge unserer Genossen, auf freiere, freiere Ausgestaltung der Schule, wurden abgelehnt.

Zur Kennzeichnung des deutschen Hottenpatriotismus. In Essen, der Stadt, die vom Deutschen Reich Millionen bezieht, gingen dieser Tage in einer Sammlung des „Essener Generalanzeigers“ ein:

Für die russischen Juden . . . 15 503,50 M.  
Für unsere Truppen in Südwestafrika . . . 89,00 „

Die Stöder-Stiftung. In einem Dankschreiben des Herrn Stöder heißt es:

„Zu meinem siebzehnten Geburtstag sind mir von nah und fern, aus Deutschland und anderen Ländern, aus Asien, Amerika, Afrika, von einzelnen und Vereinigungen aller Art und Richtung, Grüße, Segenswünsche, Fürbitten, Gaben zugegangen. Besonders erweuten mich brüderliche Worte von Männern, mit denen ich persönlich vieljährig im Kampfe stehe. Die Stiftung, die von Freunden gesammelt ist, beträgt bis jetzt 39 900,53 M.; ich gedenke die Summe für Stadtmision und Kapellen-

verein, für christlich- und kirchlich-soziale Arbeit zu verwenden.“

Also knappe 40 000 M. sind für die Stiftung des „Hospredigers aller Deutschen“ zusammengekommen. Auch ein Zeichen für die „Opferwilligkeit“ der Junker und Ruder! Graf Wichach pflegte mehr zusammen zu schnorren, zumal wenn er jüdische Werkzeuge um Spenden zu Kirchenbaufonds anging! —

### Zentrumspropaganda.

Das Zentrum hebt es seit je, sich im Gegensatz zu den übrigen bürgerlichen Parteien als den unüberwindlichen Damm gegen die Sozialdemokratie zu bezeichnen. Das eitle Gerüchte ist oft genug an der Hand der Wahlergebnisse wie auch auf Grund der sonstigen Entwicklung der Dinge als das nachgewiesen worden, was es ist. Neuerdings gefäht sich die Zentrumspresse wieder in der Aufstellung dieser Behauptung, und zwar im Anschluß an die Broschüre des Landgerichtsrates Kulemann, der seinen politischen Freunden, den Liberalen, ins Gewissen redet, sich auf ihre sozialen Pflichten zu besinnen, um dadurch der Sozialdemokratie die Wege zu verlegen. Demgegenüber behauptet die liberale Presse, das Zentrum bilde in dieser Beziehung eine rühmliche Ausnahme unter den Parteien; nicht nur dem kirchlich-religiösen Einfluß, sondern ebenso sehr seiner „guten Sozialpolitik“ verdanke es das Zentrum, wenn es „inmunde war, auch die großen Städte gegen die Sozialdemokratie zu halten“. Das wagt man zu schreiben, obwohl München und Mainz schlagende Beweise des Gegenteils sind, und obwohl ein Blick in die Wahltatsachen zeigt, daß Köln, Düsseldorf, Essen und andere katholische Städte die längste Zeit dem Zentrum gehören und voraussichtlich schon bei der nächsten Reichstagswahl der Sozialdemokratie zufallen werden. Und sind denn Dortmund und Bochum, die die Sozialdemokratie bereits erobert hat, keine großen katholischen Städte? Auch der für das Zentrum niederschmetternde Ausfall der Bergenerwerberratswahlen im katholischen Westfalen hätte die Zentrumblätter eines anderen belehren können! —

Ein reaktionäres Mustereparlamenten ist der „Getreue Landtag“ in Sachsen-Weimar. Wollte da der Großherzog ein Kammergut kaufen, das an sein Lustschloß Ettersburg angränzt, dieweil im Schloße es an Räumen mangelt und mehr Platz für die — Palast geschafft werden sollte. Das gab Veranlassung zu einer recht lebhaften Opposition bei der ersten Lesung. Die Regierung war darüber gar nicht sehr verlegen. Sie kamte ihre Pappeneimer besser, denn am Sonnabend wurde die Vorlage glatt, gegen die zwei sozialdemokratischen Stimmen, angenommen. Der Ausschuß war, wie im Bericht ausdrücklich hervorgehoben wurde, zu der Ansicht gekommen, daß der Landtag den Wünschen des Großherzogs entgegenkommen müsse. Abg. Baudert nannte diesen Bericht ein interessantes Dokument zur Beurteilung der wandelbaren Stimmung des Landtages. Er fragte, wo es geschrieben stehe, daß der Landtag die Wünsche des Großherzogs zu erfüllen habe. Die Versammlung schreibe vor, daß die Abgeordneten die Interessen des Landes zu vertreten haben, aber dies Geschäft liege nicht im Interesse des Landes. Doch — die Regierung wolle es und — damit basta, der Landtag beschließt auf Wunsch.

Rechnlich verhielt es sich mit der Abänderung des Vergütungsgesetzes. Im Ausschusse hatte der Abg. Baudert eine Anzahl Abänderungsanträge gestellt, die dort wie auch vom Landtage gegen die Stimmen der beiden Sozialdemokraten abgelehnt wurden. Sogar die beiden „freisinnigen“ Abgeordneten zeigten durch ihre Abstimmung, daß sie mit der Begründung, unser Land könne nicht weiter gehen als wie das preussische Dreiklassenparlament in diesen Fragen, „nach reiflicher Beratung“ beschlossen habe, einverstanden sind. — Dieser Standpunkt beweist, wie „hoch“ dieser Landtag einzuschätzen ist. —

## Ausland.

### Ungarn.

#### Das allgemeine Wahlrecht.

In dem Augenblick, da sie das Abgeordnetenhaus bis zum 1. März 1906 vertagt hat — keinen Moment früher noch später — gibt die Regierung ihren Besetzungswurf zum allgemeinen Wahlrecht amtlich bekannt: Danach erhält jeder männliche Staatsbürger, der das 24. Lebensjahr vollendet hat und des Lesens und Schreibens kundig ist, das aktive Wahlrecht. Jeder Wahlbezirk wählt einen Abgeordneten. Die Wahlbezirke werden in kleinere Abstimmungsbezirke geteilt, wobei jede Gemeinde nach besonderer Wählerliste abstimmt. Die Wahl ist unmittelbar und geheim und erfolgt mittels Stimmzetteln. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los. Die gegenwärtige Zahl der Abgeordneten bleibt unverändert bestehen, ebenso die fünfjährige Mandatsdauer. Die bisherigen Wahlberechtigten behalten das Mandat noch für die Dauer der beiden nächsten Wahlperioden, auch wenn sie nicht lesen und schreiben können. Wählbar ist jeder ungarische Staatsbürger, der von der Ausübung des Wahlrechts nicht ausgeschlossen ist und mindestens schon zehn Jahre lang das Staatsbürgerrecht besitzt. Nicht wählbar dagegen ist jeder wegen eines aus Gemeinnutz begangenen Vergehens oder wegen Aufreizung zum Nationalitätenhaß Verurteilte. —

### Frankreich.

#### Ein Virtuose auf der Drehorgel.

Paris, 18. Dezember. (Fig. Ber.) Herr Paul Deschanel ist von der Natur mit jener vorzüglich zugemessenen Dosis Intelligenz begabt, die in der Welt der Mittelmaßigkeit nicht am Fortkommen hindert. Er hat den Geist des eleganten commis voyageur, aber auch dessen Geschäftspfüffigkeit. Es war wirklich kein dummes Streich von ihm, aus der erzwungenen Verborgenheit seiner letzten Jahre im jehigen Augenblick hervorzutreten und eine politische Aufwertung im Glanze patriotischen Wengatfeuers zu vollziehen. Herr Deschanel hatte sich längere Zeit still verhalten müssen, bis die Atmosphäre von Lächerlichkeit, in die ihn seine Werbung um die Tochter des millionenerbenden Hauses Humbert getaucht hatte, verdunstet war. Er durfte mit der Tarnade rechnen, daß die Lächerlichkeit im bürgerlichen Frankreich längst nicht mehr tötet, sondern höchstens nur zeitweilig lähmt. Es galt nur, den richtigen Moment zu erfassen und alle Saiten seines Talentes in verführerischen Brillantfeuer blitzen zu lassen. Deschanel ist der gebildetste Schmeck der Kammer. Wenige kennen ihn in der Kammer nach rechts und links zu reden, ohne je etwas zu sagen. Vor 14 Tagen redete er ein wenig links. Es war in der ersten Debatte über die Schließung der Arbeitbüroe. Damals brachte er unter seinen Gemeinplätzen einige vor, die bei der Rechten und im Zentrum Vergewiss erregten — man glaubte sogar einige in Rosenwasser aufgelöste Atome Internationalismus und Antimilitarismus zu erkennen. Nach der großartigen Rede Jaurès war zwar Deschanel's patriotische Geleier, das die geistige und rednerische Höhe provinzieller Feuerwerkzeuge nirgends übersteigt, geradezu jämmerlich, aber die Kammer beschloß trotzdem die Bekanntgabe der Rede in allen Gemeinden Frankreichs.

Das ist nun sicher ein Erfolg, der Herrn Deschanel wieder zu einer ernst zu nehmenden politischen Größe macht. Und dieser Erfolg beweist, daß die Flachfüffigkeit einem Strebertalent ungenügend zusaiten können kann. Deschanel hat der Kammer gerade das geliefert, was sie eben braucht: die patriotische Phrase, „des Vaterlandes Hochgefühl“, die Abendmagogie gegen den Sozialismus und die wiesbürgerliche Renommage und Eitelkeitsbefriedigung gegenüber dem Auslande. Die Kammer demonstriert nach den Verdriehlichkeiten der Marokko-Affäre ihre vaterländische Unbeugsamkeit und Wehrhaftigkeit mit einer deutlichen Spitze, die indes nur glänzen, nicht verwunden soll. Und wie nützlich ist es erst, daß während der Woklogitation in allen Dörfern Frankreichs ein Anschlag hängen wird, der die Verachtung des Internationalismus enthält! Tadel hat aber Deschanel für sich einen ganz besonderen Profit davongetragen. Er hat sich, woran niemand zuvor oedocht

hat, auch für diesmal als Präsidentschaftskandidat empfohlen können. Und zwar in einer recht günstigen Situation. Der neuliche Erfolg Doumer's hat viele Republikaner nervös gemacht. Wäre da das Unternehmen so aussichtslos, als Netter vor der Gefahr des Doumer'schen Sieges aufzutreten und mit Stimmen von rechts und von links, als Kandidat der Bourgeoisrepublikaner durchzubringen? Denn das ist ja wirklich sicher, daß Dechanel Herr Doumer eben Stimmen abhangen kann, als der bei aller Mäßigung doch unzuweilige Republikaner Fallières. Paul Dechanel hat gestern auf Engagement gestrichelt. Man wird seinen Namen jetzt wieder auf den politischen Theatertellern Frankreichs lesen.

### Italien.

#### Der Mord von Lauriano.

Rom, 16. Dezember. (Eig. Ber.) Der Bericht der Lokalbehörden über das Unthun von Lauriano stellt in ruhiger bürokratischer Sprache folgende acht Thatfachen fest: 1. daß die Menge vor dem Angriff durch die Karabinieri bereits friedlich auseinander gegangen war; 2. daß 10 oder 12 Jungen vor dem Rathaus lärmten und lachten, wodurch die Karabinieri rasend wurden; 3. daß diese aus dem Hinterhalt schossen; 4. daß sie betrunken waren; 5. daß sie aus offener Wut handelten; 6. daß sie mehrere 100 Patronen verschossen haben; 7. daß sie nach der Tat durch Versteckungen von Steinen und durch Weisheiten gegen die Karabinieri für einen Angriff der Menge simulierten; 8. daß sie nichts durch Ueberlegen einer hohen Mauer hindern den Ort vertieften. Was geschieht zur Verstrafung der Mörder? Sie befinden sich noch heute auf freiem Fuß.

### Niederlande.

#### Die niederländische Sozialdemokratie und die Regierung.

Wie bekannt, hat das gegenwärtige liberale holländische Ministerium keine Mehrheit in der Zweiten Kammer. Die gesamten Liberalen und freisinnigen Demokraten zählen 45 Mitglieder, die Merkmalen 48. Die 7 Sozialdemokraten bilden also das Jünglein an der Wage. Dazu kommt, daß die Merkmalen in der Ersten Kammer eine große Mehrheit haben, 82 von den 90 Sitzen. Die Liberalen hoffen, daß ihr Ministerium sein Leben zu erhalten weiß durch Vermeidung derjenigen parlamentarischen Arbeiten, welche die Parteigegegensätze in den Vordergrund rufen. Bei aggressiver Politik der Merkmalen hofft man auf die Stimmen der Sozialdemokraten.

In dieser Lage hat Genosse Troelstra es für gut erachtet, den Herren deutlich zu sagen, wie wir zu ihnen stehen. Bei der Generaldebatte über den Etat sagte Troelstra u. a. folgendes: „Ich hebe zuerst hervor, daß wir absolut keine Verantwortung übernehmen für diese Regierung. Die Herren, welche die Führung hatten bei der Lösung der ministeriellen Krise, haben das auch begehrt; denn über diese Lösungsfragen wurden Vertreter aller Parteien von der Königin gehört — mit Ausnahme der sozialdemokratischen. Ich konstatiere diese Tatsache ohne jegliche Kritik, nur um festzustellen, daß auch die Führer des Staates dieselbe Auffassung hatten, daß wir Sozialdemokraten für die Lösung der Krise keine Verantwortung zu übernehmen haben. Also darüber sind wir einig. Wir erklären das desto lieber, weil wir im Prinzip und in der Taktik so grundverschieden sind von jeder bürgerlichen Regierung, daß es für uns eine Kompromittierung wäre, hätten wir Verantwortlichkeit für diese Regierung übernommen. Ich werde Ihnen mit aller Offenherzigkeit die Sache darlegen: Wir sind eine junge Partei, die im Lande mit ihrer Rekrutenanzahl noch lange nicht fertig ist, die aber in der kurzen Zeit ihrer Existenz schon gezeigt hat, daß sie für die Erlangung sozial-reformativer Gesetze etwas leisten kann. Wir glauben in dieser Beziehung mehr zustande bringen zu können, wenn wir fern bleiben von dieser Regierung.“

„Wir sind eine junge Partei, die im Lande mit ihrer Rekrutenanzahl noch lange nicht fertig ist, die aber in der kurzen Zeit ihrer Existenz schon gezeigt hat, daß sie für die Erlangung sozial-reformativer Gesetze etwas leisten kann. Wir glauben in dieser Beziehung mehr zustande bringen zu können, wenn wir fern bleiben von dieser Regierung.“

„Wir sind eine junge Partei, die im Lande mit ihrer Rekrutenanzahl noch lange nicht fertig ist, die aber in der kurzen Zeit ihrer Existenz schon gezeigt hat, daß sie für die Erlangung sozial-reformativer Gesetze etwas leisten kann. Wir glauben in dieser Beziehung mehr zustande bringen zu können, wenn wir fern bleiben von dieser Regierung.“

„Wir sind eine junge Partei, die im Lande mit ihrer Rekrutenanzahl noch lange nicht fertig ist, die aber in der kurzen Zeit ihrer Existenz schon gezeigt hat, daß sie für die Erlangung sozial-reformativer Gesetze etwas leisten kann. Wir glauben in dieser Beziehung mehr zustande bringen zu können, wenn wir fern bleiben von dieser Regierung.“

„Wir sind eine junge Partei, die im Lande mit ihrer Rekrutenanzahl noch lange nicht fertig ist, die aber in der kurzen Zeit ihrer Existenz schon gezeigt hat, daß sie für die Erlangung sozial-reformativer Gesetze etwas leisten kann. Wir glauben in dieser Beziehung mehr zustande bringen zu können, wenn wir fern bleiben von dieser Regierung.“

„Wir sind eine junge Partei, die im Lande mit ihrer Rekrutenanzahl noch lange nicht fertig ist, die aber in der kurzen Zeit ihrer Existenz schon gezeigt hat, daß sie für die Erlangung sozial-reformativer Gesetze etwas leisten kann. Wir glauben in dieser Beziehung mehr zustande bringen zu können, wenn wir fern bleiben von dieser Regierung.“

„Wir sind eine junge Partei, die im Lande mit ihrer Rekrutenanzahl noch lange nicht fertig ist, die aber in der kurzen Zeit ihrer Existenz schon gezeigt hat, daß sie für die Erlangung sozial-reformativer Gesetze etwas leisten kann. Wir glauben in dieser Beziehung mehr zustande bringen zu können, wenn wir fern bleiben von dieser Regierung.“

„Wir sind eine junge Partei, die im Lande mit ihrer Rekrutenanzahl noch lange nicht fertig ist, die aber in der kurzen Zeit ihrer Existenz schon gezeigt hat, daß sie für die Erlangung sozial-reformativer Gesetze etwas leisten kann. Wir glauben in dieser Beziehung mehr zustande bringen zu können, wenn wir fern bleiben von dieser Regierung.“

„Wir sind eine junge Partei, die im Lande mit ihrer Rekrutenanzahl noch lange nicht fertig ist, die aber in der kurzen Zeit ihrer Existenz schon gezeigt hat, daß sie für die Erlangung sozial-reformativer Gesetze etwas leisten kann. Wir glauben in dieser Beziehung mehr zustande bringen zu können, wenn wir fern bleiben von dieser Regierung.“

### Schweden.

#### Zwei Nachwahlen zum Reichstag.

In Helsingborg hat am 15. Dezember und im Västergötland am 17. Dezember eine Nachwahl zur Zweiten Kammer stattgefunden. In beiden Wahlkreisen war das Ergebnis der allgemeinen Wahlen für ungünstig erklärt worden, weil man herausgefunden hatte, daß eine kleine Anzahl Arbeiterwähler in einem der letzten fünf Jahre ihre Steuern nicht voll bezahlt hatten. In beiden Wahlkreisen war der Kandidat der Sozialdemokratie mit knapper Mehrheit gewählt worden und die reaktionären Schlangköpfe hofften nun, durch die Nachwahl die bekanntlich auf 14 Abgeordnete angewachsene sozialdemokratische Fraktion des neuen Reichstags etwas vermindern zu können. Im Västergötland ist ihnen der Streich gelungen, wenn auch nur mit 18 Stimmen Mehrheit. Bei der Hauptwahl war Genosse Kieles Anderson, Industriearbeiter, mit 848 Stimmen gegen 822 Stimmen gewählt worden. Jetzt hat Anderson zwar 908 Stimmen erhalten, sein Gegenkandidat, Gustafsson, hat 884 Stimmen erhalten, jedoch 908. Der nun Wiederwahlte ist einer der in der Arbeiterkammer am meisten verhassten altzeitlichen Mitglieder der Zweiten Kammer, der Vater des berühmten Buchhändlergeschlechtes, das nach dem Namen seines Gutes als „Marpsjöegård“ bezeichnet wird. Kommt die Wahlrechtsreform

zustande, wie sie der Staatsminister Staaf in Aussicht gestellt hat, so wird es bei der nächsten Wahl jedenfalls gelingen, diesen Feind der Arbeiterklasse dauernd aus der Kammer zu verbannen.

In Helsingborg ist der Anschlag der Reaktion mißglückt. Der Sozialdemokrat, Redakteur Christianarson, wurde mit 1074 gegen 1432 Stimmen wiedergewählt. Bei der Hauptwahl hatte er zwei reaktionäre Kandidaten gegen sich, von denen der eine damals 1057, der andere 412 Stimmen erhielt, während unser Genosse mit 1088 Stimmen gewählt wurde. Er hat also jetzt 588 Stimmen mehr erhalten und damit nicht nur die relative, die nach dem jetzt noch geltenden Wahlgesetz ausschlaggebend ist, sondern sogar die absolute Mehrheit erhalten.

### Norwegen.

#### Staats- und Gemeindefürsorge für die Arbeitslosen.

Am Freitagvormittag haben ungefähr 300 Arbeitslose wiederum eine Deputation nach dem Storting geschickt und sofort Arbeit gefordert, da sie, wenn sie bis nach den Weihnachtsferien warten sollten, verhungern würden. Präsident Thorne antwortete, daß es in erster Reihe Sache der Gemeindeverwaltung Christianias wäre, der augenblicklichen Not abzuhelfen.

Nach am selben Tage bewilligte das Storting, um den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, 60 000 Kronen für Vorarbeiten zu einem Verbindungshafen zwischen der Ost- und Westbahnstation in Christiania. Die Gemeindevertretung wird zu derselben Anlage ebenfalls eine Summe bewilligen.

Das Storting beschloß ferner, und zwar einstimmig, einem Antrage Eriffens, Casberg's und einiger anderer Abgeordneter entsprechend, ein Komitee einzusetzen, das über die weiteren Vorarbeiten beraten soll.

Die Deputation der Arbeitslosen wandte sich auch an die Gemeindevertretung, die dann noch am selben Tage 28 000 Kronen zur Beschäftigung Arbeitsloser bewilligte und außerdem den Magistrat aufforderte, Vorschläge zu einem neuen Wasserreservoir auszuarbeiten, das etwa 280 000 Kronen erfordern wird.

Es scheint, daß man tatsächlich in diesem Jahre den Forderungen der Arbeitslosen ein wenig mehr entgegenkommen will als früher.

### Montenegro.

Ein neues Kabinett ist gebildet, das sich auf Grund von Nachrichten aus Cetinje, der Hauptstadt des Landes, folgendermaßen zusammensetzt: Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen Lazar Nischewitsch, Finanzen Andra Radowitsch, Krieg General Bulowitsch, Inneres Labud Goinitsch, Justiz Milo Dogitsch, zugleich Leiter des Unterrichtsministeriums; zum Präsidenten der Stupadina wurde Petrovitsch gewählt.

Ob die sechs neuen — itische eine bessere Politik machen werden als die alten? —

### Sien.

Der Sieger. Peking, 19. Dezember. (V. G.) Die Unterhandlungen mit den japanischen Delegierten über die Mandschurei sind zum Abschluß gekommen. Das Prinzip der offenen Tür wird aufrechterhalten. In den übrigen Punkten ist Japan der Nachfolger Rußlands ohne irgend welche Einschränkung. Der Vertrag wird am 21. d. Mts. veröffentlicht werden.

### Marokko.

Wir teilten schon mit, daß auf Wunsch der spanischen Regierung die Marokko-Konferenz nicht in Algieras — wie ursprünglich geplant war — sondern in Madrid stattfinden sollte. Ueber das Motiv oder die Motive zu diesem Vorhinein herrscht noch Unklarheit. Es wird behauptet, den Herren Gesandten vermöge das kleine und arme Algieras nicht genügend Pöhslichkeit zu bieten, daher wünsche man sie in Madrid desto luxuriöser unterzubringen. — Die „Voss. Zeitung“ bringt gar gestern (Dienstag) abend folgenden eigenen Drahtbericht aus Paris:

Dies wird behauptet, die spanische Regierung sei zu ihrem Entschluß, die Verlegung der Marokko-Konferenz von Algieras nach einer geeigneteren Stadt zu beantragen, dadurch bestimmt worden, daß Deutschland für seine Vertretung 16 Zimmer unter demselben Dach beansprucht habe, während das Hotel „Maria Christina“ in Algieras, das die spanische Regierung gemietet hat, im ganzen nur 44 Zimmer enthält. Frankreich macht seine Zustimmung zur Verlegung der Konferenz von derjenigen Deutschlands abhängig. Wenn der Bericht die Wahrheit gibt, so würde sich Deutschland, das Land der „Schlichten“ Willkür, geradezu lächerlich gemacht haben; denn so viel Alten werden die zwei bis drei deutschen Vertreter doch wohl nicht mitnehmen, daß sie — sechzehn Zimmer nötig haben.

Uebrigens kann Bälou sich im Glanze eines gewissen Triumphes sonnen; denn offenbar ist die französische Diplomatie nach ihren letzten Erfahrungen mit Deutschland in Punkt Etikette sehr vorsichtig geworden: sie macht ihre Zustimmung zur Verlegung der Konferenz von derjenigen Deutschlands abhängig!

Der Vollständigkeit wegen verzeichnen wir noch das Gerücht: in Tanger herrsche die Meinung vor, daß die Konferenz überhaupt nicht stattfinden werde.

### Amerika.

#### Neu.

Präsident Roosevelt sagte am Sonnabend in einer Ansprache, die er an die Abordnung einer „Vereinigung für den allgemeinen Frieden“ hielt, er glaube, daß die Ausdehnung schiedsgerichtlicher Entscheidung auf die Angelegenheiten, die in der Vergangenheit Kriege herbeiführten, fast jede Schwierigkeit zwischen den Völkern heiligen würde. Er beabsichtige, bald Vertreter für die zweite Haager Konferenz zu ernennen, die beauftragt werden sollen, für die Ausdehnung des Schiedsgerichtsverfahrens auf die bisherigen Kriegssachen einzutreten.

So ähnlich hat sich der „Friedensjar“ auch öfter geäußert.

Ein Bundes Senator verurteilt. Burton, ein Bundes Senator von Kansas, hat seinen Einfluß als Senator verkauft und sich dabei erwischen lassen. Er wurde angeklagt, daß er eine schwindelhafte Gesellschaft von New York davor beschützt habe, daß sie von der Post auf die Liste der betrügerischen Firmen gesetzt und ihre Sachen daher von der Beförderung ausgeschlossen wurden. Für diesen Dienst erhielt der Senator Vergütung und wurde in zweiter Instanz zu sechs Monaten Gefängnis und 2500 Dollar Geldstrafe verurteilt.

In so plumper Weise verkauft selten ein Senator seinen Einfluß. Die großen Trusts, die in dem Bundes Senat ihren sichersten Hort und Stütz haben, verstehen es, die Dienste der Senatoren in Anspruch zu nehmen, ohne ihre Diener ins Gefängnis zu bringen. Der Standard Oil Trust ist darin Meister, seine Diener bleiben hochachtbare Gentleman.

## Aus Industrie und Handel.

### Englische Kohle im Ruhrkohlenrevier.

Es ist Tatsache, große industrielle Werke des Ruhrreviers beziehen Kohlen aus England: der Förder Bergwerks- und Hüttenverein hat augenblicklich 10 000 Tonnen englische Kohle erhalten und das Eisen- und Stahlwerk Hösch zu Dortmund bemittelt sich ebenfalls um englische Kohle. Die Werke sind dazu gezwungen, obgleich die Tonne englischer Kohle infolge der hohen Frachtpreise etwa 7 M. höher bezahlt werden muß, wie die einheimische. Wobei nicht zu vergessen ist, daß das rheinisch-westfälische Kohlenrevier im Ausland noch billiger absetzt, als im Inland. Eine wahnwitzige Geschichte! Man sieht, welche Folgen die Syndikatspolitik zeitigt. Trotz des großen Streiks war in den ersten neun Monaten dieses Jahres die Ausfuhr an Steinkohlen um rund 100 000 Tonnen größer als in derselben Zeit des Vorjahres.

Im gegenwärtigen Fall handelt es sich um die Lieferung englischer Kohlen. Seit Jahren hat das Kohlenrevier darauf gesehen, daß alle Zechen mit Kohlenwerken errichten und die vorhandenen erweitern. Dadurch ist das Angebot von Kohlen immer geringer geworden, so sehr, daß sich jetzt, zur Zeit der hochgehenden Konjunktur auf dem Eisenmarkt, für die großen industriellen Werke, welche auf eigene Kohlproduktion angewiesen sind, eine empfindliche Skamität herausgebildet hat. Die genannten großen Eisenwerke haben ja auch eigene Zechen mit großer Produktion, die aber immer noch nicht den Bedarf der Werke decken kann, und vom Syndikat sind keine Kohlen zu erhalten. Um nun im Hochofenbetrieb keine Störung zu erleiden, ist man gezwungen, die sehr teure englische Kohle zu beziehen.

Die Einfuhr englischer Kohlen in das deutsche Zollgebiet betrug von Januar bis Oktober:

	1903	1904	1905
4 495 023 Tonnen	4 674 200 Tonnen	6 176 494 Tonnen.	

Andererseits beziehen die belgischen Werke die deutsche Kohle billiger, als sie in Westfalen verkauft sind. Durch die wahnwitzige Politik des Kohlenreviers werden also die Produktionskosten der heimischen Industrie ganz ungeheuerlich gesteigert, damit aber auch ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte in gleicher Weise geschwächt.

Das Streben der Werke ist aber, konkurrenzfähig zu bleiben, sie suchen das Gleichgewicht wieder herzustellen nach der allbekannten Methode — nämlich auf Kosten der Arbeiter. Intensivere Anspannung der Arbeitskraft, verlängerte Arbeitszeit und Ueberstunden, reduzierte Löhne — das sind die nächsten Folgen. Dies alles zur Zeit der hochgehenden Konjunktur, auf die die Arbeiter in früheren Jahren immer verkräftet wurden. Und da gibt es wirklich noch Menschen, die sich wundern über die großen wirtschaftlichen Kämpfe, über das Auswachsen der Sozialdemokratie.

Diese gelenkzerrnende Syndikatspolitik hat aber auch noch weitere Folgen, denn sie fördert die Justizbestrebungen der industriellen Werke. Da diese einsehen, daß die Produktion ihrer Gruben den Bedarf bei weitem nicht deckt, so sehen sie sich nach Erwerb neuer Zechen um. Die Zechen „Crone“, „Felizitas“ und „Glückauf-Segen“ werden demnächst in den Besitz des Förder Vereins übergehen.

Schleppverhältnisse im Oder-Spree-Kanal war das Thema, über welches im Verein der Dampfschiffahrer Berlins und Umgegend am letzten Sonntag im Vereinslokal in der Prückenkirche 5 lebhafte diskutiert wurde. Der Verein, der jetzt im zehnten Jahre besteht, ist aus kleinen Unternehmern, den Dampfschiffbesitzern, und aus Angestellten, den Dampfschiffführern, zusammengesetzt; die Mitgliederzahl ist verhältnismäßig nicht klein, nämlich mehr als hiebzig. Das Geschäft ist in der letzten Zeit leidlich gut gewesen, aber aus der Diskussion konnte man entnehmen, daß die kleinen Unternehmer sich sehr unsicher fühlen und ihre Lage immer als eine bedrohte ansehen. Die Konkurrenz der Großen regt sie weniger auf, denn diese Konkurrenz wird als unabänderlich und unbesiegt angesehen; man will nur im kleinen sein Geschäft in Ruhe treiben, aber diese Ruhe ist nicht zu erlangen. Die Konkurrenz untereinander und nicht zum wenigsten die vielen polizeilichen Bestimmungen für den Schleppverkehr im Oder-Spree-Kanal sind den Schiffsteuten unbehagen. Seit 2 Jahren haben die Dampfschiffbesitzer einen besonderen Schleppverband gegründet, in welchem sie sich gegenseitig an Preise und Regeln kontraktlich gebunden haben, aber der Schleppverband erfüllt nicht, was er verspricht und soll im Monat Januar wieder aufgelöst und eine bessere Organisation an seine Stelle gesetzt werden. — Einige Erregung herrschte darüber, daß von den Behörden neue Bestimmungen für die Fahrgeschwindigkeit im Oder-Spree-Kanal vorgegeben sind. Während jetzt ein Kilometer in 9 Minuten zurückgelegt wird, sollen zukünftig 16 bis 17 Minuten dazu gebraucht werden. Ein Redner meinte, das hiesse den Verkehr um Jahrzehnte zurückstellen; man müsse die modernen Einrichtungen, die verbesserten Maschinen berücksichtigen. Während die Behörden 3/4 Kilometer in der Stunde als höchste Fahrgeschwindigkeit gelten lassen wollen, sagen die Schiffer, daß die mindeste Fahrgeschwindigkeit 4 Kilometer sein müßte. Die Schiffer sind der Ansicht, daß man ihnen das Geschäft abschneiden möchte, um es den Eisenbahnen zuzuführen. Einigen Schwerbeschäftigten wurde gelegentlich die Antwort zuteil, daß die Leute die Eisenbahn benutzen könnten, wenn ihnen der Transport auf den Schiffen zu langsam ginge. Das erscheint den kleinen Unternehmern sehr bedenklich, und sie sehen einen engen Zusammenschluß als notwendig an, um ihre Interessen zu wahren und Maßnahmen der Behörden gegenüber, die sie für ungerecht halten, Front zu machen. Ebenso soll die starke Reibung in der Konkurrenz untereinander möglichst vermindert werden durch den im nächsten Monat neu gegründenden Schleppverband.

Die Syndikatsreederei G. m. b. H. in Hamburg hat in der konstituierenden Versammlung Albert Vallin und Ad. Boermann zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates erwählt. Die Wahl von Bramolow zum Direktor der Gesellschaft wurde bestätigt. Die Gesellschaft hat bereits zwei Dampfer von je 5000 Tonnen Tragfähigkeit, die auf der Alsenburger Werft ihrer Fertigstellung entgegengehen, angekauft. Sie erwirbt ferner einen im Bau begriffenen Dampfer von 6500 Tonnen Tragfähigkeit, der auf der Werft von Dobson in Sunderland demnächst zur Ablieferung kommt. Außerdem kaufte die Syndikatsreederei den neuen Dampfer „Orissa“ der Reederei Aktiengesellschaft von 1896 sowie zwei neue Dampfer der hantscheischen Dampfergesellschaft, die gegenwärtig in der Boermannlinie beschäftigt sind.

Sie bauen vor. Da man das Auseinanderfallen des Kohlenreviers kaum noch bezweifelt, kommt es nun auch zu Interessengemeinschaften zwischen seinen Zechen. Die Gewerkschaften „Perkules“ und „Pörlingstiepen“ übernehmen gemeinschaftlich den Felderkomplex, der bei dem Verkauf der Kohlenfelder der Internationalen Vöhrergesellschaft an ein Konsortium, dem Kommerzianten Fünke überwiesen worden ist. Diese Interessengemeinschaft bildet gewissermaßen ein kleines Monopol, weil die Gruben, bei denen Fünke interessiert ist, den größeren Teil der besseren Anthracit-Kohlenwerke umfassen. Ja, dies Zusammengehen kann sogar das Auseinanderfallen des Syndikats noch beschleunigen, denn die Kombination hat den Zweck, dadurch gegen die Bedrohung der Hüttenzechen zu rufen.

Gesellschaften m. b. H. Ueber die Anzahl der Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Preußen und über die Höhe ihres Stammkapitals sind statistische Erhebungen veranlaßt worden. Danach bestanden im Januar 1905:

	Gesellschaften mit einem	
	m. b. H.	Gesamtkapitale
bis zu 50 000 M.	2173	62 620 800 M.
von mehr als 50 bis 100 000 M.	1067	86 979 400 "
" " " 100 " 250 000 "	1057	180 696 100 "
" " " 250 " 500 000 "	663	246 297 100 "
" " " 500 " 1 Mill.	303	229 391 800 "
" " " 1 Million Mark	222	683 497 500 "
	zusammen	5515 1 499 482 700 M.

2245 Gesellschaften verfügten somit über ein Stammkapital von mehr als 1 000 000 M. Ihr Kapital beläuft sich zusammen auf 1 Milliarde 350 Millionen Mark.

Arbeitsmarkt im Holzgewerbe. Der Arbeitsmarkt berichtet: Mit der Abnahme der Bauaktivität im Herbst pflegt auch immer ein Nachlassen der Lebhaftigkeit im Holzgewerbe Hand in Hand zu gehen. Diese regelmäßige Erscheinung ist im laufenden Jahre besonders deutlich zu bemerken. War schon im Vorjahre von September auf Oktober die Verminderung der Arbeitsgelegenheit ziemlich erheblich, so war die Abnahme im laufenden Jahre, wie sich aus der Bewegung der Arbeitslosenziffern ergibt, weit stärker. Von

September auf Oktober stieg im laufenden Jahre die Arbeitslosigkeit dreimal stärker als im Vorjahre. Schon im dritten Quartal des laufenden Jahres hatte die Arbeitslosigkeit 14,4 Proz. betragen gegen 13,4 im zweiten Quartal und 11,1 im dritten Vierteljahr 1904. Die ungünstige Gestaltung des Beschäftigungsgrades ist hauptsächlich auf den lauen Geschäftsgang im rheinischen Holzgewerbe zurückzuführen. Schon während des ganzen laufenden Jahres wies der Arbeitsmarkt der rheinischen Holzindustrie ein ziemlich unbefriedigendes Gepräge auf. Erst der Vergarbeiterstreik, dann der Konflikt im Drahtgewerbe, endlich die längere Einstellung der Vantätscherei wirkten fördernd auf die Beschäftigung in einzelnen Branchen der Holzindustrie ein. Die Vantätscherei, vor allem aber die Vantätscherei, wurden teilweise empfindlich in Mitleidenschaft gezogen. Auch im November war die Beschäftigung in der Vantätscherei infolge der schwächeren Vantätigkeit wieder eingeschränkt.

## Gewerkschaftliches.

### Au alle Ortsverwaltungen des deutschen Metallarbeiterverbandes.

Die Firma Krupp in Essen macht gegenwärtig Anstrengungen in Südwestdeutschland Arbeitskräfte anzuwerben, speziell Schlosser. Demgegenüber machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß dort Differenzen bestehen. In der Abteilung „Fahrzeugbau II“ wollen zurzeit circa 100 Mann aufhören, da der Verdienst dort ein derartiger ist, daß an ein Auskommen bei den in Essen üblichen Lebensbedingungen überhaupt nicht zu denken ist. So verdienen dort Schlosser 2,70, 2,80 und 3 M., wenn hoch kommt 3,80 M., aber diese „Glücklichen“ sind zu zählen.

Unsere Kollegen mögen es sich also überlegen, wenn die verlockenden Angebote der Krupp'schen Werber an sie herantreten, und diesen keine Beachtung schenken. Solche Hungerlöhne werden schließlich in Süddeutschland auch noch bezahlt, dazu ist es nicht nötig, nach Essen zu gehen.

Deshalb Kollegen, macht überall auf Vorstehendes aufmerksam, denn die Firma scheint gerade in den entlegensten Winkeln Arbeitskräfte zu suchen, da sie wohl mit Recht vermutet, daß in vorgezeichneten Gegenden der Ruf ihrer Wohlfahrtsanstalten und ihre Dividendenhinderer schon so bekannt ist, daß sie keine Arbeitskräfte mehr bekommt.

Die Bezirksleitung des 9. Bezirks.

### Berlin und Umgegend.

Englische Gasanstalten. Eine außerordentlich stark besuchte öffentliche Versammlung aller bei der I. O. G. A. beschäftigten Arbeiter und Handwerker tagte am 18. d. M. im großen Saal der Arminhallen. Zur Tagesordnung stand die Forderung einer Lohnaufbesserung in Anbetracht der herrschenden Teuerung. Der Referent, Ortssekretär E. Dittmer begründete in seinem einleitenden Referat ausführlich die notwendige Aufbesserung des Lohnes mit der schon seit Monaten herrschenden Teuerung, welche im Frühjahr 1906 durch die neuen Handelsverträge eine weitere Steigerung erfahren werden. In England, dem Mutterlande der I. O. G. A. verdienen die Arbeiter nahe das Dreifache, weil die gewerkschaftliche Organisation weit stärker ist wie in den Betrieben dieser Gesellschaft für Berlin und Umgegend. Immerhin sind nahezu 2/3 aller englischen Gasarbeiter organisiert worden in den letzten Monaten und auch der starke Versammlungsbefehl zeigt, daß die Gleichgültigkeit im Schwunde begriffen ist. Es gilt jetzt auch die letzten Unorganisierten heranzuziehen und sie bereit zu machen, daß sie für ihre Forderungen energisch eintreten, damit die Direktion eintritt, nicht die Verhandlungsbeamten sind die Heher, sondern die Arbeiter verlangen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Aber auch der Spitzelwirtschaft wird man dadurch ein Ende bereiten. Dem Referenten wurde domierender Beifall gezollt, ebenso sprachen sich alle nachfolgenden Diskussionsredner in diesem Sinne aus. Nachdem noch der Vorsitzende Prenzlow auf die Notwendigkeit, sich durch den „Vorwärts“ und die politische Organisation aufzuklären, hingewiesen hatte, wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute am 18. Dezember 1905 in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20 zahlreich versammelten Arbeiter und Handwerker sämtlicher Englischer Gasanstalten Berlins und Umgegend richten an die Direktion das Ersuchen, angelehnt an die herrschende Teuerung eine generelle Lohnaufbesserung für alle Kategorien eintreten zu lassen. Da die Preise für alle Lebensmittel (zum Beispiel Fleisch bis zu 50 Proz.), bedeutend gestiegen sind, ist es unumgänglich, mit den jetzigen Löhnen auszukommen. Eine Besserung dieser Verhältnisse ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Im Gegenteil dürfte beim Inkrafttreten der neuen Handelsverträge eine weitere Steigerung eintreten. Eine Reihe von Privatbetrieben und Gemeinden (unter anderem Schöneberg, Wilmersdorf, Fiesebau, Steglitz) sind denn auch dazu übergegangen, Teuerungszulagen zu gewähren. Ebenso sind die städtischen Kollegen damit beschäftigt, Vorschläge für eine allgemeine Lohnaufbesserung auszuarbeiten. Bis zu deren Festlegung ist eine Teuerungszulage von 50 M. für jeden Arbeiter bereits bewilligt.

Um die Differenz zwischen den zurzeit bestehenden Löhnen und den erhöhten Lebensmittelpreisen einigermaßen auszugleichen, erachten die Versammelten die Erhöhung aller Löhne um mindestens 10 Proz. für unbedingt erforderlich.

Die Versammelten richten daher an die Direktion der I. O. G. A. das Ersuchen, dieser Forderung baldigst stattzugeben, und beauftragen die Ortsverwaltung Berlin des „Verbandes der städtischen Arbeiter“, vorstehende Resolution der Direktion zu übermitteln.

Nachdem schloß der Vorsitzende die von circa 500 Kollegen besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

### Achtung, Dachdecker!

Wegen Nichtzahlung des tarifmäßigen Jahrgeldes ist die Firma Rinze, Steglitz, Lindenstr. 7 gesperrt.

Zentral-Verband der Dachdecker Deutschlands.  
Ortsverwaltung Berlin.

Kleber! Der Regierungsbau in der Spandauerstraße zu Potsdam, Tapeziermeister Gintfer (Potsdam, Hodystr. 19), ist wegen Lohn-differenzen gesperrt. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Kleber! Die Sperre über den Bau (Rommensstr. 36) der Firma Kallenbach, Potsdamerstraße, ist aufgehoben. Die Achtzehnerkommission.

Achtung, Kleber! Laut Versammlungsbeschluss vom 6. Dezember werden die Kontrolllegitimationen eingezogen und sind täglich im Arbeitsnachweis: Schützenstr. 18/19 abzuliefern. Die Renaugabe erfolgt vom 1. Januar 1906 ab. Damit sind alle von unserer Organisation herausgegebenen Karten vorläufig für ungültig erklärt. Der Vorstand der Freien Vereinigung der Tapezierer.  
Bureau: Schützenstr. 18/19. Tel. I 1308.

### Deutsches Reich.

#### Achtung, Schuhfabrikarbeiter und Arbeiterinnen!

Trotzdem die Firma Pusch u. Möbius dem Gauleiter der Schuhmacherorganisation, Genossen Hermann Dresden, und zwei Mitgliedern des Streikkomitees schriftlich erklärt hatte: den am Streik beteiligten gewesenen Arbeitern und Arbeiterinnen zu überlassen, der Organisation anzugehören oder nicht, legt die Firma ein Schriftstück zur Unterzeichnung vor, welches den Austritt aus derselben fordert. Außerdem sucht die

Firma in Provinz-Zeitungen Arbeiter, obwohl sie sich verpflichtet hatte, den Bedarf an Arbeitskräften von den noch am Ort befindlichen Arbeitslosen zu entnehmen, und noch 64 ehemalige Streikende arbeitslos sind. Daß die Zahl der Arbeitslosen durch Zuzug nach Meilen nicht vergrößert wird, halten wir als ganz selbstverständlich.

In Leiteschheim bei Grimnitzschau haben nunmehr sämtliche organisierten Steinbrücker und Lithographen der Aktiengesellschaft Gold u. Kiehlung ihre Kündigung eingereicht, nachdem von ihren Forderungen nur die Herabsetzung der Arbeitszeit für Lithographen auf acht Stunden, nicht aber die übrigen, wie Gehaltserhöhung, Lohnaufbesserung, Abschaffung der Prämien- und Akkordzahlung usw., bewilligt worden sind. Die Firma stellt sich auf den Standpunkt, „nach eigenem Ermessen“ die Löhne regeln zu wollen; eine Regelung des Lehrlings-unwesens vertagt sie mit der Ausrede, der starke Wechsel der fremden Gehältern zwingt dazu, sich selbst „einen ichtigen Stamm“ von Arbeitskräften heranzubilden. Die in Kündigung stehenden Gehältern verweigern bis zur Erledigung der Differenzen die Arbeit, mit der sie gerade in der letzten Zeit besonders beglückt waren.

### Rusland.

#### Streit in einem Pariser Warenhaus.

1200 von 1450 Angestellten des Warenhauses Dufayer zu Paris sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen die Entsetzung zweier unbeliebter Aufseher.

## Soziales.

Kommunaler Schulkostenzuschuß der Betriebsgemeinde. Durch Beschluss und Entscheidung des Bezirksausschusses Merseburg war Halle a. S. für verpflichtet erklärt worden, der kleinen Nachbar-gemeinde Canena wegen einer Anzahl dort wohnender, aber in Halle'schen Fabrik, Bergwerks- und Eisenbahnbetrieben arbeitender Arbeiter für das Jahr 1901 einen Schulkostenzuschuß von 729 M. zu gewähren. Außerdem wurde die Verpflichtung Halles zu einem Zuschuß von 320 M. zu den Armenlasten Canenas anerkannt. — Beschluss und Entscheidung stützen auf § 53 des Kommunal-abgabengesetzes, wo es unter anderem heißt: „Wenn einer Gemeinde, welcher ein Besteuerungsrecht nach § 35 des Gesetzes nicht zusteht, durch den in einer anderen Gemeinde stattfindenden Betrieb von Berg-, Hütten- oder Salzwerken, Fabriken oder Eisenbahnen nachweisbar Mehraufgaben für Zwecke des öffentlichen Volksschulwesens oder der öffentlichen Armenpflege erwachsen, welche im Verhältnis zu den ohne diese Betriebe für die erwähnten Zwecke notwendigen Gemeindeausgaben einen erheblichen Umfang erreichen und eine Ueberbürdung der Steuerpflichtigen herbeizuführen geeignet sind, so ist eine solche Gemeinde berechtigt, von der Betriebsgemeinde einen angemessenen Zuschuß zu verlangen.“ Hinsichtlich der Schulkosten nahm der Bezirksausschuß an, daß 55 Kinder von solchen Vätern in Betracht kämen, die in Canena wohnen, um in Halle zu arbeiten. — Halle legte Berufung ein. Im wesentlichen blieb in der zweiten Instanz streitig, ob nicht 27 Arbeiter mit 57 Kindern zu Unrecht vom Bezirksausschuß berücksichtigt worden seien, weil diese Väter schon in Canena wohnhaft waren, ehe sie in Halle'sche Betriebe eintraten. — Der achte Senat des Oberverwaltungsgerichts verwarf am 15. Dezember das Rechtsmittel und führte zu jener Streitfrage aus: Halle berufe sich für seine Meinung, daß die fraglichen 27 Väter mit ihren 57 Kindern nicht mit zu berücksichtigen wären, darauf, daß sie schon vor ihrem Eintritt in Halle'sche Betriebe in Canena gewohnt hätten, und Halle glaube seine Auffassung durch Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts gestützt. Hier gehe aber Halle von einem Rechtsirrtum aus. Allerdings habe das Oberverwaltungsgericht wiederholt ausgesprochen, daß im allgemeinen und regelmäßig nur solche Arbeiter zu berücksichtigen seien, die erst in den Ort zugezogen wären, um in der benachbarten Betriebsgemeinde Arbeit zu suchen. Keineswegs ausgeschlossen werde aber dadurch die Berücksichtigung solcher, die schon vorher im Orte wohnen, dort geboren wären, ein kleines Anwesen besäßen, das sie erworben oder ererbt hätten. Entscheidend sei immer, ob wegen der Beschäftigung in der benachbarten Betriebsgemeinde sie zugezogen oder im Orte geblieben seien. Letzteres sei hinsichtlich der strittigen 27 Arbeiter anzunehmen. Im übrigen erachte das Oberverwaltungsgericht gleich dem Bezirksausschuß die Voraussetzungen des § 53 nach den örtlichen Verhältnissen für gegeben. —

## Verammlungen.

Verband der Sattler. Am Montag fand im Gewerkschaftshause eine gut besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Genosse Strödel sprach über das Thema: „Partei und Gewerkschaft“. — Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine lange Diskussion, die sich aber weniger mit den Ausführungen des Referenten als vielmehr mit der Haltung des gewerkschaftlichen Organs, der „Sattler-Zeitung“, befahte. Mit dem von Referenten ausgesprochenen Gedanken erklärten sich sämtliche Redner einverstanden. Dagegen wurde an der „Sattler-Zeitung“ durch eine Reihe von Rednern Kritik geübt. Der erste Redner, Hesse, machte mehrere Artikel, über den Jenaer Parteitag, den politischen Massenstreik, die Kaiserfeier, den „Vorwärts“-Konflikt, zum Gegenstand des Angriffes. Dann nahm Hadelbusch als Ausschuss- und Prekommissionsmitglied der „Sattler-Zeitung“ das Wort. Dem ersten Redner trat er insofern entgegen, als sich dessen Kritik mit einer großen Zahl von Äußerungen der „Sattler-Zeitung“ beschäftigte, auf die er entweder durch Gegenartikel hätte antworten oder seine Beschränkungen an die Prekommission richten können. Dem Redakteur Blum könne nicht nachgesagt werden, daß er kein Parteigenosse sei. Sozialdemokrat sei er zweifellos, aber er sei ein Produkt seiner Umgebung im Gewerkschaftshause. — Am dem Standpunkt Ausdruck zu geben, den die Versammlung zu dem Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft einnimmt, empfahl Hadelbusch die Annahme einer fälschlich im „Vorwärts“ veröffentlichten, vom Hamburger Gewerkschaftskartell angenommenen Resolution, welche besagt, daß die politische Bewegung ebenso notwendig ist, wie die gewerkschaftliche, und es deshalb Pflicht jedes Gewerkschaftsmitgliedes ist, sich der politischen Organisation anzuschließen und in ihr eine rege Tätigkeit zu entfalten. — Was die „Sattler-Zeitung“ betrifft, so befahte sich der Redner nur mit ihrer Haltung zum „Vorwärts“-Konflikt, die in der Nummer vom 25. November zutage getreten ist. Der Redakteur Blum habe in jenem Artikel eine Stellung eingenommen, die entschieden verurteilt werden müsse. Er sei darin persönlich und deshalb kleinlich geworden. Der Ausschuss habe sich als Prekommission mit diesem Artikel beschäftigt und eine Erklärung beschlossen, die er auch der Versammlung zur Annahme unterbreitet. Die Erklärung lautet:

Zu dem Artikel der „Sattler-Zeitung“ vom 25. November mit der Überschrift: „Zu einem bedauerlichen Konflikt zwischen Partei und Gewerkschaften“ scheint sich jetzt der unselbige „Vorwärts“-Stach gestalten zu wollen u. s. w., hat der Ausschuss als Prekommission der „Sattler-Zeitung“ folgendes zu erklären: Der Ausschuss bedauert die einseitige Stellungnahme des Redakteurs der „Sattler-Zeitung“ im ersten Teil des Artikels, die sich gegen die Partei und deren Funktionäre richtet. Des weiteren verurteilt der Ausschuss aufs schärfste die Angriffe gegen einzelne Personen der neuen „Vorwärts“-Redaktion und erwartet, daß in Zukunft alles vermieden wird, was eine Zersplitterung zwischen Partei und Gewerkschaften herbeiführt. Ferner bedauert der Ausschuss das Vorgehen der Generalkommission, indem sie die Gewerkschaftspresse anwies, für die sechs angeführten „Vorwärts“-Redakteure Partei zu nehmen, ohne Rücksicht darauf, daß

dieser Streik, der doch nur durch die in Frage kommenden Partei-Instanzen erledigt werden kann, in die Gewerkschaften getragen wurde und das gute Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft im höchsten Maße gefährdet.

Blum, der hierauf das Wort nahm, lehnte es grundsätzlich ab, sich wegen seiner Tätigkeit als Redakteur an dieser Stelle zu verantworten, da er der Generalversammlung des Verbandes und der Prekommission verantwortlich sei. Was er in der „Vorwärts“-Angelegenheit geschrieben, wolle er nicht rechtfertigen, aber auch nicht zurücknehmen. Was die allgemeine Haltung des Blattes betrifft, so könne er sagen, er habe in der weitgehendsten Weise versucht, auch die Interessen der Sozialdemokratie im Blatte zu vertreten. Wenn er dabei nicht in jeder Zeile den Namen der Partei genannt habe, so verweise er auf Hebel, der in Jena sagte, er mache sich anbeifig, ein Gewerkschaftsblatt für zu redigieren, daß es von sozialdemokratischem Geiste erfüllt ist, ohne daß das Wort Sozialdemokratie gebraucht wird. In der Frage: Partei und Gewerkschaft stehe er vollständig auf dem Standpunkt, welchen der Referent vertrat.

Im weiteren Verlauf der Diskussion sprachen noch verschiedene Redner gegen die „Sattler-Zeitung“. Schließlich wurde sowohl die besagte Hamburger Resolution als auch die Erklärung des Ausschusses angenommen.

Eine Generalversammlung des Verbandes deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Gehältern, welcher dem Gewerkschaftskartell angeschlossen ist, nahm Stellung zu der Vertrauensmänner-Versammlung des Verbandes der Friseurgehülfern Deutschlands. Es wurde festgestellt, daß der Verband deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Gehältern keine Streikvorbereitungsorganisation sei. Wo die von ihm ausgehenden Kontrollanten im Geschäft sichtbar angebracht sind, wird zu tarifmäßigen Lohn gearbeitet, jedoch müssen dieselben Hermann Schulze untergeordnet und die laufende Woche gestempelt sein. Die Ausgabe der weingrünen Kontrollanten erfolgt auf dem Arbeitsnachweis, Große Frankfurterstraße 65, Restaurant Gemmitz, an den Wochentagen vormittags von 10 bis 1 Uhr, nachmittags von 2 bis 4 Uhr durch den Radweissvorsteher Baumgart. Die Versammlung verwarf sich energisch gegen die Angriffe seitens des Verbandes der Friseurgehülfern Deutschlands. Gleichzeitig erklärte sich die Versammlung mit der von einer am 23. November in den Arminhallen tagenden öffentlichen Versammlung der Barbiergehülfern gefassten Resolution einverstanden.

In der letzten Mitgliederversammlung des Verbandes der Kupferschmiede wurde festgestellt, daß nunmehr von allen in Betracht kommenden Firmen nach den neuen Vereinbarungen gezahlt wird. Die im „Vorwärts“ am 7. Dezember gebrachte Mitteilung, wonach die Firma Bonnab, Adalbertstraße 37, einem Kollegen nicht die ihm zustehende Zulage gezahlt hätte, hat sich als ein Irrtum des betreffenden Kollegen herausgestellt. Eine Differenz, welche auf dem Bau der Firma Jand u. Seiler in Puch vorlag, wurde für erledigt erklärt. Den Kupferschmieden und Monteuren, welche bei Firmen arbeiten, die von unseren Vereinbarungen nicht betroffen werden, wurde es zur Pflicht gemacht, Kupferrohre bei Heizungsanlagen, Installationen usw. nicht unter 7 1/2 Pf. die Stunde zu verlangen. Betreffs der Mitglieder Eduard Schmidt aus Pilsen, Otto Peine aus Magdeburg, Curt Wendler aus Frankenberg und Franz Genske wurde beschlossen, weil sie während des Streiks zugereist sind und Arbeit genommen haben, ihren Ausschluß beim Zentralvorstand zu beantragen. Die Sperre über Berlin und die Firma Gebauer wurde aufgehoben. In den Filialvorstand sind als erster Vorsitzender Korbwicz, als zweiter Strauß, als erster Kassierer M. Necht, als zweiter Edmarz, als erster Schriftführer Hermann, als zweiter Ewald, als Revisoren Damm, Casparick, Pachter und Kurnert gewählt; als Agitationsbezirksleiter Bauer, Reichen, Damm, Gernig, Kühne, Paß, Krause, Heise und Zauschböden. Die Vertrauensleute und Vertrauensammler bei den Firmen Automobilwerkstatt in Oberschöneweide, Hartmann, Bonnab, Grabert, Neumann, Kraft und Gerdemann wurden bis auf einen, welche Sache in der nächsten Versammlung erledigt werden soll, bestätigt.

Berichtigung. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ soll ich auf der Generalversammlung zur Beratung des Organisationsstatus für Groß-Berlin gefahrt haben:

„Wenn man sagt, der Wille des Volkes soll zum Ausdruck kommen, so ist das nichts weiter wie eine schöne Redensart.“

Es ist mir natürlich nicht eingefallen, eine so undemokratische Äußerung zu tun, vielmehr habe ich gesagt:

„Wenn man sagt, nur durch eine möglichst große Vertreterzahl könne der Wille des Volkes zum Ausdruck kommen, so ist das nichts weiter wie eine schöne Redensart.“

Charlottenburg, den 19. Dezember 1905. B. Sieck.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Schwerer Unglücksfall.

Ensdorf, 19. Dezember. (W. Z. B.) Auf dem hiesigen Walzwerk stieg eine 30 Zentner schwere Tür auf fünf Arbeiter herab, die schwer verletzt wurden.

### Der Fädel hant.

Paris, 19. Dezember. (W. Z. B.) Ausländische Erdarbeiter wollten sich heute nach dem Ministerium des Innern begeben, um dort ihre Forderungen vorzubringen. Sie wurden von der Polizei zurückgetrieben; dabei kam es zu einem Handgemenge, bei dem mehrere Ausländer und mehrere Polizisten verwundet wurden.

### Verfassung in Montenegro.

Getinje, 19. Dezember. (W. Z. B.) Die Schupskina ist heute vom Fürsten mit einer Thronrede eröffnet worden. Diefelbe betont zunächst das zwischen Fürst und Volk seit Generationen bestehende gegenseitige Vertrauen, dessen Ergebnis die Gründung eines festen, seit 100 Jahren von der ganzen Welt als unabhängig anerkannten Staates gewesen sei. Obwohl die Einwidlung und das Gedeihen des Landes durch die Autokratie nicht behindert worden sei, habe der Fürst doch beschlossen, an deren Stelle ein anderes Regime zu setzen, welches Montenegro auf dem Wege des Fortschrittes weiter bringen werde. Die Verfassung, die der Fürst seinem Volke gegeben habe, sei ein Erbe seiner liberalen Vorfahren, die das Freiheitsgefühl in den Herzen ihrer Unterthanen am eifrigsten geformt hätten. Die Thronrede kündigte sodann an, daß der Schupskina ein Verfassungsgesetz, sowie ein Gesetz über die Organisation Montenegros in militärischer, finanzieller und religiöser Beziehung zugehen werde, verweist auf das zwischen Christen und Muhammedanern herrschende gute Einvernehmen und kommt dann auf die auswärtige Politik zu sprechen. — Nach dem Verlesen der Thronrede legte der Fürst den Eid auf die Verfassung ab.

### Unruhen in Schanghai.

Hsin, 19. Dezember. (W. Z. B.) Der Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ telegraphiert aus Schanghai unterm 19. Dezember: Gestern morgen wurden einige Europäer verletzt. Der deutsche und der englische Konsul wurden von Chinesen beschimpft; daraufhin wurden Truppen gelandet. Die Engländer halten sich zum Eingreifen bereit. Eine Anzahl Chinesen wurde getötet. Die meisten Europäer sind betraffnet. Die öffentlichen Gebäude und die Telegraphenämter werden von Soldaten bewacht. Die letzte Nacht war ruhig. Heute morgen kamen wieder einige Aufstürzungen vor. Wir erwarten mehrere europäische Kriegsschiffe. Wir haben den Eindruck, daß die Unruhen in einigen Tagen beendet sein werden.

Parlamentarisches.

Knappschafts-Klassengesetz. Dem Abgeordnetenhaus ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung des siebenten Titels im Berggesetz vom 24. Juni 1865 zugegangen. In 65 Paragraphen will der Gesetzentwurf das Anknappschäftslosgesetz neu regeln. Das Gesetz soll am 1. Januar 1908 in Kraft treten, der Gesetzentwurf entspricht auch abgesehen davon, daß die Bedürfnisse des Arbeiters dringender eine rechtliche Regelung dieser Materie erfordern, keineswegs den von den Vergleuten erhobenen Forderungen. Nach dem Entwurf sollen die Anknappschäftsvereine Krankenversicherung (Krankenkassenleistungen), Unterstützung an die arbeitsunfähig gewordenen Mitglieder und an die Angehörigen verstorbener Mitglieder (Pensionskassenleistungen) gewähren. Die Rechnungsführung soll nach Krankenkassen und Pensionskassen getrennt vorgenommen werden. Entgegen dem wiederholt ausgesprochenen Verlangen der Vergleuten soll eine Klasseneinteilung der Mitglieder stattfinden. Auch sollen Verlobte und Verwaltungsbeamte mit über 2000 M. Jahresgehalt beitragsberechtigt sein. Klassenmitglieder, welche mindestens zwei Jahre der Krankenkasse eines Anknappschäftsvereins oder einer besonderen Krankenkasse angehört haben, können freiwillig Mitglieder bleiben, verlieren aber das Stimmrecht und die passive Wählbarkeit. Um sie dies nicht oder können sie dies nicht, weil sie noch nicht zwei Jahre Klassenmitglieder waren, so erfolgt keine Zurückzahlung der gezahlten Beiträge. Die wesentlichsten Vorschläge über die Invaliden-, Witwen- und Waisen-Unterstützung lauten:

- § 172a. Die Leistungen, welche die Pensionsklassen der Knappschaftsvereine nach näherer Bestimmung der Satzung ihren Mitgliedern, deren Arbeitsunfähigkeit oder Tod nicht durch eigenes großes Verschulden verursacht ist, mindestens zu gewähren haben, sind:
1. eine lebenslängliche Invalidenunterstützung bei eingetretener Unfähigkeit zur Berufstätigkeit;
2. eine Unterstützung der Witwen auf Lebenszeit oder bis zur Wiederverheiratung;
3. eine Unterstützung zur Erziehung der Kinder verstorbener Mitglieder und Invaliden bis zur Vollendung des vierzehnten Lebensjahres;
4. ein Beitrag zu den Begräbniskosten der Invaliden.
Die Leistungen können durch die Satzung an die Zurücklegung einer bestimmten Wartezeit gebunden werden. Die Wartezeit darf auf einen längeren Zeitraum als fünf Jahre nicht festgesetzt werden. Eine Invalidenunterstützung nach Abs. 1 ist bereits vor zurückgelegter Wartezeit zu gewähren, wenn die Arbeitsunfähigkeit durch Verunglückung bei der Berufstätigkeit verursacht ist. Steht eine der in Abs. 1 unter Ziffer 1-3 bezeichneten Unterstützungen einem Ausländer zu, so kann der Unterstützungsberechtigte, falls er einen Wohnsitz im Deutschen Reiche nicht besitzt oder seinen Wohnsitz im Deutschen Reiche aufgibt, mit dem dreifachen Jahresbetrage der Unterstützung abgefunden werden.
§ 172b. Die Bemessung der Invalidenunterstützungen und der Witwenunterstützungen erfolgt durch die Satzung, und zwar lediglich nach alljährlich oder allmonatlich oder allwöchentlich eintretenden Steigerungssätzen, so daß der Betrag der im Einzelfalle zu gewährenden Unterstützung gleich der Summe der von dem Mitglied verdienten Steigerungssätze ist. Der Betrag der Steigerungssätze ist sowohl für die Invalidenunterstützungen wie für die Witwenunterstützungen und — soweit für die Pensionsklassenleistungen Mitgliederklassen bestehen — auch für jede Mitgliederklasse besonders festzusetzen. Hierbei ist zulässig, die Steigerungssätze nach Dienstalterszeiten verschieden zu bemessen.

Die Hiernach zu gewährenden Invalidenunterstützungen und Witwenunterstützungen sind in Tabellen ersichtlich zu machen, welche der Satzung beizufügen sind.

Die Bemessung der Unterstützungen zur Erziehung der Kinder verstorbener Mitglieder und Invaliden erfolgt durch die Satzung entweder unter Berücksichtigung des von dem Mitglied zurückgelegten Dienstalters, und alodann gleichfalls nach den vorstehenden Grundsätzen, oder ohne Berücksichtigung dieses Dienstalters in festen Monatsbeträgen für die einzelnen etwa bestehenden Mitgliederklassen.

§ 172d. Mitglieder der Pensionsklassen, welche, ohne arbeitsunfähig zu sein, aus der die Mitgliedschaft begründenden oder zu derselben berechtigenden Beschäftigung ausscheiden und nicht Mitglieder einer anderen Knappschaftspensionskasse werden, sind bei einem Dienstalter von wenigstens fünf Jahren berechtigt, sich die bis dahin erworbenen Ansprüche auf die Pensionsklassenleistungen durch Zahlung einer in der Satzung festzusetzenden Anerkennungsgeldgebühr zu erhalten, deren monatlicher Betrag eine Mark nicht übersteigen darf. Der Verlust der erworbenen Ansprüche tritt in diesem Falle erst ein, wenn die Zahlung der Anerkennungsgeldgebühr für sechs aufeinanderfolgende Monate unterlassen ist.

Durch die Satzungen kann bestimmt werden, daß und unter welchen Bedingungen eine Steigerung der Ansprüche auch nach Ausscheiden aus der Beschäftigung eintreten kann.

An Krankenkassenbeiträgen sollen bis zu 4 Proz. des durchschnittlichen Arbeitslohnes von den Arbeitern erhoben werden. Die Knappschaftsvereine sollen in der Regel nur für ein Werk errichtet werden. Sind mit dem Werk Gewerbeanlagen verbunden, so kann auf gemeinschaftlichen Antrag der künftigen beitragspflichtigen Mitglieder und der Werkbesitzer die Aufnahme der bei den Gewerbeanlagen beschäftigten Arbeiter in den Knappschaftsvereine vom Knappschaftsvorstand beschlossen werden.

Die Verwaltung eines jeden Knappschaftsvereins erfolgt unter Beteiligung von Knappschaftsältesten durch den Knappschaftsvorstand und die Generalversammlung. Wo besondere Krankenkassen errichtet sind, muß für diese auch ein besonderer Vorstand bestehen.

Die Knappschaftsältesten werden von den beitragszahlenden, männlichen, volljährigen Vereinsmitgliedern, welche sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, in einer durch die Satzung bestimmten Zahl und unter den in der Satzung hinsichtlich der Wählbarkeit bestimmten besonderen Voraussetzungen auf Grund geheimer und unmittelbarer Abstimmung aus ihrer Mitte gewählt. Sie müssen die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen und der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein. Insofern innerhalb eines Knappschaftsvereins besondere Krankenkassen eingerichtet sind, kann durch die Satzung des Knappschaftsvereins bestimmt werden, daß die Wahl der Knappschaftsältesten bei den besonderen Krankenkassen erfolgt.

Nach Invaliden Mitgliedern kann die Wählbarkeit durch die Satzung befristet werden.

Die Mitglieder des Knappschaftsvorstandes werden zur einen Hälfte aus den Werkbesitzern und aus deren Vertretern, zur anderen Hälfte aus den Knappschaftsältesten gewählt.

Wählbar als Vertreter der Werkbesitzer sind auch solche Personen, welche in der Verwaltung dieser Betriebe angestellt, indessen nicht selbst Mitglieder des Vereins sind.

Ueber die Einrichtung von Schiedsgerichten befiehlt die Vorlage:

Für den Bezirk jedes Oberbergamts werden nach dem jeweiligen Bedürfnis ein Schiedsgericht oder mehrere Schiedsgerichte gebildet. Jedes Schiedsgericht besteht aus einem ständigen Vorsitzenden und aus Beisitzern. Die Zahl der Beisitzer muß mindestens sechs betragen und wird im Übrigen für jedes Schiedsgericht durch den Minister für Handel und Gewerbe bestimmt.

Der Vorsitzende wird vom Minister für Handel und Gewerbe aus der Zahl der öffentlichen Beamten des Bezirkes, für welchen das Schiedsgericht gebildet ist, ernannt. Für den Vorsitzenden ist in gleicher Weise mindestens ein Stellvertreter zu ernennen.

Die Beisitzer werden von der Generalversammlung der Knappschaftsvereine zu gleichen Teilen in getrennter Wahlhandlung von den Werkbesitzern oder deren Vertretern und von den Knappschaftsältesten nach einfacher Stimmenmehrheit aus ihrer Mitte gewählt. Als Vertreter der Werkbesitzer sind auch solche Personen wählbar, welche mit der Leitung der zum Verein gehörigen Betriebe betraut oder in der Verwaltung dieser Betriebe angestellt, indessen nicht selbst Mitglieder des Vereins sind. Die Wahlen erfolgen in geheimer Abstimmung. Mitglieder des Knappschaftsvorstandes und der Ausschüsse sind nicht wählbar.

Die Beisitzer werden auf fünf Jahre gewählt. Die Gewählten bleiben nach Ablauf dieser Zeit so lange im Amt, bis ihre Nachfolger das Amt angetreten haben. Ausscheidende Beisitzer sind wieder wählbar.

Wählbar zu Beisitzern sind nur männliche, im Bezirke der beteiligten Knappschaftsvereine wohnende Personen, welche die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen, das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben und der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sind. Nicht wählbar ist, wer zum Amte eines Schöffen unfähig ist (§ 32 des Vertriebsverfassungsgesetzes). Die Ablehnung der Wahl ist nur aus denselben Gründen zulässig, aus welchen gemäß § 1788 Abs. 1 Ziffer 2 bis 4 und 8 des Bürgerlichen Gesetzbuches das Amt eines Vormundes abgelehnt werden kann. Die Wiederwahl kann für eine Wahlperiode ohne weiteres abgelehnt werden.

Das Schiedsgericht entscheidet in der Besetzung von drei Mitgliedern, unter denen sich ein Vertreter der Werkbesitzer und der Knappschaftsältesten befinden muß.

Die Entscheidungen des Schiedsgerichts erfolgen nach Stimmenmehrheit und sollen spätestens innerhalb drei Wochen nach ihrer Verkündung den Parteien zugestellt werden.

Die Zuziehung der Beisitzer erfolgt in der Regel nach einer von dem Vorsitzenden im voraus aufgestellten Reihenfolge. Will der Vorsitzende aus besonderen Gründen von dieser Reihenfolge abweichen, so sind diese attestmäßig zu machen.

Die Schiedsgerichte sollen zuständig sein zur Entscheidung über Beschwerden gegen Beschlüsse der Knappschaftsorgane, durch welche der Anspruch auf Pensionsklassenleistungen abgewiesen, oder der Höhe oder der Zeitdauer nach festgestellt wird, oder das Mitgliederverhältnis zur Pensionskasse, oder die zu dieser Klasse zu entrichtenden Eintrittsgelder und Beiträge betreffen.

Gegen die Entscheidungen der Schiedsgerichte steht beiden Teilen die Revision an das Oberschiedsgericht in Knappschaftsangelegenheiten zu. Die Revision der Knappschaftsvorstände hat aufschiebende Wirkung insofern, als es sich um Beiträge handelt, die für die Zeit vor dem Erlasse der angefochtenen Entscheidung nachträglich gezahlt werden sollen. Im übrigen hat die Revision keine aufschiebende Wirkung.

Das Oberschiedsgericht hat seinen Sitz in Berlin.

Für die Einrichtung des Oberschiedsgerichts und das Verfahren vor demselben finden die für Schiedsgerichte gegebenen Vorschriften entsprechende Anwendung. Jedoch sollen die Beisitzer an den Generalversammlungen sämtlicher Knappschaftsvereine nach einer vom Minister zu erlassenden Wahlordnung gewählt werden.

Freie Arztwahl ist im Besonderen nicht vorgesehen.

Der Gesetzentwurf enthält demnach zwar keine Verbesserungen gegenüber dem bestehenden Zustand — die Errichtung von Schiedsgerichten und des Oberschiedsgerichts wäre eine solche zu nennen, wenn mindestens je 2 Arbeitervertreter zu jeder Sitzung zugezogen würden — beseitigt aber eine ganze Reihe von den Vergleuten erhobener Beschwerden nicht.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Die von 600 Mitgliedern besuchte Versammlung der Verwaltungsstelle Braunschweig des Deutschen Metallarbeiterverbandes verurteilt die Stellungnahme der „Metallarbeiter-Zeitung“ und des „Correspondenzblattes der Generalkommission“ in Sachen des „Vorwärts“-Konflikts. Sie billigt ferner die Maßregeln des Parteivorstandes und der Preiskommission des „Vorwärts“ und verurteilt auf das entschiedenste das Verhalten der sechs Redakteure.

„Das leisten die Sozialdemokraten!“

So schreibt bewundernd die in Köln erscheinende „Rheinische Volkstimme“, das Blatt des katholischen Bauern, indem sie den Bauern, Gewerbetreibenden und Handwerker den Abmienenstand des „Vorwärts“ als Muster vorhält. „Was kann der rheinische Bauer, der keine Gewerbetreibende und Handwerker davon lernen?“ schreibt die „Volkstimme“. Und sie beantwortet die Frage wie folgt:

Vielles. Zum ersten: daß in den Kreisen der zur Sozialdemokratie schließenden Arbeiterschaft die Ueberzeugung Platz gegriffen hat, daß eine auch noch so mächtige Partei, ein noch so weite Kreise umfassender Berufsstand nichts ist und nichts erreicht, wenn er keine Presse hat, kein Blatt, das sich ganz in den Dienst seiner Interessen stellt. Diese Ueberzeugung aber treibt die Sozialdemokraten an, Abmienen ihres „Vorwärts“ zu werden. Daraus resultiert für die Partei ein doppelter Vorteil: die Abonnenten werden im Laufenden erhalten über alles, was sie speziell interessiert und dadurch gestärkt und gestärkt im Kampfe um ihre Ziele; andererseits stärken sie wiederum ihr Blatt, das durch ihre Unterstützung in stand gesetzt wird, immer mehr Aufwendungen im Interesse seiner Leser zu machen. Also ein Kreislauf mit stetig sich steigender Tendenz. Man muß Respekt haben vor der klugen Einsicht dieser Männer, die sich durch energische Förderung ihr eigen Rüstzeug schmieden und stärken.“

Ein lapsus.

Die bürgerliche Presse vom Schlage der „Post“, die sich speziell darauf verlegt, allerlei Schouergeschichten aus dem Parteilieben der Sozialdemokratie zu „enthalten“, druckt in dem letzten Tagen mit großem Lantam einen Brief ab, den ein Redakteur unseres Hannoverischen Parteiblattes an den Redakteur des „Salzgitterischen Kreisblattes“ gerichtet hat. Es handelt sich um einen vom „Volkswillen“ veröffentlichten Artikel unter dem Titel „Reinigungsstrolche“, auf Grund dessen der Redakteur des genannten Kreisblattes eine Verleumdungslage eingeleitet hatte. Darauf erzieht er vom Redakteur unseres Hannoverischen Organs den folgenden Brief:

Hochzuverehrender Herr!

Vor einigen Tagen wurde mir die von Ihnen wegen unseres Artikels „Reinigungsstrolche“ erhobene Klage zugefleht. Zuvor des Gegenwärtigen soll es nun sein, Ihnen mein tiefstes Bedauern über die Veröffentlichung dieses Artikels auszusprechen, zugleich mit der Versicherung, daß mir jede Kränkung Ihrer geehrten Person fernzulegen hat und daß es — diese Erklärung wollen Sie als ein Eidswort gegeben betrachten — nur der gewiß auch Ihnen wohlbekannten Arbeitshebe der Redaktion zuzuschreiben ist, wenn ich einzelne Wendungen durchschlüpfen ließ, die Sie als Verleugung Ihrer persönlichen Ehre auffassen könnten.

Mit diesem Schreiben wende ich mich an Ihre persönliche Koblisse, indem ich Sie herzlich bitte, die gegen mich erhobene Klage, wie die sonstigen Schritte in dieser Sache unter gefl. Berücksichtigung des oben Gesagten rückgängig zu machen, und ich erkläre mich für diesen Fall bereit, eine Erklärung an veröffentlichen, die Ihnen in vollem Umfang Genugtuung gibt, und zugleich 100 M. der dortigen Armenkasse zu überweisen, ferner

die Ihnen aus der Sache erwachsenen Kosten zu erstatten. Den Wortlaut der Erklärung festzusetzen, würde ich Ihnen bezw. Ihrem Anwalt überlassen.

Sicher würde dieser Modus Ihnen zu größerer Genugtuung gereichen, als eine noch so empfindliche Verletzung meiner Person. Indem ich nochmals mein lebhaftestes Bedauern über die Art unserer Veröffentlichung zum Ausdruck bringe, bitte ich ergebenst, mir Ihren, wie ich hoffe, entgegenkommenden Bescheid gest. an untenstehende Adresse zuzulassen.

Hochachtungsvoll, ergebenst

E. Thomayer,

Redaktion des „Volkswillens“, Hannover.

Wir stehen nicht an, zu erklären, daß in dem obigen Brief ein auffallender Verstoß gegen das vorliegt, was in der Sozialdemokratie bisher als Sitte galt. Daß ein auf Grund unzutreffender Informationen veröffentlichter Artikel offen und freimütig revoziert wird, dagegen läßt sich nicht ein Wort sagen. Im Gegenteil ist es seit jeher in der Sozialdemokratie als Ehrenpflicht betrachtet worden, als unhaltbar erwiesene Beschuldigungen auch gegen bürgerliche Gegner bereitwillig zurückzunehmen. Allein auf den Weg privater Diffidanden begibt man sich dabei nicht. Erst recht nicht, wo man mit Leuten von solchem Kaliber zu tun hat, die mit wahrer Brut mit Steinen um sich werfen, wenn sie noch so sehr im Glashaute sitzen.

Aus der Geschichte eines Parteiblattes.

Dieser Tage waren 20 Jahre vergangen, seitdem die erste Nummer des „Peuple“, unseres Bräuser Bruderverbands erschienen ist. Der Genosse Louis Bertrand nimmt diese Gelegenheit wahr, um im „Peuple“ in humorvoller Weise seine Erinnerungen aus jener Zeit der Gründung des Blattes zum besten zu geben. Vor jener Zeit hatten schon mehrere sozialistische Blätter bestanden, so die „Voix de l'Ouvrier“, die spätere „La République“, diese waren aber alles nur Wochenblätter, die auch nur ein kümmerliches Dasein führten. Es entstand nun der Wunsch, ein Tagesblatt zu besitzen; der Vorstand der Arbeiterpartei beschloß, die vorgenannten, von Wolbers, De Paeppe, Bertrand usw. redigierten Blätter eingeben zu lassen und ein Tagesblatt unter dem Namen „Le Peuple“ herauszugeben. Beschlossen war die Gründung, aber, so erzählt Bertrand weiter, wir waren alle arme Leute, Vertreter von Arbeitervereinigungen, die ebenfalls nichts besaßen. Unter uns war ein Buchdrucker namens Vanderlinden, der etwas Material für eine Schere besaß, das er gegen Abzahlung zur Verfügung stellte. Um Gelder zu beschaffen, wurde eine Kooperationsgenossenschaft gegründet und Aktien zu 10 Fr., zahlbar in monatlichen Raten von je 1 Fr. ausgegeben. Einige Arbeitervereine entnahmen Aktien und es kamen etwa 200 bis 300 Fr. zusammen. Geschäftsführer des neugegründeten Blattes wurde Joseph Pilot, ein Antiker, Besitzer eines Wagens und eines Pferdes. Dieser mußte in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer die ersten Anteile der unterzeichneten Aktien zusammenholen. Die Redaktion, Geschäftsräume und Drucker wurden in der oberen Etage einer Schanlwirtschaft untergebracht. In einem Zimmer installierte sich die Redaktion, Verwaltung und Expedition, in einem anderen wurden die fünf Scher untergebracht. Am Sonnabend, den 12. Dezember 1885, erschien die erste Nummer des „Peuple“ mit dem Datum vom Sonntag, den 13. Dezember. Dieser Sonnabend war aber ein sehr kalter Tag und man mußte Kohlen kaufen. Durch eine Kollekte unter den Redakteuren, zu denen die obigen Genossen gehörten, wurden die Kosten hierfür bedeckt. Als der Abend kam, brauchte man aber auch Lampen und Petroleum. Die Lampen wurden in einem nahen Geschäft bestellt. Als der Kaufbursche des Lampe geschäftes nachher die Rechnung präsentierte, schickte der Geschäftsführer Pilot seine Weile auf die Kasse und schaute nach seiner Uhr. „Rein Account“, so besuchte er mit erschrockener Miene der Welt, es ist 6¼, die Kasse ist um 6 Uhr geschlossen; sie müssen mit ihrer Rechnung morgen wiederkommen.“ Eine halbe Stunde später war das Blatt unter der Presse und wurde noch am Abend von etwa 20 Zeitungverkäufern in den Straßen der Hauptstadt zum Kaufe angeboten. Bertrand erzählt dann weiter, wie der „Peuple“ im Juli 1886 nach einem anderen Lokal umgezogen ist, wie dann später nach einigen Jahren des Kampfes und der Wifere die Genossenschaft Maison du Peuple das Blatt mit allen Mitteln und Passiven übernahm. Die Passiven waren nicht gering, trotzdem der „Peuple“ eine Auflage von 7000, 10 000 und sogar 12 000 Exemplaren zu verzeichnen hatte und trotzdem das ganze Personal lange Zeit bestand aus 5 Schern, 2 festbesoldeten Redakteuren, einem Geschäftsführer und einem Expedienten. Bis zum Jahre 1891 wurde das Blatt mit 2 Centimes verkauft. Als in jenem Jahre die belgische Arbeiterpartei einen größeren Aufschwung nahm, wurde eine neue Genossenschaft mit 5 000 Fr. Kapital gegründet, der „Peuple“ vergrößert und für 5 Centimes die Nummer verkauft; daneben wurde das kleinere „Echo du Peuple“ gegründet und zum Preis von 3 Cent. m's abgegeben. Heute nimmt der „Peuple“ unter den Blättern der belgischen Hauptstadt eine geachtete Stellung ein und ist eine vorzügliche Waffe des belgischen Proletariats im Kampfe um seine Emancipation.

Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens.

Aus Straßburg schreibt uns unser W.-Korrespondent vom 18. Dezember: Gestern fand in Colmar die Landeskonferenz der Sozialdemokratie des Reichslandes statt, die eine doppelte Aufgabe zu lösen hatte: zunächst die Reorganisation unserer Partei, die seit einigen Monaten vorbereitet worden ist, endgültig zu beschließen, und dann einen entscheidenden Kampf um das allgemeine Wahlrecht zum Landesauschuss einzuleiten. Die Partei kann mit voller Befriedigung auf diese Tagung zurückblicken, die den Beweis erbrachte für eine gemaltige Stärkung der Partei auch in der südwestlichen Ecke des Reiches. Die Organisation der Partei war hier bisher infolge einer antiquierten Vereins- und Versammlungs-Gefehgung sehr erschwert. Vereine bestanden nur in Rülshausen und in Colmar. Im übrigen Lande behaß man sich mit kleinen Vereinigungen (Klubs) bis zu ungenügend Mitgliedern — in Straßburg bestanden deren 23 bei Inkrafttreten des neuen Gesetzes — und mit Privatversammlungen. Im Zusammenhang standen die örtlichen Organisationen insofern, als zwei Bezirksverbände geschaffen waren, der Bezirk Rülshausen mit den drei südlichsten, der Bezirk Straßburg mit den übrigen zwölf Wahlkreisen. Alljährlich fanden Bezirkskonferenzen statt. Die auf der Landeskonferenz vom 28. Mai, die zuerst die Frage der Reorganisation beriet, gewählte Redaktionskommission legte nun der Konferenz zwei Entwürfe vor, deren einer das Statut eines sozialdemokratischen Bezirksvereins, der andere die Organisation der sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens enthielt. Die Entwürfe, die vom Genossen Dr. Georg Weill, Straßburg begründet wurden, fanden nach eingehender Debatte einstimmig Annahme. Hiernach hat die Partei im Reichsland folgende Organisation: Die drei südlichen Wahlkreise bilden den sozialdemokratischen Bezirksverein Rülshausen, die vier lothringischen den sozialdemokratischen Bezirksverein Metz, die übrigen acht den sozialdemokratischen Bezirksverein Straßburg. Diese Vereinskörper haben ihren Sitz, ihren Vorstand, ihre Generalversammlung und unterliegen den vereinigungsgesetzlichen Bestimmungen. Die Bezirksvereine zerfallen in Filialen nach Wahlkreisen, die Filialen in Mitgliedschaften. An der Spitze der Filiale steht das Kreisamt, an der Spitze der Mitgliedschaften das Agitationskomitee. Die drei Bezirksvereine treten zwecks gemeinsamer Betätigung in Gestalt der sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens in Verbindung, die ihren Landesvorstand und ihren Landesparteitag hat. Diese Organisation sieht zwar keine Wahlkreise vor, wie es das Organisationsstatut der Gesamtpartei vorsieht, doch war eine derartige Vereinsform angesichts der gesetzlichen und tatsächlichen Verhältnisse nicht möglich.

Ueber die Frage des allgemeinen Wahlrechts referierte Genosse Emmel-Mühlhausen. Er erörterte die gegenwärtige Lage und die Beziehungen auf Aenderungen der staatsrechtlichen Verhältnisse. Die Stimmung, die während der Erörterung dieses Punktes herrschte, bewies, daß die Parteigenossen allerorts gewonnen sind, den Kampf um die Erreichung des allgemeinen Wahlrechts mit aller Energie zu führen. Auf Anregung der Mühlhäuser Genossen wurde beschlossen, am Sonntag vor dem Zusammentritt des Landes-Ausschusses im ganzen Lande Demonstrationsversammlungen für das allgemeine Wahlrecht zu organisieren.

Die Konferenz war von 29 Teilnehmern besucht — die einzelnen Orte waren nur durch wenig Delegierte vertreten. In den Landesvorstand wurden gewählt: Reiter, Dr. G. Weiß und Wöble-Strasbourg (geschäftsführender Ausschuss), Emmel und Martin-Mühlhausen, Schleicher und Voortmann-Meh.

## Die 20000 Mark-Affäre aus dem Bergarbeiterstreik vor Gericht.

Gestern wurde vor dem Essener Schöffengericht über die bekannte Verleumdung verhandelt, die von einem Teil der bürgerlichen Presse über die Verwendung von Geldern verbreitet ist, die angeblich für den Bergarbeiterstreik gesammelt, aber für andere Zwecke verwendet seien. Das Ergebnis der Verhandlung war, daß der Beklagte entschieden bestritt, die auf Grund seiner Autorität von den Ortsvorständen vorbereitete Mär behauptet zu haben. Einem Zeitungsartikel, der in ähnlicher Weise sich ordnungswidrig ausdrückte, billigte das Gericht die Wahrnehmung berechtigter Interessen zu. Das Gericht kam dadurch um die von den Klägern lebhaft begehrte eingetragene Verleumdungsaufnahme herum und zu einem auffallenden Freispruch.

Ueber die Verhandlung geht uns der nachstehende Bericht zu: Als Kläger traten der Abgeordnete Sasse als Vorsitzender und Bergmann Horn als Kassierer des Bergarbeiterverbandes auf. Verklagt ist der Redakteur der „Essener Volkszeitung“ (Zentrumsblatt) Hankamer. Der Beklagte soll während der Vorbereitungen zur letzten Essener Reichstagswahl in einer Wählerversammlung in Stoppenberg bei Essen behauptet haben, die Vereinsleitung habe aus der Verbandskasse von den Unterstützungsgeldern, die für die streikenden Vergleute eingegangen waren, 20000 M. für die russische revolutionäre Bewegung gespendet. Zwei Tage später ist ferner in der „Essener Volkszeitung“ ein Artikel erschienen, in dem gesagt war, daß vom sozialdemokratischen Parteivorstand mit Vorwissen und unter Zustimmung des Bergarbeiter-Verbandsvorstandes 20000 M. von den Unterstützungsgeldern nach Rußland geschickt worden seien. Die Kläger legen dar, daß beide Behauptungen des Beklagten der Wahrheit widersprechen. Der Beklagte bestritt, die Äußerung in der Wählerversammlung, wie sie oben wiedergegeben ist, getan zu haben. Von den Klägern sind sechs Teilnehmer jener Versammlung als Zeugen geladen, die die Behauptung der Kläger stützen sollen. In dem Artikel der „Essener Volkszeitung“ war die angebliche Sendung der Streikunterstützungsgelder „Hand an den armen Vergleuten“, Diebstahl genannt und als Förderung des Unsturzes charakterisiert worden. Die Sache hat hier damals ungeheures Aufsehen erregt. Am Tage vor der Reichstagswahl wurden von der Zentrums-partei überall Flugblätter plakatiert, in denen die Affäre die Hauptrolle spielte. In diesem Prozeß vertritt Rechtsanwalt Dr. Viktor Niemeyer, der Kandidat der „nationalen Parteien“ bei der letzten Wahl die sozialdemokratischen Kläger, während Dr. Bell dem Beklagten zur Seite steht.

Vorsitzender ist Assessor Kobbe: Der Angeklagte Hankamer erklärt, er habe in der Versammlung in Stoppenberg nur gesagt, daß der Berliner sozialdemokratische Parteivorstand 20000 M. von den Geldern, die ursprünglich für die streikenden Vergleute bestimmt waren, an die russischen Revolutionäre gesandt habe. Er habe sich dabei auf den offiziellen Parteitagbericht berufen. Schon dieser Hinweis auf das offizielle Protokoll schließe aus, daß er vom Bergarbeiter-Verbandsvorstand gesprochen habe. Außerdem seien von ihm Zeugen zur Stelle gebracht, die es auch bezeugen würden. Namens der Kläger erklärt Abg. Sasse, daß auch Zeugen da wären, die bezeugen würden, daß Hankamer vom Bergarbeiter-Vorstand gesprochen habe. Zeuge Bergmann Witt, Vertrauensmann des alten Verbandes, bekundet, in der Versammlung habe Herr Hankamer davon gesprochen, daß die Sozialdemokratie die Arbeiterinteressen schädige und auf einen Zwischenruf aus der Versammlung habe er weiter gesagt, daß der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes 20000 M. für die russischen Revolutionäre gespendet habe. Er — Zeuge — habe gerufen: Das werden Sie zu beweisen haben. Hankamer habe geantwortet: Lesen Sie den Bericht des Parteivorstandes von Jena. Auf Befragen des Abg. Sasse bekundet der Zeuge, daß er die Äußerung Hankamers gleich am nächsten Tage dem Vorstande des Bergarbeiter-Verbandes berichtet habe. — Rechtsanwalt Bell: Wenn andere Zeugen das Gegenteil bekunden, wollen Sie dann nicht wenigstens die Möglichkeit eines Irrtums zugeben? Zeuge Witt: Ich bleibe dabei, daß Hankamer vom Bergarbeiter-Vorstand geredet hat. Zeuge Bergmann Witt: Ich habe ebenfalls die Äußerung Hankamers über den Bergarbeiter-Vorstand gehört. — Zeuge Witt hat sich Notizen gemacht. Ich war nur 10 Minuten in der Versammlung, da ich hinausgeworfen bin. (Heiterkeit.) Kläger Abg. Sasse: Schon vor der Hauptwahl — die Äußerung Hankamers liegt zwischen Haupt- und Stichwahl — ist der Vorwurf, daß Bergarbeitergelder nach Rußland geschickt seien, von anderer Seite erhoben und zurückgewiesen worden.

Zeuge Bergmann Wahlgang: Hankamer habe vom Bergarbeiter-Vorstand, nicht vom Parteivorstand gesprochen. — Zeuge Farrer Rinken aus Stoppenberg hat die Versammlung geleitet. Der Redner Hankamer sei häufig unterbrochen worden. Hankamer habe gesagt: Sie werden staunen, wenn ich Ihnen erzähle, daß sozialdemokratische Streikgelder nach Rußland geschickt worden sind. Genau könne er sich auf den Wortlaut nicht bestimmen. Ob Hankamer den Bergarbeiter-Vorstand genannt hat, könne er nicht genau sagen. — Angekl. Hankamer: Habe ich nicht auf das Parteitagprotokoll ausdrücklich Bezug genommen? — Zeuge Farrer Rinken: Dessen entsinne ich mich. — Richterfater Nied aus Essen hat in der Versammlung die ersten Reihen gefesselt. Hankamer habe gesagt, die Sozialdemokraten haben noch keinen Kulturfortschritt unterstügt, aber für die russischen Revolutionäre können sie 20000 M. auswerfen. Da erfolgte der Zwischenruf: Lüge! und Hankamer sagte: Sehen Sie sich das Jenaer Parteitagprotokoll an. — Rechtsanwalt Niemeyer: Ihrer Erinnerung nach war also nicht von Streikgeldern die Rede? — Zeuge: Nein, soweit ich mich entsinne nicht. — Auf Befragen Hankamers bekundet der Zeuge, daß er ihm unaufgefordert gesagt habe, die in dem „Wobachter“ gegebene Darstellung der Versammlung sei unrichtig. — Kläger Abg. Sasse: Was war denn im „Wobachter“ unrichtig? — Zeuge: Das Hankamer von Streikgeldern gesprochen hat. — Wort: Daß hat aber Hankamer selbst zugegeben. — Rechtsanwalt Niemeyer gibt folgende Erklärung zur Sache ab: Herr Hankamer hat die Sendung von 20000 M. nach Rußland als einen Raub an Gewerkschaftsgeldern bezeichnet. Der Sachverhalt ist der: Nachdem der Streik beendet und die Sammlungen der Siebenerkommission bereits geschlossen waren, gingen beim sozialdemokratischen Parteivorstand noch Gelder ein. Der Vorstand machte öffentlich bekannt, daß er die Gelder dem ursprünglichen Zwecke nicht mehr zuführen könne und das Geld der Parteikasse überantworten werde. Außerdem wurde jeder einzelne Spender gefragt, ob er mit der Ueberweisung seiner Spende an die Parteikasse einverstanden sei. Ich beantrage, den Kassierer der sozialdemokratischen Partei, Herrn Reichstags-Abgeordneten Gerich Berlin

darüber als Zeugen zu vernehmen. Das Gericht lehnt die Ladung des Zeugen ab und schließt die Vernehmung ab. Rechtsanwalt Niemeyer stellt aus dem Jenaer Parteitag-Protokoll fest, daß die Gelder nicht für die russischen Revolutionäre, sondern für die Opfer der russischen Revolution gespendet worden sind. Der Angeklagte hat in wenig ehrlicher Weise behauptet, die Gelder seien für die Revolution gegeben worden. Rechtsanwalt Niemeyer hält durch die Vernehmung für fest, daß Hankamer in der Versammlung in Stoppenberg von dem Bergarbeiter-Vorstand, nicht von dem sozialdemokratischen Parteivorstand gesprochen hat. Drei Zeugen haben das einwandfrei bekundet. Farrer Rinken konnte sich nicht mehr erinnern; Richterfater Nied wußte die Hauptsache nicht mehr, daß nämlich von Streikgeldern die Rede war. Damit sei dem Bergarbeiter-Vorstand der Vorwurf der Unterschlagung gemacht worden. Auch in dem inkriminierten Zeitungsartikel sei die Möglichkeit, daß der Bergarbeiter-Vorstand an den vom Parteivorstand begangenen Unterschlagungen mitschuldig sei, aufrechterhalten. Er beantrage eine Strafe, die dem schweren Vorwurf entspreche. Rechtsanwalt Bell beantragt die Freisprechung des Beklagten Hankamer; weil sich Hankamer ausdrücklich auf das Jenaer Protokoll bezogen, sei es psychologisch unwahrscheinlich, daß der Beklagte vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes gesprochen habe; aber auch die Verleumdungsaufnahme habe durchaus nicht klar ergeben, daß Hankamer nicht vom Parteivorstand gesprochen habe. Auch der Artikel der „Essener Volkszeitung“ enthalte keine Verleumdung des Bergarbeiter-Vorstandes. Es seien tatsächlich Gelder, die ursprünglich für die armen Vergleute gesammelt worden, nach Rußland geschickt worden. In dem Protokoll von Jena sei mit keiner Silbe erwähnt, daß das Einverständnis der Spender für die Sendung nach Rußland eingeholt ist. Es sei auch zu bezweifeln, daß jeder einzelne Spender um sein Einverständnis gefragt worden sei, da mancher Geldspender wohl nicht zu ermitteln wäre. — R. A. Niemeyer erwidert: die Behauptung, daß Gelder, die für die Vergleute bestimmt waren, nach Rußland geschickt worden sind, ist unwar. Die Gelder sind eingegangen, nachdem die Sammlung bereits geschlossen war. Man hat die anderweitige Verwendung bekannt gemacht und noch obendrein die Spender gefragt. — Angeklagter Hankamer erklärt noch, daß es ihm ganz fern gelegen habe, eine Behauptung wider besseres Wissen aufzustellen.

Der Vorsitzende verkündet nach längerer Beratung folgendes Urteil: Der Angeklagte ist freizusprechen, die Kosten werden den Privatklägern angesetzt. Der Vorwurf, andertraute Gelder zu anderen Zwecken verwendet zu haben, ist ein sehr schwerer, aber es ist nicht erwiesen, daß der Angeklagte den Privatklägern den Vorwurf gemacht hat. Die Zeugenaussagen widersprechen sich zum Teil, die Sache ist also nicht genügend aufgeklärt. Soweit die Versammlungsrede in Betracht kommt, hat der Angeklagte auch sicher den Privatklägern, die in ihrem Privatleben durchaus ehrenhafte Männer sind, keinen Vorwurf als Privatpersonen machen wollen. Was den inkriminierten Artikel der „Essener Volkszeitung“ anlangt, so stand dem Angeklagten der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zur Seite. Es mußte deshalb auch hier Freisprechung erfolgen.

Daran, ob der Beklagte verurteilt oder freigesprochen ist, wird sicherlich den Klägern wenig gelegen sein. Wohl aber lag ihnen, wenn einmal der Prozeß eingeleitet war, an der Feststellung des von ihrem Vertreter unter Beweis gestellten Sachverhalts. Das Gericht hat diese Verleumdungsaufnahme für überflüssig erachtet. Wir dürfen nicht daran zweifeln, daß das Gericht nach bester Ueberzeugung angenommen hat, es sei nicht voll erwiesen, daß der Angeklagte die von ihm bestrittene, von einwandfreien Zeugen bestätigte Behauptung aufgestellt hat. Freilich ist uns ebenso wenig zweifelhaft, daß ein Sozialdemokrat unter gleichen Umständen für überführt erachtet wäre. Das Gericht hat ferner dem Angeklagten durch eine der sonstigen Rechtsprechung über Anwendung des § 193 Strafgesetzbuch widersprechenden Auslegung des § 193 den Schutz der Wahrnehmung berechtigter Interessen zugestimmt. So sehr wir für eine Ausdehnung des Schutzes des § 193 Strafgesetzbuch sind, vermögen wir doch eine Rechtsprechung nicht zu billigen, die just in einem Falle den § 193 Strafgesetzbuch zur Anwendung bringt, in dem schon die Form des Artikels die beleidigende Absicht seines der Wahrheit widersprechenden Inhalts klar erweist.

Die Berufungsinstanz wird wohl klar legen, ob in der Tat im Ruhrrevier, wo alle möglichen Verurteilungen von Sozialdemokraten für beleidigend erachtet werden, unverhältnißmäßig gegen Sozialdemokraten ausgeübte Verleumdungen oder strafrei bleiben, weil dem Verleumder die Wahrnehmung berechtigter Interessen zugute gehalten und der Beweis der Verleumdung abgelehnt wird.

## Gerichts-Zeitung.

Schutz gegen haltlose Anklagen. Mit welcher Leichtigkeit manchmal Anklagen erhoben und aufrecht erhalten werden, zeigte eine Diebstahls-Anklage, die gestern den Rentier D. vor das hiesige Schöffengericht führte. Der Angeklagte, ein Hausbesitzer in Wilmerdorf, war beschuldigt, in dem Kassenraum einer hiesigen Bank vier Hundertmarkscheine, die der Beauftragte einer hiesigen Firma dort verloren haben will, sich angeeignet zu haben. Am 4. Oktober erhielt der bei der Firma Radday u. Co. beschäftigte Lehrling H. den Auftrag, 8000 M. in Papiergeld bei der Diskontogesellschaft und 7100 M. bei der Berlinischen Bodengesellschaft einzuzahlen. Das Geld wurde ihm richtig zugezählt und er legte es in zwei Abteilungen in seine Brieftasche. Nachdem er das Geld bei der Diskontobank richtig abgeliefert hatte, begab er sich nach dem Kassenraum der Bodengesellschaft und zählte am Schalter die dort abzuliefernden 7100 M. auf. Da sah er zu seiner Ueberraschung, daß vier Hundertmarkscheine fehlten. Der Sachverhalt dem jungen Mann so in die Glieder, daß er, ohne sich danach umzutun, ob die Scheine etwa an die Erde gefallen seien, das Geld wieder einsteckte und nach Hause eilte, um seinem Chef Mitteilung von dem Vorgefallenen zu machen. Nach kurzer Zeit wurde von der Kasse der Bodengesellschaft bei Radday u. Co. angefragt und der Lehrling H. aufgefodert, schleunigst nach der Kasse zu kommen. Als er dort erschien, erhielt er folgendes: Zu derselben Zeit, als H. sein Geld aufzählte, ist auch der Angeklagte D. in dem kleinen Kassenraum anwesend gewesen und nach dem Weggange des H. an den Schalter getreten, um eine Summe von 2800 M. an den Kassierer zu zahlen. Als er sich dann entfernt hatte, teilte ein anderer Angestellter dem Kassierer mit, daß es ihm aufgefallen sei, daß D. sich vor dem Schalterraum gebückt und etwas was wie Kassencheine ausgelesen in seine Tasche gesteckt habe. Der Kassierer erklärte darauf, daß ja soeben erst ein junger Mann 400 M. vernimmt habe, und nun wurde der Verdacht auf den Angeklagten Rentier D. gelenkt, die fehlenden 400 M., die möglicherweise an die Erde gefallen sein konnten, gestohlen zu haben. Der Verdacht führte schließlich zur Erhebung der Anklage. Der so schwer Beschuldigte wehrte sich energisch gegen den schmachvollen Verdacht. Er gab ohne weiteres zu, daß er sich vor dem Schalter gebückt und zwei Hundertmarkscheine aufgenommen habe, versicherte aber, daß diese ihm selbst heruntergefallen und sein Eigentum gewesen seien. Er hatte an jenem Tage 2800 M. zu zahlen; 2800 M. hatte er von Hause mitgenommen und in ein Kuvert gesteckt, zwei Hundertmarkscheine holte er sich noch von der Deutschen Bank und steckte sie geordnet in ein Kuvert. Als er das Geld herausholte, um es am Schalter aufzuzahlen, sind nach seiner Angabe die beiden Hundertmarkscheine heruntergefallen, er hat sie aufgehoben und auf die anderen Scheine gelegt. Wegen die Michtigkeit dieser Darstellung ließ sich nichts einwenden. Der Angeklagte erschien absolut nicht belastet, zumal der Lehrling H. im geizigen Termin versicherte, daß er den Angeklagten in dem Kassenraum gar nicht gesehen habe, sondern einen ganz anderen Mann bemerkt habe, der dort auf- und abgegangen sei. — Der Staatsanwalt hielt bei der ganzen

Situation dem Angeklagten des Diebstahls an den vier Hundertmarkscheinen für überflüssig und beantragte einen Monat Gefängnis. — Rechtsanwalt Dr. Heinemann erklärte dagegen, daß er bei dieser gänzlich Unerachtunwürde, wenn er es für nötig hielt, auch nur ein Wort noch zu dessen Verteidigung zu sagen. — Der Gerichtshof hielt dafür, daß der Angeklagte nicht belastet erscheine, ja daß auch nicht ein Schatten von Verdacht auf ihm ruhe. Es sei ganz leicht möglich, daß der Lehrling H. die Scheine schon beim Abheben des Geldes auf der Diskontobank verloren habe, daß sie ihm sonntags abhandeln gekommen seien, oder daß der von ihm bemerkte fremde Mann sie sich angeeignet habe. Rätselfast sei es, daß der junge Mann, als er das Fehlen von 400 Mark bemerkte, nicht das Natürlichste und Nächstliegende getan, das heißt auf dem Fußboden vor dem Schalter nachgesehen hat, ob die Scheine dort etwa liegen. Der Gerichtshof erkannte auf kostenlose Freisprechung des Angeklagten. Außerordentlich zu bedauern ist, daß in Fällen wie dem verhandelten gegen die staatsanwaltschaftlichen und richterlichen Beamten wegen grober Fahrlässigkeit nicht mit Erfolg eingeschritten werden kann, weil das Obergerichtsgesetz einer Schwadenerklärung den weiteren Fortgang verlagert und damit die Beamten zumungunsten der geschädigten Bürger dem ordentlichen Gericht entziehen kann.

Nehmt Euch vor Kautionschwindlern in acht! Trotz der häufigen Warnung vor Kautionschwindlern werden die Hoffnungslosen nicht alle, die in der Erwartung, ein Auskommen zu finden, ihre mühsamen Ersparnisse als Kautions an ihnen Unbekannte fortgeben. Das zeigte wieder die gestrige Verhandlung gegen den „Kaufmann“ Gustav Grabis wegen Betruges in zwei Fällen vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. — Ende vorigen Jahres erließ der Angeklagte, der mit dem Strafgesetz schon auf den verschiedensten Gebieten in Konflikt gekommen ist, in bürgerlichen Blättern mehrere Inserate, nach welchen er Filialleiter für sein Konfitürengeschäft suchte. Durch ein Inserat in einer Provinzialzeitung wurde ein in Briesen wohnhaftes Fräulein Jerbe auf die gute Gelegenheit, schnell Geld zu verdienen, aufmerksam und trat mit dem Angeklagten in Verbindung. Es kam ein schriftlicher Vertrag zustande, nach welchem sie gegen Stellung einer Kautions von 500 M. Filialleiterin wurde. Die in Geschäftsanangelegenheiten nicht sehr erfahrene J. kam jedoch gornicht erst in die Lage, die Stellung anzutreten. Als sie schließlich ein gewisses Mißtrauen veranlaßte, ihr mühsam erspartes Geld zurückverlangen, machte der Angeklagte allerlei Ausflüchte und zahlte nach vielem Drängen 340 M. Den Rest von 160 M. hat Fräulein J. niemals wiedergesehen. Die 340 M. hatte sich der Angeklagte durch ein neues Schwindelmandat verschafft. Der Handlungsgeldhilfe Janigk hatte sich auf ein neues Inserat gemeldet und ebenfalls 800 M. Kautions gestellt. Der Angeklagte hatte sein Geschäft in den besten Farben geschildert und erklärt, daß er keinerlei Schulden besitze. Tatsächlich war er über und über verschuldet, mit den 800 M. bezahlte der Angeklagte an Fräulein Jerbe 340 M., den Rest verwendete er zu seinem Privatgebrauch. Erst nach diesen Bemühungen gelang es schließlich 300 M. von dem Angeklagten zu erlangen. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis.

Die 28 Fehler der Buchhalterin. Einen ganzen Handwagen mit den gesamten Geschäftsbüchern ließ am Montag der Kaufmann Sch. bei dem Kaufmannsgericht vorführen, um in der Verhandlung dem Gerichtshofe 28 Fehler seiner Buchhalterin zu beweisen, mit denen er ihre sofortige Entlassung wegen völliger Unfähigkeit begründete. Die Klägerin verlangte 180 M. Gehalt für zwei Monate. Die Weisiger nahmen als Männer der Praxis genaue Einsicht in die vorgelegten Bücher. Die geringsten 28 Fehler bestanden aus Rechen und kleinen Schreibfehlern. Einer der Weisiger erklärte: Ich bin früher auch lange Jahre Buchhalter gewesen, ich habe aber auch Fehler gemacht. Durch die Vernehmung wurde ferner festgestellt, daß die Klägerin beim Eintritt die Bücher in einer höchst unordentlichen und rüchständigen Führung vorfand, und daß sie während der Arbeit vielfach fortgerufen wurde. Glänzende Zeugnisse aus früheren Stellungen standen zu dem seitens des Beklagten erhobenen Vorwurf völliger Unfähigkeit in direktem Gegensatz. — Das Kaufmannsgericht verurteilte die beklagte Firma zur Zahlung von 180 M. Trotz der 28 Fehler könne von völliger Unfähigkeit keine Rede sein; einer Buchhalterin müsse, wenn der Chef fehlerfreie Arbeit verlange, die Möglichkeit zum ungestörten Arbeiten gegeben werden, was aber hier keineswegs der Fall gewesen sei. Auch der schlechte Zustand der Bücher bei Uebernahme seitens der Klägerin, die drei Monate rüchständige Buchführung nachzutragen und noch die laufende Arbeit zu erledigen hatte, sei ein schwerwiegender Entschuldigungsgrund. Es sei im Gegenteil anzuerkennen, daß sie die Ueberlastung ohne geringende Fehler bewältigt hat.

Das vergessene Ländchen vor dem Reichsgericht. Zwischen der belgischen Provinz Lüttich und dem Regierungsbezirk Aachen an der Wahnlinie nach Berviers liegt ein eigenartiges Staatsgebilde, Neutral-Moresnet (frisch: Moresnet) genannt. Moresnet gehört nicht zu Deutschland, auch nicht zu Belgien. Es bildet eine sogenannte selbständige Republik, freilich mit mehreren „aber“. Das 330 Hektar große Ländchen hat etwa 3500 Einwohner. Ein Bürgermeister und 10 Ratsherren regieren die Republik, haben aber wenig zu sagen: die Eingeborenen sind militärfrei. Von den Einwohnern sind aber rund 1/3 Belgier und 1/3 Preußen. Diese — die Preußen seit 1875 — werden zum Militärdienst herangezogen. Als Gerichte fungieren belgische und preussische.

Die Frage, welches Recht das preussische Gericht in Anwendung zu bringen habe, beschäftigte am Montag das Reichsgericht. Das Landgericht Aachen hatte in Strafsachen das deutsche Gesetz in Anwendung gebracht. Die Reichsanwaltschaft vertrat dieselbe Ansicht. Das Reichsgericht hob aber die Urteile auf, weil der code pénal von 1815 in Anwendung zu bringen sei. Die Entscheidung dürfte als zutreffend zu erachten sein. Seit 1875 müssen freilich die nach Moresnet gehenden Preußen dienen. Moresnet selbst ist aber nie preussisch geworden. Es war im 18. Jahrhundert zu Oesterreich gehörig, 1793 kam es zu Frankreich und verblieb dort bis zum Jahre 1815. Da Belgien und Preußen wegen des damals ertragreichen Kalmeibergwerks das Ländchen haben wollten, beide aber nur darin einig waren, daß es nicht zu Frankreich gehören solle, so wurde durch Vertrag vom 16. Juni 1816 eine gemeinsame belgisch-preussische Hoheit über das Ländchen Moresnet konstituiert. Das Bergwerk war Ende der 30er Jahre erschöpft. Darauf wurde im Jahre 1841 die oben skizzierte Verwaltung dem Ländchen eingeräumt. Wenn sich nun der Dreißigste Moresnet-Belgien-Preußen nicht anders besimmt, bleibt Moresnet unter den 1814 für Preußen günstigen Strafgesetzen, das ist der code pénal mit seinen teilweise drakonischen Vorschriften und langen Verjährungsfristen.

## Vermischtes.

Leidenschaftlicher. Wie wir vor 14 Tagen mitteilten, ist in einer Versammlung der Hamburger Staatsarbeiter behauptet worden, die Verwaltung eines Hamburger Staatskrankenbaues treibe mit Zustimmung des Senats einen schamhaften Handel mit Leichen und anatomischen Präparaten, die listenweise an die Universitäten verschickt würden, und daß es vorgekommen sei, daß Leidtragende einem Sarge folgten, in dem sich statt einer Leiche Schutt und Steine befanden. Genosse E. Fischer richtete in der letzten Sitzung der Bürgerschaft eine Anfrage an die bürgerlichen Mitglieder des Krankenhauskollegiums, ob der Behörde diese Anschuldigungen bekannt geworden seien. Dr. Roth erwiderte, auch andere Städte liefern Leichen und Präparate an die Universitäten; bezüglich der Anschuldigungen werde sich Herr Schönberg (der Redner in der erwähnten

Verantwortung) vor Gericht zu verantworten haben. Der Herr meinte frank und frei, die Anschuldigungen seien nur erhoben worden, um einen Druck auszuüben anlässlich der Lohnbewegung der Staatsarbeiter. Zugegeben wurde, daß außer den Leiden von Suchtkrankheiten und Selbstmorden auch die Leiden von Landstreichern und dergleichen Leuten, die auf öffentliche Kosten in den Staatskrankenhäusern versorgt werden sind und dort sterben, ohne daß Angehörige die Leiden reklamieren, für anatomische Zwecke benutzt würden. Um den Kernpunkt der Sache, ob der Senat ein Recht hat, über diese Leiden zu disponieren, drückte man sich herum. Eine eigenartige Stellung nahm die bürgerliche Presse zu dieser Angelegenheit ein, indem sie etwas von der „Freiheit der Wissenschaft“ faselte. Ein Blatt schrieb: „Anatomischen Zwecken aber dienen nur die Leiden, die nicht erkennbar sind, die Namenlosen, die in den Stürmen des Lebens Schiffbruch gelitten haben, Suchtkranke, unbekannt gebliebene Selbstmörder, Opfer der Landstraße, die hier in einem der Krankenhäuser untertrüben, um den letzten armen Seufzer auszubauhen — diesen geschätzten Existenzen wird niemand sein tiefes Mitleid verjagen. Oft aber ist der Dienst, den sie nach ihrem Tode der Wissenschaft leisten, das einzig Nützliche, was sie in der Welt geleistet haben.“ Die bürgerliche Presse hält es eben für ganz selbstverständlich, daß nicht „Dauergeiselleiden“, sondern die von den genannten Personen — also „Armenleichen“ — vererbt werden. — Zu der Bürgerlichkeitsdebatte veröffentlicht die Verwaltung des Staats- und Gemeindeförderungsvereins eine längere Erklärung, daß der Geschäftsführer Schönberg in der Lage sei, für die Behauptungen in vollem Umfange den Wahrheitsbeweis führen zu können.

**Eine Razzia der Polizei in Philadelphia.**

Behe, wenn ein Tugendtrupp die Bürger einer amerikanischen Stadt ergreift! Wo die Sittlichkeitsapostel so lange gehohlet und genöhnt haben, daß die Entrüstung gegen das Laster, gegen die Unmoral wie ein Strom sich ergießt, da findet auch gleich eine verheerende Ueberflutung statt. Sogar die Polizei ist machlos dagegen, und sie drückt sonst gern ein Auge zu, natürlich gegen hell klingenden Dank, denn eine Liebe ist der anderen wert. Und nun gar in Philadelphia, das den schönen Weinamen führt: die Stadt der frommen Brudersliebe! Auch Philadelphia hat sein „Tenderloin-district“ wie jede andere amerikanische Stadt. Das „Tenderloin“ ist die weiche Stelle, der warme Punkt am Gemeindeförder, wo sich die Raben einfinden. Ein Nährmichidistan, sonst brennt's! — Im Tenderloin sind die Plüsterkerpeien, die Spielhöhlen, die Freudenhäuser, von den gemeinsten bis zu den feinsten Sorten. Im Tenderloin ist am Tage die Stille der Nacht, und zur Nachtzeit erwacht es und ein Teufelspaul beginnt. — Von Zeit zu Zeit wird in dem Viertel von der Polizei ausgeräumt. Eine Razzia wird veranstaltet, und da heißt es: Mitgefange, mitgehangen, ohne Gnade! Wer in den Lasterhöhlen, Spielhöhlen, anrüchigen Hotels, Kneipen und Freudenhäusern angetroffen wird, ist arretiert, wird abgeführt, kommt vor den Polizeirichter, muß seinen Namen nennen und eine Ordnungsbüchse bezahlen. Ob reich oder arm, elegant oder schäbig, jung oder alt, ob eine Dame der Gesellschaft oder eine Dirne, immer eingepackt und mitgenommen! Da gilt keine Entschuldigung. Man weiß, im Tenderloin-district halten sich auch die „feinsten“ Damen und Herren nur deswegen auf, um dem Laster zu fröhnen, wilde Orgien zu feiern und dem Satan zu dienen, wie der Herr Pastor auf der Kanzel sagt. Für gewöhnlich erhalten die Besitzer der Höhlen und Häuser ihren „Tip“ von der Polizei, daß sie auf den Besuch vorbereiten sind und ihre Kunden in Sicherheit bringen. Das geht nicht immer so, denn manchmal geraten die sittenstrengen, ausgedörrten Tugendbolde der Stadt in eine grimmige, neidische Wut über das fetts, ladende, vor Vergnügen glänzende Laster, und sie fordern ihr Rache-Opfer. Dann magt die Polizei nicht, ein Warnungssignal zu geben, und es spielen sich oft fürchterliche

Ereignisse ab. So wurde jüngst in Philadelphia eine Razzia vorgenommen, über welche man in den Zeitungen lesen konnte, daß die Polizei einen großen Gang gemacht habe. 150 Stätten des Laster wurden ausgehoben — für diese eine Nacht natürlich nur — und über tausend Gefangene wurden nach den Polizeistationen abgeschoben. Das Reh erwiderte sich über 20 (englische) Quadratmeilen und begann um 11 Uhr sich zusammenzuziehen. Für die Bewohner und ständigen Gäste des Tenderloin war die Sache das gemohnte Abenteuer mit der Polizei. Die Mädchen rauchten ihre Zigaretten weiter, lachten, schimpften und schrien, als sie von den Blauröden, wie die Polizisten heißen, gepackt wurden; die Männer fluchten und wettelten, aber sie dachten nicht an Widerstand, sondern bestiegen den Gefangenen-Transportwagen, um die Nacht auf der Polizeistation zuzubringen. Aber zwischen den gesammelten Mädchen mit den kurzen Röcken, unter den betrunkenen Negern und zerlumpten Gesalten aller Art da sah man schreckensbleiche Gesichter von Männern in elegantem Salonanzug, sowie von Frauen, die in der sogenannten großen Gesellschaft eine Rolle spielen, ehrbar, hochmoralisch und fromm, plötzlich überrascht in den Armen ihres Liebsten in einem Hotel im Tenderloin. Männer in hervorragenden Stellungen, eben in einer Spielhölle abgefah! Politiker, Beamte, Reute, bekannt im öffentlichen Leben, auf einer Fahrt durchs Tenderloin arretiert! Junge Mädchen, die sich hatten verleihten lassen, weibliche Angestellte aus Ladengeschäften, die das Tenderloin heimlich aufsuchten, sie alle zappelten im Reh, gefangen! Die Entdeckung durch die Polizei, mit unermesslicher Wohlthätigkeit vor der Öffentlichkeit, war für viele ein fürchterlicher Schlag. Die Männer kämpften wie wahnsinnig, um einen Ausweg für sich und hauptsächlich für die Weiber, in deren Gesellschaft sie überrascht wurden. Eine Frau stieß sich ein Messer in die Brust, eine andere warf sich eine heiße Treppe hinunter. Beide wurden nach dem Hospital gebracht. Ein Mädchen versuchte, sich aus dem Fenster vom dritten Stockwerk eines Hotels zu stürzen, wurde aber noch rechtzeitig von zwei Polizisten an den Füßen gepackt und gerettet. Viele verlegten sich aufs Wüten und versuchten, die Polizisten zu bestechen. „Ich habe Kinder zu Hause“, schrie verzweifelt eine Frau, „mein Mann wird mich töten!“ — Galt aber alles nichts; diesmal gab es keine Rettung.

**Witterungsbü berichet vom 19. Dezember 1905, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. in °C	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. in °C
Schwinnende	772	S	2 heftig	-5	Daparanda	768	SSW	2 bedekt	-2
Hamburg	769	SSW	4 heftig	-5	Petersburg	768	SSW	1 wolkenl	-13
Berlin	773	SSW	1 bedekt	-5	Schiff	768	SSW	4 halb bb.	9
Konigs a. M.	770	SSW	1 bedekt	-3	Aberdeen	751	SSW	5 bedekt	6
München	772	SSW	3 heftig	-5	Paris	768	SSW	3 bedekt	-0
Wien	775	WSW	1 bedekt	-7					

**Wetter-Prognose für Mittwoch, den 20. Dezember 1905.**  
Etwas gelinder bei lebhaften südlichen Winden und zunehmender Bewölkung; nachher geringe Niederschläge.  
Berliner Wetterbureau

**Wasserstand am 18. Dezember.** Elbe bei Ruffig + 0,64 Meter, bei Dresden - 0,75 Meter, bei Magdeburg + 2,02 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,40 Meter. — Oder bei Nailbor + 1,85 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,15 Meter, bei Breslau Unterpegel - 0,86 Meter, bei Frankfurt + 1,90 Meter. — Weichsel bei Brahmühle + 3,07 Meter. — Warthe bei Posen + 0,90 Meter. — Rege bei Hg - Meter.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Restaurateur  
**Ludwig Hahn**  
Neue Hochstraße 25  
nach kurzem, aber schwerem Leiden verstorben ist. 1929b  
Die Beerdigung wird noch bekannt gemacht.  
Die trauernde Familie  
**Frau Hahn** mit Kindern.

**Verband der haugewerblichen Hülfssarbeiter Deutschlands.**  
Bezirk Moabit.  
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege 45/1  
**Friedrich Röder**  
am 17. d. M. an der Croletarierkrankheit verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Krankenhauses Moabit aus nach dem Deilands-Kirchhof in Plothenlee statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Zweigvereinsvorstand.

**Invaliden-Unterstützungskasse d. Steindruckere u. Lithographen.**  
Die Beerdigung des am 14. Dezember er. verstorbenen  
**Hermann Zmeck**  
findet statt am Mittwoch, den 20. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße 13415  
Das Komitee.

**Daufjagung.**  
Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Tapeziers  
**Paul Diering**  
sage ich hiermit allen, besonders dem Sozialdemokratischen Wahlverein Steglitz, sowie seinen Verbandskollegen und der Gemeindeführer-Kommission meinen herzlichsten Dank.  
**Anna Diering**  
nebst Kindern,  
13405 Steglitz, Hensburgstr. 10.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (E. D. 3 Hamburg)**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 18. Dezember verstarb unser Mitglied  
**Gustav Harenburg.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen-Geist-Kirchhofes, Mittelstraße aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.**  
**Zweigverein Berlin.**  
Sektion der Putzer.  
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Mitglied  
**Ernst Luckenwald**  
am 17. Dezember verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Pions-Gemeinde zu Kiebers-Schönhausen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
160/5 Die örtliche Verwaltung,  
S. L. H. Neumann.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsjektile Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gärtler  
**Max Koppe**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. Dezember er., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofs der Christengemeinde in Mariendorf aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
168/16 Die Ortsverwaltung.

# Vorteilhafte Weihnachts-Angebote.

## Herren-Artikel

- Weiß Oberhemden . . . von 5.50 bis 2.50
- Farbige Oberhemden . . . von 5.00 bis 2.50
- Weiß Serviteurs und Chemisettes . . . von 1.50 bis 35 Pf.
- Farbige Serviteurs . . . von 90 Pf. bis 35 Pf.
- Weiß Kragen . . . von 65 Pf. bis 25 Pf.
- Weiß Manschetten . . . von 80 Pf. bis 50 Pf.
- Krawatten, weiß, schwarz, farbig von 2.50 bis 5 Pf.
- Hosenträger . . . von 2.50 bis 40 Pf.
- Cachenez . . . von 10.00 bis 40 Pf.
- Kragenschoner . . . von 1.85 bis 50 Pf.
- Glacé-Handschuhe . . . von 2.75 bis 95 Pf.
- Regenschirme . . . von 10.00 bis 2.20
- Weiß Tag- und Nachthemden . . . von 3.40 bis 1.50
- Farbige Barchendhemden von 2.00 bis 1.15
- Westen, weiß und farbig . . . von 5.00 bis 1.75
- Reisedecken . . . von 30.00 bis 4.50

## Damen- und Kinder-Wäsche

- Damen-Taghemden . . . von 5.75 bis 90 Pf.
- Damen-Beinkleider . . . von 4.00 bis 95 Pf.
- Damen-Nachtjacken . . . von 5.75 bis 1.00
- Damen-Anstandsrocke . . . von 5.00 bis 1.30
- Damen-Stickerel- und Spitzen-Röcke von 19.00 bis 2.75
- Bunte Barchent-Unterröcke . . . von 2.50 bis 1.25
- Bunte Barchent-Beinkleider . . . von 2.25 bis 1.00
- Bunte Barchent-Nachtjacken . . . von 1.75 bis 95 Pf.
- Bunte Barchent-Hemden . . . von 1.75 bis 1.05
- Weiß Mädchen-Hemden . . . von 1.75 bis 45 Pf.
- Weiß Mädchen-Beinkleider . . . von 1.80 bis 70 Pf.
- Weiß Knaben-Hemden . . . von 1.75 bis 50 Pf.
- Weiß Mädchen-Nachtjacken . . . von 2.00 bis 1.00
- Bunte Barchent-Kinder-Hemden . . . von 1.25 bis 75 Pf.
- Bunte Barchent-Mädchen-Hosen . . . von 1.15 bis 60 Pf.
- Barchent-Mädchen-Unterröcke . . . von 1.10 bis 60 Pf.

## Trikotagen

- Herren-Normal-Hemden . . . von 6.00 bis 80 Pf.
- Herren-Normal- und Futter-Hosen . . . von 5.00 bis 1.10
- Herren-Normal-Jacken . . . von 3.00 bis 1.20
- Damen-Normal-Hemden . . . von 2.85 bis 1.85
- Damen-Normal-Hosen . . . von 4.25 bis 1.00
- Damen-Normal-Jacken . . . von 3.00 bis 90 Pf.
- Damen-Untertaillen . . . von 1.50 bis 70 Pf.
- Kinder-Trikots u. Anzüge . . . von 2.10 bis 25 Pf.
- Gestrickte Herrenwesten . . . von 10.50 bis 2.25
- Herren- und Knaben-Sweaters . . . von 6.00 bis 1.20
- Herrn-Socken . . . Paar von 1.50 bis 18 Pf.
- Damen-Strümpfe . . . Paar von 1.75 bis 40 Pf.
- Kinder-Strümpfe . . . Paar von 1.50 bis 25 Pf.
- Herrn-Stoff-Handschuhe . . . Paar von 2.50 bis 50 Pf.
- Damen-Stoff-Handschuhe . . . Paar von 1.40 bis 20 Pf.
- Kinder-Stoff-Handschuhe . . . Paar von 70 Pf. bis 20 Pf.

Gratis-Zugabe-Artikel bei Einkäufen von 3 Mark an:  
Puppen, Christbaumschmuck, Spielwaren, Kalender.

# Berlin N. Brunnenstr. 198, Ecke Elsassstr. am Rosenthaler Tor. **Julius Haack** Manufakturwaren- und Konfektionshaus größten Stils.

Sonntag, den 24. Dezember, geöffnet 8-10 und 12-3 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vornwärts Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Gesetzlich geschützt. D. R. G. M. 102681.

## Rabatt-Karte

**A. Jandorf & Co.**

Spittelmarkt Belle Alliance-Strasse  
Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse

Wir verabfolgen auf Wunsch bei Bar-Einkäufen für je 25 Pfg. des gezahlten Betrages eine Rabatt-Marke. Für die vollgeklebte Karte zahlen wir an unserer Rabatt-Kasse in bar... **M. 1.00**

**Wer bei Jandorf kauft, spart Geld!**

Von d. Rabatt-Vergünstigung sind wenige Artikel ausgenommen

# A. JANDORF & Co.

Spittelmarkt Belle Alliance-Strasse Grosse Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse

## Kennen Sie unser Rabatt-System?

Man verlange nach erfolgtem Einkauf Rabattmarken

## Grosse Ausstellungen

in Tricotagen, Lederhandschuhen, Stoffhandschuhen. Sammet, Seidenstoffen, Kleiderstoffen, Tischzeugen, Taschentüchern, feiner Herrenwäsche, Cravatten, Herren- u. Knaben-Garderobe, Schlafrocken, Damen-Confection, Blousen, Kinderkleidchen, Pelzwaren für Damen und Herren, Pelzgarnituren für Kinder, Knabenmützen, Wollwaren, Strümpfen, Schuhwaren, Gummischuhen, Schlittschuhen, Schleiern, Seidenband, Weisswaren, Handarbeiten, Corsets, Schürzen, Schirmen, Damenwäsche, Kinderwäsche, Bettwäsche, Handtüchern, Bijouterien, Gürteln, Haarschmuck, Lederwaren, Galanteriewaren, Schreibwaren, Parfümerien, Seifen, Baumlichter, Möbelstoffen, Gardinen, Teppichen, Lampen, Wirtschaftsartikeln, Glas, Porzellan, Lebensmitteln, Weine, Lichten, Delikatessen, Süßfrüchten, Cigarren, Bettstellen, Matratzen, Musikalien,

Bilderbüchern, Märchenbüchern, Jugendschriften, Briefpapier, Pfefferkuchen, Baumschmuck, Baumlichter, Lichthaltern, Spielwaren, Puppen.

Wochentags geöffnet bis 10 Uhr abends, Sonntag den 24. Dezember von 8 bis 10 u. 12 bis 8 Uhr.

### Chauffeurschule

des Technikums Elektra  
Berlin, Neanderstr. 4. Gründliche theoretische Ausbildung von Chauffeuren in Tageskursen. 200/16\*

Prospekte frei.

### Pelz-

Stolas und Jacketts, allgemein bevorzugt. Weihnachtsgeschenk zu sehr billigen Preisen offeriert  
57 Leipziger Str. 57. Hof.  
neben dem Kolonnenbau.  
Kein Scheitern!!

### + Blutreinigungskur +

Laermann's Teufelsgewalt, die beste und billigste Vorbeugung bei mangelhafter Blutbeschaffenheit. Billiges Hausmittel, sollte jede Familie jetzt trinken; enthält: Erdbeere, Löwenzahn, tausendjährige kraut, Krauseminze, Koriander, Königskerze, Anis je 20, Hofartig, Carroggen, Kamillen, Althaus, Pfefferminze, Linden, Haselnuss je 40, Fenchel je 20, Bohnen, Bohnen, Lavendel, Pfeffer, Süßholz je 30, Pfefferkörner je 10, durch schlechtes Blut entstehen: Rheuma, Gicht, Ausschlag, unreiner Teint, Kopfschmerzen, Pickeln, Kopfschmerz etc. Pack. 50 Pf. u. 1 Mk. in diesbezüg. Verkaufsteilen. Nur von **Gustav Laermann, Hofap.**

Zu haben in allen Apotheken und besseren Drogerien.

### Weihnachtsbäume,

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Haarleiden.  
Billigste Preise, schönste Ware, 30 Pf. an Brunnenstr. 41 (früher Nr. 9.)  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

### Umzugs-Ausverkauf.

Wegen Abriss des Hauses will mein großes Lager in Taschen-, Wand-, Stand-, Hänge-Uhren, Weckern, Ketten und in bedeutender Auswahl der Auswahl räumen. —  
Spezialität als Spezialität  
Um die Umzugskosten zu sparen, verkaufe zu außergewöhnlich billigen Preisen unter 2jähriger Garantie. Besichtigung meines Riesenslagers ohne Kaufzwang erbeten.  
Etabliert seit 1888. Musterbuch gratis und franko.  
**Uhren-Spezial-Haus Franz John** Berlin SW., Leipziger Str. 66  
Kein Laden — Hof parterre — am Spittelmarkt.

### Die schönsten Weihnachts-Geschenke

in **Steppdecken**

faßt man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik. 72 Kollonnenstr. 72, wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden.  
H. Strohmayer, Berlin 14. 3247ertrier Preisversteigerung gratis.  
Sonntags vor Weihnachten geöffnet.

# Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

## Sonder-Angebot für Mittwoch, den 20. Dezember, Donnerstag, den 21. Dezember, Freitag, den 22. Dezember (inkl.)

so lange Vorrat.

### Backartikel

Weizenmehl 00	5 Pfd.	65 Pfg.
Kaiser-Auszugmehl	5 "	75 "
Budapester Auszugmehl	5 "	90 "
Diamant-Mehl	5 "	100 "
Prima verlesene Mandeln, süß	Pfd.	110 "
Prima Barry-Mandeln, süß	"	100 "
Ia. bittere Mandeln	"	110 "
Verlesene große Carabonna-Rosinen	"	45 "
Ia. helle Sultaninen-Rosinen	"	43 "
Prima Corinthen	"	28 "
Citronat, neueste Ernte	"	70 "
Selbsttätiges Backmehl	Paket	31, 50, 75 "
Backpulver	8 Pack	20 "
Backessenz	8 Flaschen	25 "

### Wurstwaren

Pomm. Rotwurst	Pfd.	50 Pfg.
Pomm. Zwiebelleberwurst	"	50 "
Pomm. Schlackwurst	"	110 "
Pomm. Salami	"	110 "
Westf. Schinkenwurst	"	125 "
Thüring. Bauern-Bratwurst	"	110 "
Braunsch. Mettwurst	"	90 "
Prima harte Mettwurst	"	70 "
Poln. Bratwurst	"	70 "
Thüring. Sülzwurst	"	70 "
Ia. Kaiser-Jagdwurst	"	100 "
Landleberwurst	"	90 "
Prima Zungenwurst	"	100 "
Prima Schmalz	50 und 52	"

### Aepfel und Nüsse.

Amerikaner, groß	1 Pfd.	28 Pf.	5 Pfd.	1.30 M.
Amerikaner, klein	1 "	23 "	5 "	1.05 M.
Ananas-Aepfel, vorzüglich im Geschmack	1 "	20 "	5 "	90 Pf.
Graue Reinetten	1 "	25 "	5 "	1.10 M.
Rote Hähnchen	1 Pfd.	20 Pf.	5 Pfd.	95 Pf.
Pa. franz. Wallnüsse	1 "	35 "	5 "	1.45 M.
Pa. Haselnüsse	1 "	35 "	5 "	1.60 "
Amerik. Paranüsse	1 "	55 "	5 "	2.50 "

× × × × × Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt. × × × × ×

Aus der Frauenbewegung.

Grav Sabadosky als — unser Kronzeuge. Posa redete im Reichstage und darob großes Geschrei bei seinen Freunden.

Armer Posa! Das Dir, der Du Dich im Schwelge Deines Ansehens um die — ach so schmählich verachtete — Justizhausvorlage bemüht hast!

Für den Herrn Grafen ist der historische Materialismus nicht die Methode wissenschaftlicher Forschung, die uns in der Weltgeschichte den Entwicklungsprozeß der Menschheit, dessen Bewegungsgesetze und treibenden Kräfte erkennen läßt.

Er kann es daher auch nicht begreifen, daß sich bei der letzten Wahl mehr denn drei Millionen Wähler um die Fahne der Sozialdemokratie scharten.

Er hat auch keine Ahnung, welche außerordentliche Kampfesfreudigkeit und Siegesfähigkeit uns besetzt, wie groß die Begeiste-

rung und der Idealismus ist, wovon unsere Herzen glühen, just weil wir Materialisten sind. Weil wir auf Grund der materialistischen Weltanschauung, oder richtiger Gesichtsauffassung, die Ueberzeugung, die Gewißheit haben, daß unser ganzer Kampf, den wir als Klasse führen, in derselben Richtung sich bewegt, denselben Ziele entgegenführt, als dahin die unserer heutigen Wirtschaftsordnung immanenten Entwicklungsgesetze den Weg weisen.

Darin hat der Herr Minister schon recht, daß man einer Bewegung, die getragen ist von einer, von Kampfesmut und Siegesfähigkeit durchglühnten Rasse, die sich stützt auf den granitnen Boden geschäftlicher Entwicklung, nicht schaden oder sie gar vernichten kann durch Repressalien. Daß einer solchen Bewegung nicht geschadet, sondern sie eher gefördert wird, wenn: „in die Art der Verwaltung, auch in den lokalen Instanzen noch manche Kleinlichen Gesichtspunkte aus dem Kleinen alten Polizeistaate herübergekommen sind, die vielleicht in unsere Zeit nicht mehr passen.“ Dies Zugeständnis Sabadoskys wollen wir gebührend tiefer hängen und gegebenenfalls daran erinnern.

Sind es doch just die Genossinnen, die ein endlos Vieh davon fangen können, wie im Lande der vollendeten Rechtsgarantien die „kleinlichen Gesichtspunkte des Kleinen alten Polizeistaates“ ihnen gegenüber geltend gemacht werden. Es vergeht fast keine Woche, wo nicht Frauen aus politischen Vereinsversammlungen ausgewiesen werden, weil es das Vereinsgesetz so will in Preußen.

Ja noch weit schlimmer: Der Fälle sind zahllose, wo Frauen aus Volksversammlungen gewiesen werden und, falls wir uns weigern, gestützt auf den harten Wortlaut des Gesetzes die Versammlungen der Auflösung verfallen.

Also nicht nur haben wir uns zu fügen dem unglaublich rüchstündigen Vereinsgesetz, das längst in die Pampellammer oder unsererzeitwegen in das Museum für Altentümer und preußisch-deutsche

Söpfe gehörte, nein wir müssen uns auch ungütige Male beugen der schändlichen Auslegung und Handhabung dieses reaktionären Gesetzes aus „dem Kleinen alten Polizeistaat“. Gewiß, man hindert unsere Bewegung damit nicht, man benimmt uns kaum, oft sogar nützt man uns, indem der Widerpruchsgeist der Rassen atmet, ihre Empörung entfacht und sie dann mit um so größerem Eifer sich der Bewegung widmen. Aber als eine ungeheure Demütigung, als eine Herabwürdigung empfinden wir diese Rechtslosigkeit.

Gegenwärtig um so schlimmer, weil die Fragen des wirtschaftlichen und politischen Lebens sich förmlich jagen, sich gegenseitig überfüllen, zu denen unbedingt die Proletarierinnen in Massen Stellung nehmen müssen. Wir erinnern nur an die leider noch längst nicht überwundene Plebsnot, an die Flottenvorlage, an all die neuen Steuerprojekte des Herrn v. Stengel, an die reaktionäre Schulvorlage im preussischen Landtag, an die Vorenthaltung oder den Raub des Wahlrechtes in den einzelnen Bundesstaaten usw.

Aber auch angesichts der russischen Vorgänge, wo dank der Entfaltung geradezu beispielloser revolutionärer Latenzkraft und Energie unsere russischen Brüder und Schwestern sich einfach ihre Vereins- und Versammlungsrecht genommen haben, empfinden wir um so drückender die Schmach unserer Rechtslosigkeit.

Erheben wir um so lauter und nachdrücklicher die Forderung: Her mit einem einheitlichen und freieitlichen Vereins- und Versammlungsrecht für das Reich.

Unsere Vertreter im Reichstag haben zu verschiedenen Malen diese unsere Forderung mit allem Nachdruck vertreten, leider bisher vergeblich. Sie werden wiederkommen und dabei Posa an seinen oben zitierten Ausspruch erinnern. Wir werden sehen, was er dann dazu sagt.

Draußen die Rassen, im Reichstage unsere Vertreter, werden dem Herrn Minister begehrlich machen, daß hier kein Maulspitzen mehr hilft, hier muß geprügelt werden. Louise Bieh.

Geh-Pelze



Feine Eskimo- und Tuchbezüge. Verschiedene Besätze und Futter.

175.— 150.— 50 Mk. 135.— 85.—

Pelz-Joppen

Starke Bezugstoffe mit echtem Pelzfutter

45.— 39.— 35.— 30.— 27.— 21.— 15 Mk.

Pelz-Mützen

für Herren.

Verschiedene Fassons und Pelzarten.

2 75 Mk. 12.— 9.— 5.— 3.50



Pelz-Kragen

für Herren.

Verschiedene Pelzarten.

2 75 Mk. 11.— 8.50 4.50

Knaben-Mützen und Kragen

Krimmer-Garnitur zusammen für 1 75 Mk.

Normal-Unter-Hemden

für Herren 4.50, 3.50, 2.55, 1.95, 1.10 Mk.

Normal-Unter-Hosen

für Herren 6.—, 3.50, 2.—, 1.35, 90 Pf.

Baer Sohn

Spezial-Haus grössten Massstabes.

Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11 Gr. Frankfurterstrasse 20.

Der Haupt-Katalog No. 27 wird kostenlos zugesandt.

Sinzel-Verkauf zu Engros-Preisen

Anterröcke . . . von 1.25 B. an Damenhemden . . . von 75 Pf. an Schürzen . . . von 20 Pf. an Handtücher 1 D. von 2.50 B. an Weiße Taschentücher, gekäumt . . . D. von 85 Pf. an Tischdecken in neuen Korletts . . . von 80 Pf. an Kuffern . . . von 2.25 B. an Rossmärkte, Chevrolet, schwarz, blau u. braun 3.50 B. an Kofferedecken . . . von 75 Pf. an Trifotogen, einzelne Kuffersachen, unter Preis im Engros-Geschäft Neuer Markt 1-2.

Kronleuchter-Fabrik Siegel & Co.

für Gas u. Petroleum • Prinzenstr. 33. Gr. Ausmaß 400 versch. Kronen etc. von 10.— 300 B.

Ausverkauf

35 Mk. Alleere und einzelne Muster bedeutend unter Preis. Sultante Zahlungsbedingungen ohne Preisausschlag

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herren-Garderoben.

Herren-Garderoben.

Ersatz für Maß. Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.

Julius Fabian,

Schneidermeister, Große Frankfurter Str. 37, II, Eingang Straußberger Platz.

Kein Laden! Kein Laden!

Als Weihnachtspräsent

für Herren eignet sich am besten eine gute Zigarre. Versuchen Sie daher unsere allgemein sehr beliebten Spezialmarken, und Sie werden sicher unser treuer Kunde werden.



Marke Prinz Heinrich, 5 Pf.-Qualität, 100 Stück 8.50, Mille M. 32.—



Originalgröße, 6 Pf.-Qualität, 100 Stück M. 4.80, Mille M. 48.—

No. 66 . . . . . Mk. 3.— Corona, Kasino-Zigarre Mk. 5.— Melm Liebling, feindüftig Mk. 7.50 Imperiosa . . . . . 3.50 Cilla, fl. Aroma . . . . . 6.— Oriental, Mexico Havana „ 8.— Esquisit, sehr beliebt . . . . . 4.50 Hansa, 10 Pf.-Qualität . . . . . 6.50 Bismarck, edles Aroma „ 10.—

Kleine Mexiko-Zigarre, außerordentlich beliebt, M. 3.—

Versand nicht unter 100 Stück einer Sorte, von 300 St. franko. — Nichtkonvenientes nehmen wir zurück.

Rauseher & Fabisch, Zigarren-Engros-Haus, Berlin NW., Karlstraße No. 24, 1. Etage, an der Friedrichstraße.

Ausführl. Preisliste franko.

Glücklich ist,

wer seinen Bedarf bei uns im

Total-Ausverkauf

deckt, nur noch ganz kurze Zeit. Drum versäume niemand, die seltene Gelegenheit wahrzunehmen. Wir geben nach wie vor bis zum Widerruf

20% Rabatt!

auf unsere bekannten Serien.

Abteilung Herren-Paletots.

Table with 2 columns: Item name and Price. Items include Tadellos, Pikfein, Herkules, Tip-Top, Ulster, Maß-Ersatz, Englisch auf Seide, Wunderbar auf Seide, Modell, Das Neueste, Maß-Arbeit, Aus prima Maßstoffen.

Abteilung Herren-Anzüge.

Table with 2 columns: Item name and Price. Items include Tadellos, Pikfein, Herkules, Tip-Top, Hoch elegant, Maß-Ersatz, Englisch, Wunderbar, Modell, Das Neueste, Maß-Arbeit, Aus prima Maßstoffen.

Burschen- und Knaben-Anzüge, Paletots, Joppen und Hosen sowie Herren-Joppen, Schlafrocke und Gummimäntel zu beispiellos billigen, unglaublichen Preisen.

E. Süsskind & Co. Rosenthalerstr. 9

Ecke Auguststraße.

Elefanten-Punsch

Champagner-Flasche 1,50 in den Kolonial- und Delikatessengeschäften.

CARL MAMPE, Berlin.



# Zentral-Verband der Töpfer.

Filiale Berlin.

Mittwoch, den 20. Dezember er., abends 6 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

bei Keller, Koppenstraße Nr. 29.

Tages-Ordnung: Beschlusfassung über die Stellungnahme der Meister zu unserer Tarifberatung.

Die Kollegen werden ersucht, die Tarife mitzubringen.

Die endgültige Beschlusfassung über die Vorschläge der beiderseitigen Lohnkommission hat in der Innungsversammlung am Montag stattgefunden, und ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in unserer Versammlung zu erscheinen.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.  
Arbeitsnachweis: Hamer 34. Amt IV, 3353.

Die Versammlung der **Elektromonteur** fällt diesen Monat aus. Die nächste Versammlung findet am Donnerstag, den 18. Januar 1906, im Gewerkschaftshaus, Saal 5, statt.

## Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands.

Ortsverein Berlin, Abteilung I und II.

Donnerstag, den 21. Dezember 1905, abends 8 Uhr, Kommandantenstr. 72:

## Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über „Die direkte Aktion“. Referent: Dr. Otto Quef.  
2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.  
Da außer dem Vortrag noch höchst wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind, so erwartet zahlreichen Besuch beider Abteilungen.

## Noch für Weihnachten!

# Sonntage eines großstädtischen Arbeiters

in der Natur

von Curt Grottewitz, mit einem Vorwort von Wilh. Bölsche  
Mit Buchschmuck und dem Portrait des Verfassers  
Brochüert 60 Pfennig Gebunden 1 Mark

Wilhelm Bölsche schreibt in seinem Vorwort:

„Ich glaube, daß es in der ganzen Literatur nicht leicht wieder so schlichte Naturbeschreibungen gibt, mit so scheinbar allereinfachsten Mitteln, wie in diesem Buchlein.“

Spezialität: Kleidung für starke Herren.

## Bekanntmachung!

In 30 ganz neuen modernen Mustern stellen wir von heute ab **Winterpaletots** Marke „Herrenlob“ zum Verkauf. Im eigenen Interesse sollte jeder, der Wert auf vornehme, gutsitende Kleidung legt, unsere Paletots „Herrenlob“ besichtigen.

**Paletot „Herrenlob“** repräsentiert.  
**Paletot „Herrenlob“** ist dauerhaft.  
**Paletot „Herrenlob“** hat ausgezeichnete Paletotform.  
**Paletot „Herrenlob“** ersetzt Maßkleidungsstücke.  
**Paletot „Herrenlob“** mit prachtvollem Plaidfutter, Samtkragen und Windlitze, einreihig mit verdeckter Leiste, sämtliche Nähte zweimal gesteppt, schräge, warme Taschen, vollständiger Maßersatz. **28 Mark.**  
derselbe in etwas geringerer Qualität. **20 Mark.**

Entzückende **Knaben-Paletots** und **Anzüge** für jedes Alter passend, beispiellos billig.  
**Knaben-Hosen** mit und ohne Leibchen, aus Resten.

**Winter-Joppen für Herren u. Knaben**, weiche, kräftige Lodenstoffe, warm gefüttert (auch mit Pelz) in verschiedenen Farben und Fassons am Lager von **5,25, 6,50, 8,50, 10, 13, 15 Mark prima.**

Außer den oben erwähnten Paletots führen wir Winterpaletots in sämtlich nur denkbaren Qualitäten u. Preisen.

**Heitinger & Co.**  
Deutsche Compagnie  
Berlin 80., Oranienstraße 40/41.

## Brillanten

als Spezialität außergewöhnlich billig.  
**Max Brinner**, Jerusalemstr. 42.  
Der Auf der Himm (gegründet 1860) bürgt für strengste Reclität.  
Ringm. 14fr., m. 1 Teil. 8. 2. an  
Ohrring . . . . . 2 . . . 16 . .  
Brasche . . . . . 1 . . . 18 . .  
Herr-Nad. . . . . 1 . . . 14 . .  
u. m. bis zum feinsten Genre.

## Mechanische Spielwaren.

sowie alle Artikel gehören im sämtlichen Branchenlagern-Mitglieder  
10 Proz. Bar.  
**H. Diepe**,  
Opfiter und Banbagist  
Kaiser Friedrichstraße 19,  
Zschöneberg. 54820

Cubwig Leffen  
**Fackeln der Zeit**  
Gebichte mit Buchschmuck von August Rosenheim  
Preis 50 Pfg.  
Buchhandlung Dornbröt Berlin SW. 68, Lindenstr. 40

## Schlaf-Röcke,

sehr geeignet als **Weihnachts-Geschenk**

für Herren von prachvoller Qualität und eleganter Ausstattung in großer Auswahl:  
**9, 10,50, 13,50, 15, 17,50, 20, 22,50, 25, 30, 35, 40 u. 65 M.**

## Morgen-Joppen

grau, mod. bräunlich oder olive, mit Tuch, Samt, Plüsch oder Schnurbesatz:  
**8, 9, 10,50, 13,50 u. 20 M.**

**Winter-Joppen** zweireihige Form, von Loden, mit warmem Futter, dunkelgrün, bräunlich oder olivengrün, 7,50, 9, 10,50, 12, 14, 15, 16,50, 18, 20 u. 25 Mark.

**Falten-Joppen** einreih. Form, Brust und Rücken mit Sattel u. Falten, der Taillengürtel ringsherumgehend u. Mufftaschen, aus Loden gearbeitet, grau, bräunlich oder grünlich meliert.  
**9, 12, 15, 18 u. 22,50 Mark.**

**Beinkleider** von elegant vornehmen Schnitt u. guter Paletotform, aus Buckskin, Cheviot oder Kammgarn, mittel- oder dunkelfarbig gestreift oder meliert, 3,50, 4,50, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13,50, 15 u. 16,50 Mark.

**Herren-Westen** in hell-, mittel- od. dunkelfarb. Fantasiestoffen, entzück. Must. **2,50, 3,50, 4,50 bis 18 Mark.**

Die Preise sind billig, aber streng fest.

## Carl Stier,

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.  
Berlin 80., Oranienstr. 166.  
Berlin W., Potsdamerstr. 113a.  
Potsdam, Nauenerstr. 23.

Verlangen Sie gef. die illustr. Preisliste, welche gratis und franko versandt wird.

## Stola Muffen

etc. etc.  
Nur eig. Fabrikat.  
Große Auswahl, gedieg. reelle Aust. bestes Material.  
Kein Zwischenhändler, daher Fabrikpreise.  
**Kalman**,  
Dresdenerstr. 75 vorn II.  
2. Haus v. Thalia-Th. Verk. auch Semt. u. Wechsel. v. 9 U. ab.

## Alten Rottbuser

angros. **Gedreiehkorn** endotail.  
empfiehlt H. Rose, Rauschnstraße 67. Amt IV, 344.

## Sonder-Angebot. Felle - Fell-Teppiche

nur so lange der Vorrat reicht, echt chinesische

### Ziegenfelle

in grau, weiß, wolf- und braunfärb. a 10, 8, 6,50 und **5 Mark.**

### Angora-Lammfelle

Pracht-Exemplare, schneeweiß, besonders langhaarig, 80x175 groß, nur **7,50 M.**

### Echt sibirische Wölfe

mit Kopf u. Gebiß a 25, 20, 16, 12 u. **8,50 M.**

### Dingofell-Teppiche

m. Futter u. wattiert, a 18, 12, 10 und **6,50 M.**

### Echt englische Angorafelle

besonders langhaarig, m. Seidenglanz, in allen oxidierenden Farben, a 12, 10, 8, 6 u. **4 Mark.**

erner große Auswahl in echten Fellen m. Kopf u. Gebiß, wie Tiger, Panther, Braunbär, Puma-Löwe und Eisbär sowie alle Arten echter Fell-Teppiche, Wagen- u. Schlittendecken, Pelz-Fußsäcke, Pelzschuhe, Jagd-Muffen, Pelz-Diwandecken u. Pelz-Vorlagen m. Fußsäcke jetzt zu enorm billigen Preisen.

**Teppich-Haus B. Hurwitz, Rotes Schloß,**  
vis-à-vis dem National-Denkmal.  
Teleph. Amt I. 8214

**Augen auf!**  
beim Einkauf.  
Getragene Herren-Paletots,  
Getragene Herren-Anzüge,  
Getragene Herren-Hosen,  
von feinsten Herrschaften, Kavalieren, nur kurze Zeit gebraucht, jederzeit am Lager. 51021

**J. Wand**  
Haupt-Geschäft:  
Chaussee-Str. 80a.  
2. Geschäft: Prinzen-Str. 17.  
3. Geschäft: Gr. Frankfurter-Str. 116.  
Bitte genau auf Hausnummer achten.

## Weißbier-Aktien-Brauerei vorm. H. A. Bolle

Friedrichstraße 128. Bilanz per 30. September 1905.

Aktiva.		Passiva.	
Mark	pf.	Mark	pf.
Grund- und Gebäude-Konto: (ca. 118 Huten Flächeninhalt um 373 000 Mark (Zuerlass))		Aktien-Kapital-Konto . . . . .	570 000 —
Saldo am 1. Oktober 1904	929 830 40	Hypotheken-Konto . . . . .	540 000 —
+ Zugang . . . . .	1 509 85	Konto-Korrent-Konto:	
	931 340 25	Referierte Hypothekenzinsen	6 280 46
ca. 1 Proz. Abschreibungen von der Zuerlass	8 700 —	Restitionen der Fahrer und Sparteinlagen der Kundenschaft	6 790 30
Maschinen- und Apparate-Betriebs-Unkosten-Konto:		Referierter Betrag des nicht abgehobenen Aktienlohes . . .	1 573 12
Saldo am 1. Oktober 1904	10 000 —	Unfall-Versicherungs-Konto:	
+ Zugang . . . . .	724 01	Referierter Betrag . . . . .	700 —
	10 724 01	Debetoren-Konto:	
10 Proz. Abschreibungen . . .	1 072 41	Bestand am 1. Oktober 1904	12 000 —
Pferde- und Wagen-Konto:		+ Zugang . . . . .	282 86
Saldo am 1. Oktober 1904	5 000 —	Spezial-Reservefonds:	
+ Zugang . . . . .	3 516 —	Bestand am 30. September 1905 . . . . .	4 093 82
	8 516 —	Gewinn- und Verlust-Konto:	
Abschreibungen . . . . .	3 516 —	Betriebs-Gewinn . . . . .	27 946 63
Fastagen- und Gefäße-Konto:		Verteilung des Gewinnes:	
Saldo am 1. Oktober 1904	1 000 —	5 Proz. Reservefonds . . . . .	1 397 33 33
+ Zugang . . . . .	1 684 52	5 Proz. Lantime 1 327 50	
	2 684 52	4 Proz. Dividende 22 800 —	
Abschreibungen . . . . .	1 684 52	10 Proz. Aufsichtsrats-Lantime 242 20	
Hypotheken-Amortisations-Konto:		Bortrag . . . . .	2 179 60
Stand der Abschreibungen unserer I. Hypothek . . . . .	50 554 08		
Konto-Korrent-Konto:			
Diverse Debitoren . . . . .	45 672 16		
Diverse Kreditoren . . . . .	5 472 —		
Bausparbanken . . . . .	94 136 32		
Bausparbanken . . . . .	143 280 43		
Abschreibungen . . . . .	2 670 28		
Kassa-Konto:			
Barbestand . . . . .	2 122 91		
Wechsel-Konto:			
Bechleibestand . . . . .	1 674 —		
— 4 Proz. Diskont . . . . .	16 75		
Feuer-Versicherungs-Konto:			
Vorausbezahlte Prämie für 2 <sup>te</sup> Jahre . . . . .	943 05		
Vorräte und Bestände:			
Wort Inventur . . . . .	28 810 85		
	116 945 19		

Die Auszahlung der für das Geschäftsjahr 1904/05 zu zahlenden Dividende erfolgt vom 15. d. Mt. ab gegen Abgabe des Dividendencheines bei dem Bankhaus Alb. Schappach & Co., Berlin, Markgrafstraße 48.

Berlin, den 16. Dezember 1905.  
**Weißbier-Aktien-Brauerei vorm. H. A. Bolle.**  
Die Direktion.  
Riedel.

## Steppdecken

**Gelegenheitskauf!**  
Similiseide in den Farben rot, blau, oliv **4 85 6 75**  
Wollatlas **5 25 7 50**  
Bunte Normal-Schlafdecken **1 50 2 50 3 50**  
Wolldecken ganz dick **3 00 4 00**  
fehlerhaft  
Spezial-Haus **Emil Lefèvre,**  
Oranienstraße 150. Berlin S.

Spezial-Geschäft für Uhren.  
  
Kabel-Edelst.-Uhren v. 5 20.  
Silberne Remont.-Uhren . 7 20.  
Goldene Remont.-Uhren v. 12 20.  
Elegante Regulat.-Uhren v. 9 20.  
Jugend-Rid.-Bed.-Uhren 2 20. an  
— Reelle schriftliche Garantie —  
Ihre Reparaturen fertige sofort in eigenen Werkstätten unter Garantie. 50682

**E. Möbis,**  
14 Benthstraße 14  
(am Spittelmarkt).  
2. Geschäft: **Koppenstr. 82.**

Neue Königstraße 16, vorn I.  
**Pelz-**waren-Fabrik  
verkauft nach beendeter Engros-Saison Reismuster von **Stolas** und **Muffen** zu **billigsten Engros-Preisen**  
Sonntag geöffnet.  
Neue Königstraße 16, vorn I.

**Leihhaus H. Graff**  
Berlin SW., Bouthstr. 5.  
**Brillanten, Uhren, Goldwaren.**  
Teils 25—50% unter Ladenpr.





# Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1933.

Nr. 297. Mittwoch, den 20. Dezember 1905.

Inserate sechsgehaltene Kolonelle 20 Pfg.  
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

## Partei-Angelegenheiten.

**Ober-Schöneweide.** Die Parteigenossen und Genossinnen werden hiermit ersucht, die öffentliche Versammlung am Donnerstag, den 21. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Schlosspark Wilhelmminnenhof recht zahlreich zu besuchen. Tagesordnung: Die politische Lage. Referent Genosse Düwelle. Diskussion. Verschiedenes.

**Groß-Lichterfelde-Lankwitz.** Das von den Parteigenossen arrangierte Weihnachts-Bergnügen findet am ersten Weihnachtst-Feiertage im Reigenischen Etablissement, Chaussee-straße 104, von abends 6 Uhr ab statt. Willkür bei den Bezirksführern. Das Komitee hat alles aufgegeben, den Wahlvereins-Mitgliedern einen genugsamen Abend zu verschaffen. Der Vorstand.

## Vorort-Nachrichten.

Der Niederbarnimer Kreisstag

krat gestern zu einer Sitzung im Berliner Landratsamt zusammen. Die Verhandlungen drehten sich im wesentlichen um wichtige Angelegenheiten, welche die nahe bei Berlin belegenen Vororte angehen. So betonte der Vorsitzende, Landrat Graf von Hödern, daß der Kreisstag die große Skandalisierung der Berliner Vororte nicht verzeihen dürfe, sondern möglichst einen Ausgleich zwischen den großen und weiter entfernt belegenen kleinen Gemeinden zu schaffen habe. — Dies soll in erster Linie durch den Bau einer Kreisbahn von Zehlendorf nach Friedrichsfelde (Kordobahn) geschehen. Wie der Zehlendorfer Kanal im Westen und Südwesten große Gelände erschloßen und den daran belegenen Vororten große Vorteile gebracht hat, so soll die Eisenbahn Zehlendorf-Friedrichsfelde die nördlichen und östlichen Vororte untereinander verbinden, neue Gelände dem Fabrikbau erschließen und dem Ausbau der einzelnen Vorortgemeinden dienen. Auf Antrag des Vorsitzenden wurden zur Ausarbeitung der Spezialpläne u. v. für die Kreis-Eisenbahn 5000 Mark bewilligt. Das Projekt hat, nach einer Mitteilung des Vorsitzenden, bereits die Zustimmung des Ministers der öffentlichen Arbeiten gefunden. — Kreisstabsabgeordneter Räder-Lichtenberg regte an, die Eisenbahn von Zehlendorf über die Havel nach dem Westen hin zu verlängern und eine Verbindung mit der Rehfelder Bahn bei Spandau herzustellen. Durch diese Verlängerung der Kreisbahn würde die Berliner Ringbahn vom Güterverkehr entlastet, weil die beträchtlichen Transporte von Hamburg, Hannover u. v., welche heute nach den nördlichen und östlichen Vororten und die Außenbezirke Berlins gehen, dann durch die Kreisbahn direkt zum Empfangsort gehen könnten. — Bei der Beratung über ein neues Statut für die Kreisparlamente regte Kreisstabsabgeordneter Professor Dr. Mendel-Pankow an, dahin zu wirken, daß den großen Berliner Vororten gestattet werde, eigene Sparfassen zu gründen.

Der Bau einer Chaussee, welche Mühlentee bei Berlin mit Buch, wo sich die großen Berliner Anlagen befinden, verbindet, wurde einstimmig beschlossen, hingegen ließ ein Projekt, zwischen den Orten Hamn und Groß-Schönebeck eine Chaussee zu bauen, bei einigen Vertretern der großen Vororte auf Widerspruch, wurde schließlich aber doch genehmigt.

Eine gefährliche Einbrecherbande entwickelt seit kurzem in den östlichen Vororten eine lebhafteste Tätigkeit. So wurden in den letzten Tagen in Ecker, Rüdersdorf, Hirschgarten und Friedrichshagen Einbruchdiebstähle ausgeführt, bei denen die Verbrecher mit außerordentlicher Frechheit vorgehen und in Wohnungen drangen, in denen die Bewohner anwesend waren. In der gestrigen Nacht wurden wiederum zwei derartige Einbruchdiebstähle in Friedrichshagen verübt. Die Einbrecher drangen in die Wohnung des Oberzeugwartes Müller, öffneten das Schlafzimmer des M. und unterwarfen seine vor dem Bette auf einem Stuhl befindliche Kleidung einer Revision. Mit zwei goldenen Uhren, zwei Ketten, 6 Mark Bargeld und verschiedenen Schmuckstücken verließen die Verbrecher unbemerkt wieder die Wohnung. Dann drangen sie in die Spielbergische Villa in der Horn-Allee, wofür sie die sämtlichen Zimmer durchwühlten. Als sie in das Schlafzimmer des Sohnes drangen, wurde der Knabe wach und schlug Lärm. Die Diebe ergriffen die Flucht und entkamen.

### Charlottenburg.

Die sozialpolitische Fürsorge des Magistrats, die von denen, die den Verhältnissen fernstehen, so oft rühmend hervorgehoben wird, erscheint in dem richtigen Lichte, wenn man die Ausführung verschiedener Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung durch den Magistrat betrachtet. Es zeigt sich dann recht deutlich, daß der Charlottenburger Magistrat sozialpolitisch nicht weniger rüstständig ist als die Magistrats aller übrigen der Vorkommnisse ausgelieferten Gemeinden. Vor Jahren hatte der Magistrat eine Vorlage betr. Beschaffung von Wohnungen für die minderbegüterten Klassen eingebracht, die Stadtverordnetenversammlung hatte die Vorlage so ausgestaltet, daß auf keinen Fall etwas dabei herauskommen konnte, und in der Tat ist denn auch die auf Grundlage der von der Versammlung aufgestellten Bedingungen veranlassete Aufforderung zum Bau von Wohnungen völlig ergebnislos verlaufen. Anstatt nun auf seine frühere Vorlage zurückzukommen, lapidiert der Magistrat vor den Hausgegnern. Nachdem inzwischen der größte Not in bezug auf den Mangel solcher Wohnungen durch zahlreiche Bauten von Privatleuten abgeholfen worden ist, hielt er die Wohnungsfrage nicht mehr für eine so brennende, wie es in der Zeit der drängenden Wohnungsnot war. Er begnügt sich damit, den Berliner Bau- und Sparvereine, der im Begriffe ist, 1000 kleine Wohnungen auf einem in Charlottenburg erworbenen Gelände zu errichten, um Überlassung eines Teils dieser Wohnungen für häusliche Arbeiter und Lohnbeamte zu versuchen.

Geradezu komisch mußte einem die Ausführung eines anderen Stadtverordnetenbeschlusses an. Die Versammlung hatte unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge auf Verfüzung der Arbeitszeit für städtische Arbeiter den Magistrat ersucht, Erhebungen darüber anzustellen, welchen Beitrag die Löhne für täglich zehn-stündige Arbeitszeit im Tage-, Wochen- und Monatslohn in den städtischen Betrieben erzielten. Diesen lendenlähmenden Beschluß führt der Magistrat noch lendenlähmender aus, er teilt mit, daß

er die Angelegenheit fortwährend im Auge behält und namentlich die Literatur darüber weiter verfolgt hat. Wir freuen uns ja über diese Besriedigung des Bildungsbedürfnisses des Magistrats, aber den städtischen Arbeitern ist damit nicht geholfen, ganz abgesehen davon, daß der Magistrat die notwendige Auskunft aus der Literatur erhalten kann; sie ergibt sich viel einfacher aus den Jahresabrechnungen der einzelnen Verwaltungen.

Der von der Stadtverordnetenversammlung geforderten Errichtung eines Asyls für Obdachlose für Groß-Berlin steht der Magistrat ablehnend gegenüber, er hat bisher davon abgesehen, mit den Gemeindeverwaltungen von Groß-Berlin in Verbindung zu treten, weil inwieweit die Frage, ob es überhaupt zweckmäßig ist, Asyls in der bisherigen Art zu errichten, erörtert wurde. Nachdem Kaiser von Rodelschwing u. a. gegen diese Art's lebhaftesten Bedenken geäußert haben, hielt es der Magistrat für zweckmäßig, einstweilen nichts zu veranlassen.

Das sind nur einige Beispiele. Sie sprechen für sich selbst, sie zeigen, wie es in Wirklichkeit in Charlottenburg steht, daß die Stadt ihren früheren Ruhm, in sozialpolitischen Maßnahmen bahnbrechend voranzugehen, längst eingebüßt hat.

**Gemeindefriedhof.** Seit längerer Zeit beschäftigen sich die Gemeindebehörden mit der Frage der Anlage eines Gemeindefriedhofs. Der Oberpräsident hat dem Magistrat durch Verfügung vom 14. Dezember 1904 mitgeteilt, daß er erst nach bestimmten Vorschlägen der städtischen Behörden zu der Sache Stellung nehmen könne. Hieraus ist zunächst der nördlich des Spandauer Schiffschiffkanals gelegene Teil der Rüdersdörfer zur Anlage des Gemeindefriedhofs in Aussicht genommen worden. Auch wurden mit den beteiligten Grundstückerwerbungen bereits Verhandlungen wegen Erwerbs des notwendigen Terrains in die Wege geleitet. Inzwischen ist aber ein weiter östlich und nördlich vom Spandauer Schiffschiffkanal gelegenes, lediglich forstlich altes Gelände ins Auge gefaßt worden, welches bedeutend besser für die Zwecke eines Gemeindefriedhofs geeignet ist als das frühere Gelände. Wegen des Erwerbs des neuen Geländes schwanden die Verhandlungen noch, es läßt sich noch nicht übersehen, wann sie zum Abschluß kommen werden.

### Schöneberg.

Die Stadtverordneten-Versammlung am Montag hatte außer der Bürgermeister- und Kammerwahl noch eine städtische Tagesordnung zu bewältigen. Zur Verhandlung stand zunächst der von unserem Parteigenossen Gabel eingelegte Protest gegen die vom Wahlvorstand erfolgte Nichtanerkennung seiner Wahl. Der Einspruch gründete sich darauf, daß der Magistrat nicht berechtigt gewesen sei, insofern eine Änderung gegen früher zu treffen, daß eine Auslösung in der Befehung der einzelnen Bezirke stattfinden müsse. Das bedinge, daß die Vertretung einzelner Bezirke zwei Mietern bezw. Hausbesitzern übertragen werde. Im dritten Bezirk, der bisher von einem Eingewiesenen und einem Nichteingewiesenen vertreten wurde, trifft es sich, daß durch die Auslösung zwei Hausbesitzer das Mandat übertragen werden soll. Der Wahlprüfungsaußschuß, der sich mit dieser Sache beschäftigte, hatte, wie vorausgesehen war, gegen die Stimme unseres Vertreters den Einspruch zurückgewiesen, und der Referent, Justizrat Reinbacher, konnte sich eben nur auf eine Bestimmung der Städte-Ordnung berufen, die eine solche Einteilung zulasse. Genosse Frißch wies demgegenüber nach, daß sich der Magistrat bei der vor vier Jahren erfolgten Regelung festgelegt habe, als er bestimmte, daß in jedem Bezirk je ein Hausbesitzer und ein Mieter zu wählen sei. In dem damals vom Magistrat herausgegebenen Personalbuche für die Gemeindebeamten sind denn auch tatsächlich in der dritten Klasse bereits elf Hausbesitzer vorhanden, während das Gesetz „in der Regel“ nur von zehn spricht. Trotzdem nun die bürgerlichen Vertreter schon von vornherein ihrer Niederlage sicher waren, rechneten sie bereits am Tage der Wahl mit der Ungültigkeit der abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen, sonst wäre es gar nicht zu verstehen, daß nach Schluß des Wahlaaktes bereits eine von einem Magistratsbeamten herrührende schriftliche Mitteilung vorliegen konnte, laut welcher der sozialdemokratische Kandidat kein Hausbesitzer sei. — Ohne weitere Debatte und ohne eine Äußerung des von uns genannten ersten Hausbesitzers, der seinerzeit als solcher gewählt wurde — eine Nichtigstellung von dem Betroffenen selbst wäre jedenfalls am Platze gewesen — wurde der Einspruch gegen unsere Stimmen verworfen und Herr Schneider, der betamlich schnell noch im letzten Moment einspringen mußte, als „gewählt“ betrachtet. — Mit diesem Beschluß ist freilich das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Eine ausgedehnte Debatte, an der sich besonders die Stadtverordneten Jabel und Rüter beteiligten, entwickelte sich noch bei der Vorlage des Magistrats betr. Schaffung einer Rektor-, 7 Lehrer- und 8 Lehrerinnenstellen. Hierzu lagen die vom Staatsauschuß abgelehnten Anträge Jabel vor: 1. eine stärkere Herabsetzung der Durchschnittsbezahlung aller Klassen und 2. eine Regelung der Pflichtstundenzahl der Lehrer und Lehrerinnen ins Auge zu fassen. — Nach eingehender Begründung seitens des sachverständigen Antragstellers, dem ausreichendes Material zur Verfügung stand, wies Genosse Rüter darauf hin, daß es nicht zu verwundern sei, wenn eine Anzahl Kinder das Ziel der Gemeindefriedhofe nicht erreichen, weil dem die viel zu hohe Klassenfrequenz entgegenstehe. Bei den höheren Schulen sei diese auch nicht im entferntesten vorhanden, im Gegenteil, hier werde immer bereitwilligst zugestanden, was die Volksschule entbehren müsse. Die Jabelschen Anträge wurden mit großer Mehrheit angenommen. — Ob der Magistrat ihnen freilich Rechnung tragen wird, ist bei seiner nicht gerade großen Bildungsfreundlichkeit für die breite Masse des Volkes sehr zweifelhaft.

Zur Prüfung und Auswahl eines neuen Systems von Feuer-melde-Anlagen hatte der Magistrat 600 M. verlangt, um durch eine Kommission von sechs Personen an Ort und Stelle (Hannover und Bremen) die erforderlichen Bestätigungen vorzunehmen zu lassen. In der Debatte beschränkt Stadtv. Speck die Notwendigkeit einer solchen Entsendung, man könne das doch weit ökonomischer und billiger haben, daß man sich entweder nach Berlin oder direkt an die ausführenden Firmen zu einer Probe-Andringung solcher Feuermelder wende. Stadtv. Johansen empfahl dagegen Ausschüßberatung, jedenfalls könne die Zahl der zu entsendenden Mitglieder und damit die Kosten auf die Hälfte reduziert werden, womit auch der Oberbürgermeister einverstanden ist. Einen für sich und seine Standesgenossen klassischen Ausdruck leistete sich dagegen noch der Stadtv. Gsch. „Unser Hab und Gut hängt davon ab (gemeint sind die neuen Feuermelder), und da läßt es sich nicht ankommen!“ rief er pathetisch aus. Die Sache wurde sodann einem Ausschuß überwiesen.

Die von uns bereits besprochene Forderung im höheren Schulwesen, die Einrichtung von Reifeprüfungen an zwei hiesigen Realgymnasien betreffend, gelangten ebenfalls an einen Ausschuß.

Zu dem dem Dreiklassenparlament vorliegenden Schulunterhaltungs-Gesetz glaubte der Stadtv. Reinbacher, als Vorsitzender des freisinnigen Volksvereins, Stellung nehmen zu müssen. Der Magistrat soll in gemischter Deputation über die Schritte beraten, die gegen diesen neuen Schulgesetzentwurf unternommen werden sollen. Genosse Rüter wies nach, daß dieser rückschrittliche Schulgesetzentwurf nur diesem erbärmlichen Dreiklassenwahlrecht zu danken sei. Jedenfalls würden die von den Arbeitern betriebenen Demonstrationen und Proteste nicht so häufig ausfallen als die aus bürgerlichen Kreisen kommenden zahmen Mahnrufe, die viel zu spät kämen.

### Zehlendorf.

Unser Gemeindevorsteher ist für das Wohl der Gemeinde und ihrer einzelnen Glieder in der väterlichsten Weise besorgt. Wie weit er in dieser Fürsorge geht, beweist ein Vorfall, der sich vor einiger Zeit am hiesigen Orte abgespielt hat und der verdient, weiteren Kreisen bekannt zu werden.

Auf der Straße war am Anlauf der Pflasterung ein Steinseher mit Steinseharbeiten beschäftigt. Durch ein Brett war die Straße abgeperrt und jeder Passant konnte daraus entnehmen, daß das Betreten derselben nicht erwünscht war. Da konnten zwei Herren des Weges, die glaubten, sich an die Sperre nicht halten zu brauchen und betreten den gesperrten Weg. Einer der Herren aber nahm sich so wenig in Acht, daß er die fertige Arbeit des Steinsehers zertrat. Darob war der Arbeiter unwillig und bemerkte zu den ihrer Wege gehenden Herren, ob sie denn nicht sähen, daß hier gearbeitet werde. Da kam der eine, der allerdings nicht den Schaden verursacht hatte, zurück und richtete an den Arbeiter die Frage nach seinem Namen. Es wurde ihm geantwortet, das gehe ihm gar nichts an, worauf der Fragesteller erklärte, daß er der Gemeindevorsteher sei. Damit hatte dieser an sich nebenfällige Vorgang aber nicht sein Bewenden. Jetzt wurde der Meister des betreffenden Arbeiters nach dem Amt zitiert und von dem „respektlosen“ Verhalten des Arbeiters dem Gemeindevorsteher gegenüber in Kenntnis gesetzt, außerdem aber die Drohung daran geknüpft, daß er, wenn er den Arbeiter behalte, bei späteren Arbeiten keine Aussicht auf Verlässlichkeit habe. Der Arbeitgeber teilte dem Arbeiter diese Mitteilung mit, der seinerseits natürlich gar nicht erst die in Aussicht stehende Entlassung abwartete, sondern selbst sein Bündel schnürte.

Wir wollen gar kein Wort der Kritik an dieses Vorkommnis knüpfen, es spricht für sich selbst. Bemerkten wollen wir aber, daß die Vergehung von Gemeindevorsteher Sache der Gemeinde ist und die Gemeinde durch ihre gewählten Vertreter mitzureden hat. Wollen die Arbeiter, daß dabei ihre Interessen gewahrt werden, so werden sie dafür zu sorgen haben, daß Vertreter aus ihren Kreisen in die Gemeindevertretung gelangen. Es ist Pflicht jeden Arbeiters, für dieses Ziel nach Kräften zu wirken. Dann wird sich auch Gelegenheit finden, dem Herrn Gemeindevorsteher Aug' in Auge gegenüberzutreten und ihm klar zu machen, daß die Interessen der Gemeinde und ihrer Glieder in anderer Weise geregelt werden müssen, als er durch sein Verhalten in dem obigen Falle bewiesen hat.

### Mahlsdorf.

In der am Sonnabend, den 16. d. M., abgehaltenen Generalversammlung des Wahlvereins berichteten die Genossen Temppe und Wehlig eingehend über ihre Tätigkeit als Gemeindevorsteher. Zu der sich an den Bericht anschließenden Diskussion, an der sich die Genossen Bartisch, Wehlig, Dertel, Winkel und Bogel beteiligten, wurde darauf hingewiesen, daß unsere Genossen mit allem Nachdruck darauf hinwirken müssen, daß die Sitzungen der Gemeindevertretung nicht wie bisher um 4 Uhr, sondern um 7 Uhr beginnen, denn bei dem Beginn um 4 Uhr ist es unseren Genossen nicht immer möglich, an den Sitzungen teilzunehmen, wie es im Interesse der Wähler nötig wäre. Ferner wurde betont, daß unsere Vertreter auch dafür sorgen müßten, daß in der Gemeindevertretung nach einer Geschäftsordnung verhandelt werde. Wie die Verhältnisse in der Gemeindevertretung augenblicklich lagen, sei es schwer, die Sitzung unserer Gemeindevorsteher von der „Sitzung“ einer Biergesellschaft zu unterscheiden.

Nach dem Vorstandsbericht beträgt die Mitgliederzahl 86, sie stieg innerhalb fünf Monaten um über 100 Proz. Die Zahl der Vorwärts-Abonnenten stieg ebenfalls von 38 auf 67. Die Steigerung der Mitgliederzahl ist zum Teil auf die intensive Agitationsarbeit des Wahlvereins zurückzuführen, die denn auch den Erfolg hatte, daß Mahlsdorf nach dem neuen Organisationsstatut für Niederbarnim vom 1. Jan. 1906 selbständiger Bezirk wird, zu dem noch die Orte Rausdörfel und Dahnitz gehören. Nach dem Kassenericht hatte der Verein eine Einnahme von 140 M. und eine Ausgabe von 89 M. — Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Hugo Wehlig, erster Vorsitzender; Robert Dertel, zweiter Vorsitzender; Otto Jaume, Schriftführer; Albert Schmidt, Kassierer; Hermann Rodmus und Albert Stahlbaum, Beisitzer und August Bogel und Albert Trappe, Revisoren. — Unter Vereinsangelegenheiten wurde nach längerer Debatte dem Antrage des Vorstandes, den Röhrlager Conrad Säh ob seines parteischädigenden Treibens und wiederholten Bruchs der Versäpferie aus dem Wahlverein auszuschließen, mit allen gegen vier Stimmen zugestimmt.

### Schmargendorf.

Eine Kindesleiche ist Montag abend in Schmargendorf gefunden worden. Beim Holzammeln fand eine Frau aus Bilmersdorf im Gebüpp auf dem ungebauten Terrain zwischen der Warnbrunner- und Pautschbörner, nahe der Anguste-Viktoriastraße, eine in graues Packpapier eingewickelte Kindesleiche weiblichen Geschlechts, welche schon stark in Verwesung übergegangen war. Das Kind war normal entwickelt und dürfte zur Zeit drei Wochen gelebt haben. Die Bekleidung der 40 Zentimeter großen Leiche bestand aus einem alten, ausgewaschenen Hemdchen und einem verwaschenen, blau- und weißgestreiften Jäckchen. Die Todesursache konnte ein hingerufenener Arzt nicht feststellen; äußere Verletzungen wies die Leiche nicht auf. Sie wurde einstweilen nach dem Schmargendorfer Obduktionsaal gebracht. Von der Mutter fehlt jede Spur.

### Zehlendorf.

Die Verhandlung des Genossen Meier findet heute nachmittags 3 Uhr statt. Der Vorstand des Wahlvereins ersucht um recht zahlreiche Beteiligung.

# Berliner Nachrichten.

## Wieder 'mal eine nette Weihnachtsbescherung!

Wenn Weihnachten naht, schütten die Rabatt-Sparvereine ihren „Segen“ aus. Dann kriegt hier eine Hausfrau 30 M., da eine andere 50 M., dort eine dritte gar 100 M. Im eigentlichen Sinne „gespart“ hat zwar keine was; denn wo alle Welt Markten gibt, wird der Geschäftsmann den „Rabatt“ durch höheren Preis, geringere Güte oder genaueres Zuviegehen wett zu machen suchen. Aber man bildet sich's wenigstens ein, daß man bei dem Gumbug etwas profitiert — na, die paar Goldstücke, die der Sparer sich dann im Dezember herauszahlen läßt, sind doch gerade in der Zeit vor Weihnachten ganz angenehm.

Das Kergerliche ist nur, daß die paar Goldstücke manchmal nicht so vollständig ausgezahlt werden, wie der Sparer sich's gedacht hat. Es kommt vor, daß so ein Rabatt-Sparverein plötzlich Pleite macht oder aus anderen Gründen in Zahlungsschwierigkeiten gerät. Dann muß der Sparer sich bedeutende Abzüge von seinem Guthaben gefallen lassen und sieht sich aus allen Himmeln gestürzt. Das ist bitter für eine Hausfrau, die schon Monate hindurch mit dem Guthaben im Voraus gerechnet hat. Familien, in denen ein Zwanzigmarkstück einen vollen Wochenlohn darstellt, werden geradezu in Not gebracht, wenn ihnen bei solchem Sparvereins-Rauch ihr Guthaben gekürzt wird.

Ein bißchen zu trachen scheint es diesmal in dem „Rabatt-Sparverein deutscher Hausfrauen“, der sich über ganz Berlin und etliche Vororte erstreckt. Der leitende Geist des Unternehmens ist ein Herr Arnecker. Der Mann hat schon etliches durchgemacht, und es ist ihm zeitweise nicht gut gegangen. Aber seit er den Sparverein hat, sind bessere Zeiten für ihn heraufgestiegen. Man sagt, er habe sogar beträchtlichen Grundbesitz erwerben können. Als er vor einigen Jahren für den Sparverein warb, erklärte er, er bürge mit seiner Habe. Wenn er nicht inzwischen verfallen hat, was er damals versprach, so braucht am Ende noch niemand zu fürchten, daß er etwas verliert. Vorläufig aber ist doch manchem recht bange, daß die Sache schief gehen werde.

Für Mitte Dezember war die Auszahlung der Guthaben angekündigt. Als aber der große Tag kam, da wollte die Kasse des leitenden Geistes nicht langen. Geschäftsleute wurde erklärt, man könne nur einen Teil der Forderungen befriedigen. Wer sich nicht rechtzeitig den vollen Betrag gesichert hatte, dem stand es frei, für den Fehlbetrag Rabattmarken in Zahlung zu nehmen. Auch der Ausweg, sich durch Wechsel zu beden, wurde gewählt. So gelang es Herrn Arnecker, die Drängenden vorläufig zu beschwichtigen, aber nun hatten die Geschäftsleute vor ihre Stundschaft hinzutreten und mit ihr abzurechnen. Das war eine harte Weihnachtsnuß, die der Vereinsführer Herr Arnecker seinen Schäflein zu knaden gegeben hatte.

Rabattmarken oder gar Wechsel nimmt keine Hausfrau in Zahlung, wenn sie auf bar Geld gerechnet hat. Da mußte aus Eigenem zugelegt werden, wenn den Kunden ihr Guthaben ausgezahlt werden sollte. Doch nicht jeder Geschäftsmann konnte so tief in die eigene Tasche greifen, wie es nötig gewesen wäre, um das in Herrn Arnecker's Kasse entstandene Loch zuzustopfen und die Sparer nichts davon merken zu lassen. Ein Teil der Sparer mußte es sich gefallen lassen, daß ihnen vorläufig nur Abschlagszahlungen geleistet wurden. Natürlich ging das nicht ohne die übliche Aufregung ab, und manche Hausfrau hat in diesen Tagen die ganze Rabattsparei wieder einmal zum Teufel gewünscht.

Ueber die Ursachen der eingetretenen Zahlungsschwierigkeit sind verschiedene Darstellungen im Umlauf, von denen wir hier nur die harmloseren wiedergeben wollen. Als Vorzug des „Rabatt-Sparvereins deutscher Hausfrauen“ vor anderen Unternehmungen war angepriesen worden, daß hier die Verwaltungskosten, die ja durch Abzug von dem Guthaben der Sparer gedeckt werden müssen, auf ein Minimum verringert werden sollten. Man sagt, das sei nicht gelungen, und da dann die geringen Abzüge den hohen Kosten nicht entsprachen, so habe man anderweitige Deckung gesucht. Eine andere Darstellung behauptet, vielen Geschäftsleuten würden die Marken in Kommission gegeben, und manche seien nun mit der Zahlung an Herrn Arnecker's Kasse noch im Rückstande.

Wie der Verein es fertig gebracht hat, Geschäftsleuten und Hausfrauen diese nette Weihnachtsbescherung herzurichten, das weiß genau wohl nur Herr Arnecker selber. Vielleicht erzählt er's seinen Schäflein, wie und wodurch das Geld alle geworden ist. Daß durch solche und ähnliche Erfahrungen dem Rabatt-Sparwesen nennenswerter Abbruch getan werde, glauben wir nicht. Wo es sich einmal eingenistet hat, wird es dem einzelnen Geschäftsmann wie dem einzelnen Konsumenten schwer, sich ihm zu entziehen.

Von den Stiftungen zur Förderung der Handwerker, über die der Berliner Magistrat zu verfügen hat, ist die bedeutendste die Stiftung der Berliner Gewerbeausstellung von 1879. Ihr Kapital beläuft sich auf 500 000 M. Aus den Erträgen ihres Stipendienfonds wurden im Etatjahr 1904/05 für 58 Personen zusammen 10 575 M. bewilligt und den Direktoren der beiden Handwerkerschulen zusammen 500 M. zur Beschaffung von Lernmitteln für bedürftige Schüler überwiesen. Außerdem wurden aus den Erträgen des Dispositionsfonds 8 Bewerber zusammen 950 M. gewährt. Der Fonds zur Veranstaltung belehrender Vorträge zahlte 2000 M. an die Polytechnische Gesellschaft.

Die städtischen Angestellten und Arbeiter müssen noch warten auf ihre Feuerzulage. Die Stadtverordneten-Versammlung wird sich mit einer Vorlage des Magistrats über Zulagen an Arbeiter und Unterbeamte vor Weihnachten nicht mehr beschäftigen können. Die Feststellungen bezüglich der Zahl der Personen, — es handelt sich um etwa 14 000 Arbeiter — der erforderlichen Summen und die Bearbeitung des Materials erfordern viel Zeit und Arbeit.

Die Vorarbeiten zu dieser Vorlage hätten unseres Erachtens erledigt sein können. Die Anträge, die von der Stadtverordneten-Versammlung in dieser Richtung gestellt wurden, sind schon mehrere Wochen alt. Dann gingen dieselben erst in eine Kommission und von da wieder an das Plenum. Zu dieser Zeit wäre es wohl

möglich gewesen, die Zahl der Personen festzustellen, die hierbei in Frage kommen könnten. Es ist ein — und nicht nur von uns — oft beklagter Uebelstand, daß unsere städtische Verwaltung sehr langsam arbeitet.

Aus dem Verwaltungsbericht über die städtischen Heimstätten für Genußende für das Etatsjahr 1904 ist etwa ähnenenswert, daß 57 Genußende jüngerer Frauen 50 bis 56 Tage auf die Aufnahme warten mußten. Durch die im Bau befindliche neue Heimstätte Blankenburg-Platz wird die Wartezeit einigermaßen herabgesetzt werden. Der Heimstätte Heinersdorf folgten dagegen von 735 Pflanzlingen 487 — 66 v. H. in ein bis sieben Tagen zugewiesen werden. Im vorigen Jahre gelangten noch 31 v. H. bezw. 82 v. H. der Patientinnen in ein bis sieben Tagen in die Heimstätten für brustkranke Frauen zu Blankenfelde und Malchow, im Berichtsjahre nach Blankenfelde von 494 Personen nur 109 — 22 v. H. und nach Malchow von 639 nur 133 — 21 v. H. Während im Vorjahre von den in diese beiden Anstalten 461 + 602 = 1063 Aufgenommenen nur 45 + 57 = 102 = 10 v. H. erst nach drei bis vier Wochen dorthin kamen, mußten in diesem Jahre von 474 + 639 = 1113 Personen 141 + 168 = 309 = 27 v. H. so lange warten. Die dringende Notwendigkeit der Errichtung einer dritten Anstalt für brustkranke Frauen, auf die von der sozialdemokratischen Fraktion in der Stadtverordneten-Versammlung wiederholt warnend und mahnend hingewiesen ward, ist durch diese Zahlen vollumfänglich dargetan.

Verkehrter Weg. Wie in letzter Zeit aus den Kreisen der Volkswirtschaften darüber lamentiert worden ist, daß Personen, die im Bankgeschäft gar nicht ausgebildet worden sind, als Beamte angestellt werden, so liegt nun auch in einer Zusage an das „V. Z.“ ein Angehöriger einer Aktiengesellschaft über ähnliche „Rißstände“ bei dieser. Er schreibt u. a.:

„Wenn dort als Grund des Niederganges des Bankbeamtenstandes die Beschäftigung von Scharibern, Unteroffizieren und fächeren Kontorburichen angegeben ist, so kann man auch hier ein Gleiches behaupten, denn es ist nicht Außergewöhnliches, daß frühere Kontorburichen, die vor kurzem noch die niedrigsten Dienste, (!) wie Botengänge verrichteten, in kaufmännischen Büreaus eingestellt, mit kaufmännischen Arbeiten beschäftigt, nach Ablauf einer Frist dem gelehrten Kaufmann gleichgestellt und diesem somit als Kollegen aufgezwungen werden (!) Angehörige aller nur denkbaren Berufsstände und Stände finden hier Unterkunft und Beschäftigung im kaufmännischen Betriebe, ohne daß sie die geringste Ahnung von Buchführung oder sonstigen Kontorwissenschaften haben. Aus diesen ungesunden Verhältnissen heraus entstehen hier wie dort Kriecherei, Liebedienerei und Strebetum. Auf diese Weise kommt es auch, daß der Ingenieur oder Techniker hier alles, der Kaufmann aber gar nichts gilt und von jenen geringschätzig als Schariber betrachtet wird, obwohl er zum bestehenden Geschäftsbetriebe ebenso notwendig ist wie sie und oftmals über eine bessere Bildung verfügt als so mancher Techniker, der sich mit Vorliebe Ingenieur zu nennen pflegt, obwohl er nie eine Hochschule besucht haben mag.“

Aus diesen Zeilen spricht ein mit Hilfslosigkeit geparter Kostengeist. Dieser ist eine Hauptursache der unheimlichen Verhältnisse. Es gibt in allen Berufen sehr tüchtige Leute, die das Fach nicht zumutlich erlernt haben, in ihren Leistungen aber weit über den Durchschnitt hinausragen. Und lediglich auf die Leistungen kommt es an! Wenn die „Herrn“ Beamten, aufst auf die ehemaligen Kontorburichen z., deren Kollegenchaft sie als ihr Standesbewußtsein verlegend empfinden, in dumme albernere Weise loszuziehen, lieber mit diesen in wohlverstandener Solidarität gemeinsam ihre Interessen auf gewerkschaftlicher Grundlage vertreten wollten, dann würden sich für alle die Verhältnisse bessern. Ueberhebung und Kostengeist sind Hindernisse bei Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen.

Ueber die neuen französischen lenkbaren Luftballons sprach gestern im Berliner Verein für Luftschiffahrt Hauptmann v. Kehler:

So alt das Luftschiff ist, so alt ist auch, wie Hauptmann v. Kehler ausführte, das Bestreben, es lenken zu können. Die wichtigsten Etappen auf dem schwierigen Wege, an dieses Ziel zu gelangen, werden durch die Namen folgender Ballons bezeichnet: Der Kaiserliche vom Jahre 1801, der mit einem „Adlergepänn“ durch die Lüfte flog, dann der Giffard'sche Ballon, der des französischen Marine-Ingenieurs Dupuy de Lorme (1872), der Ballon des deutschen Ingenieurs Paenlein, der Ballon der Gebrüder Tissandier (1883), der Renard'sche Ballon (1890), der Zeppelin'sche (1900), der Ballon Santos Dumont's und der der Gebrüder Lebaudy (1902 bis 1906). Die größte bisher erzielte Leistung eines Motorballons ist eine Geschwindigkeit von 11 Meter pro Sekunde, gleich 40 Kilometer in der Stunde bei einer Fahrtdauer von vier Stunden. Was die Zukunft des Motorballons betrifft, so ist an seine Verwendung als öffentliches Verkehrsmittel wohl nicht zu denken; auch um für die Wissenschaft als Erforschungsmittel zu dienen, wird der Motorballon in absehbarer Zeit noch nicht reif werden und viel zu kostspielig bleiben. Eine bedeutende Zukunft aber wird er in sportlicher Beziehung haben. In militärischer Beziehung wird der Motorballon in der Beobachtung und Erkundung mehr leisten als der freie Ballon. Dabei dürfen die Ballons in der Erreichung von Höhen nicht so beschränkt sein, daß sie wie Hähner aus der Luft heruntergeholt werden können. Inwiefern es dem einzigen Deutschen, der bisher auf diesem Gebiete etwas Tatsächliches geschaffen hat, dem Grafen Zeppelin gelingen wird, die auf sein Flugschiff gesetzten großen Hoffnungen zu verwirklichen, das werden die auf dem Vordere fortgeführten Versuche lehren. Außerdem baut der bayerische Major v. Parfival einen Motorballon, der auch seiner baldigen Vollendung entgegengeht. Das Rennen um den wirklich brauchbaren Motorballon beginnt erst, und schließlich kommt es nicht darauf an, wer die erste Hürde als erster nimmt, sondern wer als erster durchs Ziel geht.

An diesen Vortrag, dem auch der Kaiser beiwohnte, schloß sich eine rege Diskussion.

Die Berliner Kriminalpolizei und die vierte Dimension. Ueber die engen Beziehungen der Berliner Kriminalpolizei zum Spiritismus und Okkultismus machte Dr. phil. et jur. Gebert Müller Montag abend Mitteilungen in einem Vortrage in den Johannis-Sälen. Wie er auf Grund eigener Kenntnis erklären konnte, werden von der Berliner Polizeiverwaltung bei der Untersuchung von Kapitalverbrechen grundsätzlich niemals die in großer Zahl eingehenden Briefe und Mitteilungen von „Hellschern“ bezw. „Hellscherinnen“, die in Traumgestalten oder sonstwie den Mörder gesehen haben wollen, einfach in den Papierkorb geworfen. Es werden vielmehr auch die in solchen Mitteilungen enthaltenen Fingerzeige gewissenhaft bei der Untersuchung berücksichtigt, da die Polizei auf dem Standpunkt steht, daß man den Spiritismus nicht schlechthin ignorieren dürfe. Oft wendet sich — wie Dr. Müller erklärte — die Polizei direkt an bekannte Spiritisten mit der Bitte, hellschende Medien über die näheren Umstände eines Mordes und über die Persönlichkeit des Mörders zu befragen. Der verstorbene v. Meer-scheidt-Hüllessem tat dies in jedem Falle. Bei dem unentdeckten Morde der Frau Wendt wurde von Dr. Müller auch ein vortreff-

liches Medium nach der Persönlichkeit des Mörders auf Veranlassung des Herrn v. Meer-scheidt-Hüllessem befragt. Der „Geist“ weigerte sich jedoch, den Mörder zu nennen, selbst als Dr. Müller im Namen des Chefs der Kriminalpolizei seine Fragen stellte und eine Vollmacht vorlegte. Das Medium verwies die Fragenden an die Tote selbst. Auf Vorschlag des Dr. Müller erklärte sich auch Kriminalinspektor v. Meer-scheidt-Hüllessem bereit, zur Geistesstunde um Mitternacht auf dem Grabe der Ermordeten eine spiritistische Sitzung abzuhalten, ihren Geist zu zitieren und gewissermaßen polizeilich unter Zeugen zu vernahmen. Im letzten Augenblick wurde aber nichts aus der Sache, da Herr v. Meer-scheidt-Hüllessem meinte, die Sitzung könnte schon wegen des Totengrabs nicht geheim gehalten werden und die Kriminalpolizei würde sich dann dem Ruch der Lächerlichkeit aussetzen. So kam es, — nach Ansicht des Dr. Müller — daß der Mord unentdeckt blieb.

Herr Dr. Müller hat vorsichtigerweise von dem verstorbenen Leiter der Kriminalpolizei gesprochen, wie der jetzige zu dem Spiritismus steht, hat er nicht gesagt. Sollte es etwa diesem Umstande zuzuschreiben sein, daß bisher so viele Mörder unentdeckt geblieben sind?

Durch das Glattis, das sich in der vergangenen Nacht stellenweise auf den Straßen gebildet hat, sind leider auch einige schwere Unglücksfälle herbeigeführt worden. So glitt gestern morgen der 63 Jahre alte Schuhmacher Bilkowski, Prenzlauerstr. 43 wohnhaft, in der Gontardstraße auf dem Esie aus und schlug mit dem Kopf so heftig auf die Straße, daß er einen Schädelbruch davontrug. Der Bedauernswerte fand im Krankenhaus Friedrichshagen Aufnahme. — In der Tiefstraße stürzte die 38jährige Witwe Paslaff aus der Vorflurstr. 24 und brach sich den Oberschenkel. Sie kam nach dem Lazarus-Krankenhaus.

Sein Ausweichen aus einem Baumseilbahnzug vom Tode über-rascht wurde gestern der Fabrikant D. aus der Landsberger Allee 6. Er war in Groß-Lichterfelde bei Bekannten gewesen und als er, in Berlin wieder angekommen, auf dem Baumseilbahnhof den Zug verlassen wollte, brach er plötzlich bewußtlos auf dem Bahnsitz zusammen. Kurz darauf war D. tot. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein jähes Ende bereitet.

Ein gefährlicher Fahrradswindler ist gestern in der Bienenstraße in Rigdorf verhaftet worden. In dem Fahrradgeschäft von Otto Nard, Bienenstr. 45, erlichen nachmittags der in der Nachbarschaft woh-nhafte Steinseher Otto Bernhardt und hat, ihm auf zwei Stunden ein Fahrrad zu leihen. Der allein in dem Geschäft anwesende Ver-käufer lebte dies jedoch ab, worauf sich V. wieder entfernte. Nach etwa einer halben Stunde kam er wieder zurück und behauptete, inzwischen in der Wohnung des Ladeninhabers gewesen zu sein, welcher ihm die Erlaubnis gegeben habe, sich ein Rad zu holen. Der Verkäufer glaubte jetzt auch dem V. und händigte ihm eine Maschine aus. Natürlich verschwand V. auf Rimmerwiederkehr. Er wurde jedoch durch die Polizei ermittelt und festgenommen. Das Rad hatte er inzwischen für 24 M. verpfändet. Der Verhaftete wurde in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Polizeiliche Revisionen der Kinematographen-Theater finden in-folge des Unglücks in der Müllerstraße zurzeit statt. Es bestehen gegenwärtig in Berlin und den Vororten mehr als ein Duzend solcher Theater, die, wenn auch unter verschiedenen Namen, meist von einer hiesigen Gesellschaft eingerichtet sind. Soweit solche Vor-führungen auf freien Plätzen, wie z. B. an der Ecke der Holz- und Grunewaldstraße oder auf leeren Baustellen, wie z. B. in der Marktlustraße geschehen, sind sie sichtlich unbedenklich, ob das gleiche auch bei den in gewöhnlichen Sälen untergebrachten Kine-matographen-Theatern der Fall ist, bleibt in jedem einzelnen Falle zu prüfen.

Es ist eine alte Erfahrung: Wenn das Kind in den Strassen gefallen ist, wird er zugebedt.

Verloren gegangen ist die Liste Nr. 4453 vom Jenaer Partei-tag; es waren darauf 2 M. gezeichnet. Es wird um Abgabe ge-beten an Herrmann Kiese, Sidingenstraße 2, Turmgeb. II.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 64-68 pr. 100 Pfund, IIa 56-64, IIIa 50-55, IVa 40-48. Kalbfleisch Ia 82-86, IIa 70-80, IIIa 50-67, Hammelfleisch Ia 64-74, IIa 48-60. Schweinefleisch 66-72. Rotwild Pfund 45-55 Pf. Hasen Stück 3,50-3,90, mittel 2,50-3,20. Kaninchen Stück 0,80-1,10. Hühner pro Stück, alte 1,20-1,50, junge Ia 0,70-1,25, da. IIa 0,60-0,70. Tauben, junge 0,40-0,50, alte 0,00-0,00. Enten junge 1,80-2,40. Gänse pro Stück Ia 3,50-3,80, IIa 3,00 pro Pf. Ia 0,60-0,69, IIa 0,55-0,58. Schellfische 0,00 M., Händer 18-26 M., pro 100 Pf. Hechte 80-86 M., Schleie, unsortiert 0,00 M., Wale, groß 0,00, mittel 0,00, klein 0,00, Blichsen 61,00 M., Karpfen umf. 0,00 M., Lachs 150. Schottische Kollaringe (gelesen) 36-38 M. Eier, Schod 4,00. Butter pro 100 Pfund Ia 124-126, IIa 118-124, IIIa 115-118, abfallende 95-110. Kartoffeln pr. 100 Pf. rote 2,00-2,20, Rufen 0,00-0,00, blaue 0,00-0,00, runde weisse 1,80-2,00. Birningstahl pr. Schod 6,00-10,00, Weisstahl 6,00-8,00, Roostahl 4,00-8,00, Holz 12-17 M. Saure Gurken, Schod 2,00 M., Pfeffergurken 2,00 M.

## Briefkasten der Redaktion.

R., Siemensstraße. Wenn Sie den Markenausschnitt aus Postkarten ausschneiden und damit Briefe frankieren, so wird der Brief als unfrankiert angesehen und Straporto erhoben, obwohl eigentlich die Post einen Schaden nicht erleidet.

## Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

R. 77. Betreffend Sie sich lebhaft an den Veranstaltungen Ihrer gemeinschaftlichen und politischen Organisation, so werden Sie das von Ihnen gewünschte Ziel erreichen. — Kuchelpflanzung, V. G. 29, 73. Rein. — G. 2, 74. 1. Ja. 2. Bürgerliches Gesetzbuch §§ 621 bis 624. 3. Amtsgericht. — C. 2, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16. Das von Ihnen angeführte hindert eine Heirat nicht. — R. 3. Da der Beweis, der Ihnen obliegt, schwer zu führen ist, möchten wir von einer Klageerhebung abraten. — Barrels Everode. Beschwerde wäre an die Regierung zu richten. — J. 3, 47. 1. Ja. 2. Geld- und Freiheitsstrafe. — Treptow 1000. Das Beschlagnahme-Katzenbuben, so müssen Sie einen Antrag auf Herausgabe an das Amtsgericht richten. Hat der Blut die Sachen hinter sich, so steht Ihnen frei auf Herausgabe zu klagen. — R. 2, 16. Sie müssen sich an das Amtsgericht (Vormundschaftsgericht) wenden. — T. 2, 33. 1. Wenn Sie nicht der Steuerdeputation Anträge erhalten: Ja. 2. Nein. — Dienstmädchen. 1. Am 31. 2. Die Kündigung richtet sich in diesem Fall nach der Art der Lohnzahlung. — R. 2, 71. Ein Zwang zur Zahlung besteht für die Minder nicht. — R. 2, 2. Das Borgevertrags kann als Überschuldungsgrund erachtet werden: G. 5, 51. 1. Dem schuldlosen Ehegatten wird die Erziehung der Kinder zugesprochen. 2. Ehebruch ist ein Ehehindernis für eine Ehe zwischen den Betroffenen, wenn die Ehe wegen des Ehebruchs geschlossen ist. 3. Der beleidigte Gatte kann nach erfolgter Scheidung wegen Ehebruchs Straf-antrag stellen. Der Antrag richtet sich aber gegen Beide. — Bräute 100. Sie würden ein Viertel erben. — G. 2, 101. Seit 1879; die betreffenden Paragraphen sind 1883 und 1891 geändert. — Kräger. Die Möglichkeit, daß richtig berechnet ist, liegt vor. Die juristische Sprech-stunde steht jedem Abonnenten offen. — G. 2, 2. Rein. — R. G. 100. Ja, Ihnen steht dann das Besondere zu. — 3. 2, 111. Rein.

# Anserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.